PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 32 000 – Redaktion: Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon: 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon: 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnementsbestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim 1 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 23. November 1976, fertiggestellt.

25. November 1976 Jg. 4 Nr. 47 50 Pfg.

Erklärung von R. Mugabe, Generalsekretär der ZANU

Die Spaltungsversuche werden den Imperialisten nichts nützen

Am 21.11. hat R. Mugabe, Generalsekretär der Afrikanischen National-union von Zimbabwe (ZANU), gegenüber der KVZ eine Erklärung abgegeben. Gleichzeitig hat das Zentrale Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) die Vertretung der ZANU bei den Genfer Verhandlungen eingeladen, am 11. Dezember in Frankfurt zu einer Massenversammlung zu sprechen. Mit dieser Versammlung und durch eine über Frankfurt hinausgehende Mobilisierung soll der gerechte Standpunkt des Volkes von Zimbabwe und der ZANU unterstützt werden. Die Versammlung soll in einer der Messehallen stattfinden. Die ZANU-Vertretung bei den Genfer Verhandlungen hat die Einladung angenommen und zugesagt, daß die führenden Sprecher der ZANU-Vertretung an der Versammlung teilnehmen und zu ihr sprechen werden.

Im folgenden die Erklärung Robert Mugabes, des Generalsekretärs der ZANU:

Die ZANU-Delegation kam nach Genf, weil sie von der britischen Regierung dazu eingeladen wurde. Die britische Regierung teilte uns bei der Einladung mit, daß ein Verfahren, das zur Unabhängigkeit des Landes führt, eingeleitet werden könnte. Als wir hierher kamen, stellten wir fest, daß Großbritannien die Konferenz abgewertet hatte, indem es bloß seinen UNO-Vertreter, Herrn Richard, anstatt eines Ministers mit dem Vorsitz beauftragt hatte. Wir hatten eigentlich erwartet, daß Herr Crosland, der Außenminister selber, den Vorsitz übernehmen würde. Wir akzeptierten Herrn Richard jedoch als Vorsitzenden, nachdem die britische Regierung uns darüber unterrichtete, daß er ein direktes Mandat des Kabinetts habe.

Dann legten wir gegenüber der britischen Regierung unseren eigenen Standpunkt dar, und dieser bestand darin, daß wir mit der Festlegung des Termins unserer Unabhängigkeit beginnen sollten. Der Vorsitzende Herr Richard akzeptierte dieses Vorgehen und erklärte, daß die Festlegung eines Unabhängigkeitstermins eine sehr dringende Aufgabe sei. Die Konferenz müsse den Termin sofort festlegen. Als wir uns daraufhin daranmachten, das wirklich zu tun, stellte sich heraus, daß die britische Regierung von uns verlangte, daß wir die Unabhängigkeit hinausschieben. Wir sollten eine längere Periode als Übergangsperiode zur Unabhängigkeit einräumen als die, die wir für richtig halten. Innerhalb der Patriotischen Front vertrat die ZANU den Standpunkt, daß die Unabhängigkeit innerhalb einer Frist von zwölf Monaten erlangt werden muß. Das wurde auch von der ZAPU, unserem Partner in der Patriotischen Front akzeptiert. Die britische Regierung blieb dabei, daß die Unabhängigkeit nach einer Periode von 16 Monaten eingeräumt werden sollte, vorausgesetzt bestimmte Verfahren seien während dieser Periode abgeschlossen worden.

Wir beauftragten unsere Juristenkommissionen, die Frage der konstitutionellen Verfahren zu prüfen, die für diese Schritte zur Unabhängigkeit notwendig sind, und sie fanden heraus, daß diese in Wirklichkeit innerhalb einer Frist von neun bis zehn Monaten abgeschlossen werden könnten. Aber um die britische Regierung zufriedenzustellen, dehnten wir die Frist auf zwölf Monate aus und erklärten nachdrücklich, daß wir über diese zwölf Monate nicht hinausgehen können. Aber die britische Regierung beharrt nach wie vor darauf, daß die Übergangsperiode länger als zwölf Monate sein soll.

Nun, wir sind fest entschlossen, diese

(Fortsetzung Seite 2)

Bourgeois mit Riecher

Nach 27 Jahren hat die CSU jetzt die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU aufgekündigt. Franz Josef Strauß will das bestehende Parteiengefüge in Bewegung bringen, so sagt er. Warum? Weil es der Entwicklung der Widersprüche nicht gewachsen ist.

Sicher, die bürgerlichen Parteien sind gewählt worden. Aber damit haben sich die Massen nicht für die Absichten dieser Parteien ausgesprochen. Stoltenberg in Schleswig-Holstein war natürlich schon vor dem 3. Oktober entschlossen, den Bau des Kernkraftwerks in Brokdorf überfallmäßig durchzusetzen. Seine Stimmen bei den Bundestagswahlen haben ihm dafür nichts genutzt. Jetzt muß er sich per Hubschrauber einfliegen lassen, um das Baugelände zu besichtigen. Er muß erleben, daß sich die Bauern und Arbeiter der Region zusammenschließen im Kampf gegen das Kernkraftwerk und sich dabei keineswegs dadurch spalten lassen, daß der eine von ihnen die CDU und der andere die SPD gewählt hat. Statt nach ihrem Stimmzettel sich zu verhalten, richten sie sich nach ihren Interessen. Ministerpräsident Filbinger ist nach den Wahlen an den Kaiserstuhl gefahren und hat sich im Glanz seiner Stimmen sonnen wollen. Die Kaiserstühler Bauern sind bekannt für ihre Gastfreundschaft. Als sich aber herumgesprochen hatte, daß der Filbinger greifbar ist, sind sie zusammengeströmt und haben ihn im Gasthaus eingeschlossen. Die Begeisterung war groß, daß sie ihn erwischt haben.

Die SPD sitzt wie eh und je auf den Gewerkschaften. Aber sie sitzt schlecht und muß immer heftiger nach den Gewerkschaftsmitgliedern treten, um ihre Herrschaft zu verteidigen. Es ist schon vorgekommen, wie bei Zeiss in Göttingen, daß SPD-Gewerkschaftssekretäre ganz allein gegen die Mitgliedschaft gestimmt haben, die einheitlich für eine Forderung in Mark und Pfennig eintritt.

Die Massen sind in Bewegung, insbesondere die Arbeiterklasse, aber Unruhe und Bewegung haben die Massen aus allen Volksschichten erfaßt. Wie wäre es sonst möglich, daß in Kassel über eine Woche lang fast alle Schüler der Stadt gemeinsam Streiks und Demonstrationen gegen die bürgerliche Schulgewalt durchgeführt haben?

Die bürgerlichen Parteien sind gegenüber dieser Bewegung schlecht gerüstet. Sie sind verknöchert. Das ist für die Bourgeoisie gefährlich. Sie braucht die Parteien, um die Massen zu spalten und bewegungsunfähig zu halten. Sie kann nicht nur mit Polizeiknüppel und Maschinengewehr herrschen.

Strauß ist ein sensibler und geschickter bürgerlicher Politiker. Er kennt die Aufgabe, die die Bourgeoisie den bürgerlichen Parteien stellt: die Politik der Finanzbourgeoisie zu machen und dennoch die Massen an sich zu binden. Er traut sich dieses Kunststück zu.

Die Bourgeoisie ist zu Manövern gezwungen, um der Massenbewegung Herr zu werden und sie zu unterdrücken. Eines dieser Manöver hat Strauß jetzt eingeleitet. Es werden weitere folgen. Die verschiedenen Versuche, eine revisionistische Partei zu schaffen, die nicht nach sowjetischem Sozialimperialismus stinkt und keine bloße Jugendbewegung der Sozialdemokratie ist, sind ein anderes Manöver. Der Biermann soll das Vereinslied dafür dichten.



6 000 demonstrierten am letzten Samstag in Westberlin gegen den Plan des Westberliner Senats, im Erholungsgebiet an der Oberhavel ein riesiges Kohlekraftwerk zu errichten. Dafür sollen 30 Hektar Wald mit 35 000 Bäumen abgeholzt werden. 40 Tonnen Schwefeldioxid würden stündlich in die Luft geblasen, große Mengen Wasser aus der Havel entnommen und um 7 Grad wärmer zurückgeleitet. Auf einer Großveranstaltung der Bürgerinitiative gab es stürmischen Beifall, als nach Verabschiedung einer Grußadresse an die Brokdorfer ein Redner dafür eintrat, daß der Bauplatz besetzt werden muß.

Energieprogramm – im Interesse der Arbeiter?

Carter, zukünftiger Präsident der USA, hat angekündigt, daß er das Kernkraftwerksgeschäft des westdeutschen und des französischen Imperialismus mit Brasilien und Pakistan verhindern will. „Die Bundesregierung weist die Kritik in vorsichtiger Form zurück", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung". „Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will den Kampf mit dem US-Imperialismus um die profitträchtigen Geschäfte mit der Energieversorgung aufnehmen", hätte sie auch schreiben können.

Die Energieversorgung ist die Grundlage jeder entwickelten Produktion, im Kapitalismus ist sie die Grundlage der Profitproduktion. Um die Vormacht in der Energieversorgung tobt ein heftiger Kampf der imperialistischen Mächte. Wer die Energieversorgung in der Hand hat, hat die Grundlage der Produktion in der Hand. Billigste Energieversorgung im Inland sichert hohe Profite und vergrößert damit die Ausgangsbasis für die imperialistische Expansion. In der Schule wird gesagt, Hitler hätte den Krieg verloren, weil er kein Benzin mehr hatte und noch nicht weit genug gewesen sei, Benzin aus Kohle herzustellen. Abschnürung der Energieversorgung, das soll den westdeutschen Imperialisten nicht noch einmal passieren, deshalb gehen sie mit aller Gewalt daran, ihr Energieprogramm durchzusetzen. 1,7744 Milliarden Mark hat die Bundesregierung 1975 für die Energieforschung, vor allem für den Bau von Kernkraftwerken ausgegeben. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie will damit ihr Manko, kaum Rohstoffe, vor allem kaum Erdöl und Erdgas, ihr eigen nennen zu können, ausgleichen. Koste es, was es wolle, sollen Kernkraftwerke aus dem Boden gestampft werden. Allein in Nordrhein-Westfalen sollen in den nächsten Jahren zwei Dutzend Kernkraftwerke gebaut werden, berichtet die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung"

Gegen dieses Energieprogramm gibt es Widerstand. Die Volksmassen bekämpfen die Kernkraftwerke, weil sie in der Hand der Finanzbourgeoisie die Springquelle allen Reichtums, den Arbeiter und die Erde, untergraben. Die Finanzbourgeoisie will den Volksmassen ihr Energieprogramm aufzwingen. Um das zu erreichen, muß sie die Volksmassen spalten. Seit langem strickt sie dafür an der Legende, Kernkraftwerke würden Arbeitsplätze sichern. Das Kernkraftwerk Brokdorf, so die Geschäftsleitung, der Kraftwerksunion (KWU), würde dreißigtausend Arbeitsplätze für ein Jahr sichern. Insgesamt, weiß das „Handelsblatt" am 30.6. zu berichten, werden die noch ausstehenden Teilerrichtungsgenehmigungen der KWU rund 60 000 Arbeitsplätze schaffen.

In ihrer ganzen Verkommenheit greift die Bourgeoisie die industrielle Reservearmee, das gesetzmäßige Ergebnis ihrer eigenen Produktionsweise, auf, um die Arbeiterklasse ihren kriegslüsternen Plänen in Sachen Energieversorgung zu unterwerfen.

In Mühlheim, wo die Kraftwerksunion ihr Hauptwerk hat, ist das ganze Jahr über eine zielstrebige Propaganda gelaufen. Mindestens alle vierzehn Tage berichteten die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" und die „Ruhrnachrichten" unter folgendem Tenor:

„Arbeitsplätze bei der KWU gefährdet, Kurzarbeit nicht abzuwenden, Entlassungen zu vermeiden? Entlassungen doch nicht zu vermeiden! Wyhl kostet tausende von Arbeitsplätzen" usw. usf.

Die örtliche IG-Metall-Führung hat im Juni zu der „Problematik der Kernenergie" eine Veranstaltung durchgeführt, zu der sie den Staatssekretär Volker Hauf eingeladen hat. (Dieser soll jetzt übrigens Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit werden.) Der Betriebsratsvorsitzende Julius Busch hat auf der damaligen Veranstaltung bekannt gegeben, daß das Brasiliengeschäft nur unter persönlicher Beteiligung von Bundeskanzler Schmidt zustandegekommen sei. Die Sorgen der KWU-Belegschaft und Schmidts Sorgen seien deshalb die gleichen. Lange Zeit haben die Kapitalisten von der KWU und die Sozialdemokraten daran gearbeitet, die Arbeiter der KWU von den Volksmassen abzuspalten und sie in die Schlacht des imperialistischen Konkurrenzkampfes zu schicken.

Letzte Woche Donnerstag hat eine Demonstration von viertausend Arbeitern und Angestellten der KWU in Mühlheim stattgefunden. Auf der Kundgebung sprachen der Betriebs-

(Fortsetzung Seite 2)

Seite 3:
Krankenversicherungen: Beitragserhöhung folgt der Verschärfung der Ausbeutung

Seite 4:
Girardet Essen: Kampf gegen verschärfte Ausbeutung und politische Reaktion

Seite 5:
Stahlindustrie: Nur durch Streik können die Arbeiter einen weiteren Raubzug der Kapitalisten zurückschlagen

Seite 6:
Karstadt/Neckermann: Ein Geschäft für die Banken

Seite 7:
Lohngruppendickicht

Seite 8:
Arendt plant Abschiebung ausländischer Jugendlicher

Seite 10:
Westberlin: Streikbewegung an der FU

Seite 11:
Ausbau der Marine des BRD-Imperialismus

Seite 13:
Reynolds und VAW – Feinde der Völker der Dritten Welt

Seite 14:
Mexico: Landbesetzungen durch bewaffnete Bauern

Seite 15:
Tibet: Die Befreiung Tibets ist Teil der chinesischen Revolution

Die Spaltungsversuche werden den Imperialisten nichts nützen

(Fortsetzung von Seite 1)
Frist so kurz wie möglich zu halten, um zu verhindern, daß reaktionäre Kräfte in Zimbabwe, die gerade jetzt am Werk sind, reaktionäre Kräfte, gegen die wir lange Jahre gekämpft haben, reaktionäre Kräfte, die durch das Siedlerregime angeführt werden, die ganze Entwicklung, die zur Unabhängigkeit führt, umstoßen. Dies ist der entscheidende Grund, weshalb wir eine kurze Übergangsperiode wollen.

Man muß sich daran erinnern, daß in Mozambique, wo die Übergangsperiode nur 9 Monate betragen hat, reaktionäre Kräfte einen Staatsstreich zu organisieren versuchten. In unserer eigenen Situation, wo das Siedlerregime durch Streitkräfte der Siedler aufrechterhalten wird, die Tag für Tag gegen die unschuldigen Massen Zimbabwes brutale Verbrechen begehen, kann so ein Umsturz mit außerordentlicher Wucht unternommen werden, weil die reaktionären Kräfte die Unterstützung Südafrikas, der Westmächte, Großbritanniens und der USA haben. Deshalb wollen wir, daß die Übergangsperiode zur Unabhängigkeit so kurz wie möglich ist. Die britische Regierung behauptet jedoch weiterhin, sie könne einer kürzeren Periode als 15 Monate nicht zustimmen. In dieser Frage gibt es einen toten Punkt. Wir haben nicht die Absicht, auch nur einen Zentimeter über diese Frist hinauszugehen. Wir haben von unseren Organen, eingeschlossen die Armee, den Auftrag, an dieser Periode von höchstens 12 Monaten festzuhalten, und wir können deshalb den britischen Vorschlägen für eine längere Übergangsperiode als 12 Monate nicht zustimmen.

Nun, vor allem darf nicht vergessen werden, daß diese Konferenz im Rahmen des Kissinger-Plans einberufen wurde, nach dem die politische Macht nur dem Schein nach an das afrikanische Volk übergeben werden soll, um alle tatsächlichen Machtinstrumente in den Händen der Kolonialmacht zu lassen. Dieser Plan wurde hier von uns natürlich zurückgewiesen. Wir sind nicht damit einverstanden, daß hier über ihn überhaupt die Diskussion eröffnet wird. So sind wir auch noch nicht dahin gekommen, die Struktur der Übergangsregierung zu diskutieren, und was den Kissinger-Plan betrifft, so ist er, was uns angeht, ein Blindgänger. Als die britische Delegation hier, die von Herrn Richard angeführt wird, hat versucht, die afrikanischen Nationalisten zu spalten. Alle Delegationen der afrikanischen Nationalisten waren ursprünglich einig darin, daß die Übergangsperiode 12 Monate nicht überschreiten soll. Einige wurden jedoch eingefangen, nicht nur durch die britische Delegation, sondern auch durch die von Ian Smith. Ich beziehe mich hier auf die Delegation von Muzorewa und die Delegation von Ndabaningi Sithole, die in der afrikanischen Delegation wirklich die reaktionären Elemente sind. Die Delegation von Herrn Smith hat sich an sie herangemacht und auch Herr Richard, um die Diskussion über die Bildung der Übergangsregierung zu beginnen. Sie haben Diskussionen über die Bildung der Übergangsregierung zugestimmt. Wir sind durch diese Spaltung nicht beunruhigt, weil das wirklich zahnlose Figuren sind. Hinter ihnen steht keine Armee, keine Organisation, die als Befreiungsorganisation bezeichnet werden kann. Die einzigen beiden Befreiungsorganisationen sind ZANU und ZAPU, weil sie die einzigen sind, die Armeen haben. Sie sind auch die einzigen mit einer festgelegten Plattform, einer festgelegten Prinzipien, einer festgelegten Linie und Ideologie. Abgesehen von der Tatsache, daß Herr Richard private Diskussionen mit diesen Delegationen abgehalten hat, haben wir entschieden, daß die britische Regierung zuerst einen Termin festlegen muß. Wir brauchen zuerst einen Termin, weil wir eine klare Perspektive haben müssen. Wir müssen wissen, in welche Richtung wir uns bewegen. Wir müssen Klarheit haben über alles, was mit dem Verlauf der Erringung der Unabhängigkeit zusammenhängt. Wir müssen unseren Volksmassen in dieser Frage Klarheit verschaffen. Deshalb hat jeder das Recht, zu erfahren, was die britische Regierung über die Frage des Termins denkt und wir sind in dieser Angelegenheit unnachgiebig gegenüber. Wir haben nichts gegen die Diskussionen, die stattfinden, obwohl wir die britische Regierung verurteilt haben, weil sie diesen spalterischen Kurs einschlägt. Aber wir wissen, daß es, geht man der Sache auf den Grund, die ZANU und auch die ZAPU sein werden, mit denen die britische Regierung verhandeln wird müssen. Tut sie das nicht, dann wird der bewaffnete Kampf nicht aufhören. Der bewaffnete Kampf geht weiter. Er wird gleichzeitig geführt, während die Gespräche hier stattfinden. Bei der Ankunft haben wir gesagt, daß wir keinesfalls bereit sind, unseren Krieg einstweilen aufzuschieben. Wir sind nicht bereit, unsere Waffen nur wegen Genf niederzulegen. Wir haben den Krieg nicht aufgenommen, weil wir ein Genf wollten. Wir haben den Krieg aufgenommen, weil wir die Unabhängigkeit des Volkes von Zimbabwe erreichen wollen.

Solange die Unabhängigkeit nicht erlangt ist, wird der Krieg weitergehen. Dabei spielt es keine Rolle, was die Briten machen werden, dabei spielt auch keine Rolle, welche Kräfte Ian Smith noch unterstützen werden. Es spielt auch keine Rolle, was die USA zu tun beabsichtigen, ob sie ihre ganze Macht für Ian Smith einsetzen werden, ist für uns belanglos. Wir werden den Imperialismus und Kapitalismus bekämpfen, wie wir es die ganzen Jahre seither getan haben. Sie bleiben der Feind der Volksmassen von Zimbabwe. Sie bleiben der Feind unseres Proletariats, sie bleiben der Feind unserer Bauern und wir werden sie bekämpfen, bis wir siegen. Das ist unser Standpunkt. Wir können nicht von unserem eingeschlagenen Weg durch diejenigen abgebracht werden, die Tag für Tag rufen, wir sollten unsere Waffen niederlegen und Gespräche führen, friedlich verhandeln. Das heißt aber nicht, daß wir gegen friedliche Verhandlungen sind. Aber das heißt, daß wir die Methode, friedlich zu verhandeln, über Jahre hinweg versucht haben, ohne daß sie Erfolg hatte.

Weil diese Methode keinen Erfolg hatte, sind wir wieder zu der Methode des bewaffneten Kampfes zurückgekehrt und sind heute wie damals felsenfest überzeugt, daß wir nur durch den bewaffneten Kampf die Unabhängigkeit erringen werden. Niemand kann hier hoffen, bei den Verhandlungen irgendetwas zu erreichen, was nicht ein Ergebnis des bewaffneten Kampfes ist.

Ja, Genf soll ein gutes Zeichen für den bewaffneten Kampf, den wir führen. Genf ist ein Zeichen dafür, daß wir durch den Kampf unseren Feind gezwungen haben, zumindest zur Kenntnis zu nehmen, daß wir die Macht sind, mit der er rechnen muß. Aber nach unserer Meinung ist diese Genfer Konferenz verfrüht, weil Ian Smith noch nicht genügend Schläge erhalten hat. Gegenwärtig greift er zu allen möglichen verzweifelten Mitteln. Er hat auf das Territorium von Mozambique Invasionen durchgeführt. Dabei hat er südafrikanische Hubschrauber und Soldaten benutzt. Wir wissen auch, daß hinter dieser Invasion imperialistische Mächte stehen. Aber wir sind glücklich darüber, daß die Volksmassen, die Volksstreitkräfte von Mozambique und Zimbabwe den Feind zurückgeschlagen haben, und wir sind sehr zuversichtlich, daß in nicht zu ferner Zukunft der Feind zusammenbrechen wird und die Festung zerstört sein wird. Deshalb sage ich zu allen unseren Freunden, die in der Vergangenheit an unserer Seite gestanden haben, zu allen unseren Freunden, die mit uns solidarisch sind, daß sie weiterhin und mit Nachdruck jede Form der Unterstützung für uns fortsetzen. Wir brauchen diese Unterstützung jetzt noch mehr, als wir sie früher brauchten. Wir brauchen die Solidarität gegen Imperialismus und Kapitalismus. Wir müssen den Krieg, den wir seit langem führen, nicht nur für die Freiheit des Volkes von Zimbabwe, sondern für die Freiheit der Arbeiter in der ganzen Welt führen, damit sie ihren rechtmäßigen Platz in der Gesellschaft einnehmen können und ein für allemal den Kapitalismus begraben, den sie zerstört haben. Dies ist der Krieg, den wir führen. Er entwickelt sich in Zimbabwe sehr zügig und wird immer stärker. Wir hoffen, daß die Schlacht eher früher als später gewonnen sein wird.

Dem KBW und allen, die seine Arbeit unterstützen, sage ich: Laßt uns gemeinsam und solidarisch den Kampf fortsetzen. Ich übermittle euch meine Grüße und die Grüße meiner Partei, die Grüße der Mitglieder des Zentralen Komitee und der Mitglieder der ZANU-Delegation hier in Genf. Wir werden stets eure Freunde sein. Laßt uns den gerechten Kampf, den wir gegen Imperialismus und Kapitalismus führen, fortsetzen.

Erhöhung der Wasserpreise geplant

„Voraussichtlich schon im nächsten Jahr werden viele Verbraucher mehr Geld für Wasser ausgeben müssen." „Die Wasserpreise werden mit Sicherheit steigen", erklärte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft. (Mannheimer Morgen, 18. November 1976) Mit den vielen Verbrauchern sind die Volksmassen gemeint. Die Kapitalisten erhalten bekanntlich Sondertarife. Daß die Preiserhöhung die Massen treffen und den Kapitalisten nützen soll, geht auch aus der Begründung hervor: „Gewaltige Investitionskosten" seien für den Ausbau der Wasserversorgung nötig. Doch: Der Wasserverbrauch in den Haushalten und im Kleingewerbe nehme nur geringfügig zu, und das genüge nicht, die „Kostensteigerungen" abzufangen. Die gewaltigen Investitionskosten in Höhe von 24 Milliarden DM bis 1985 sind nötig für die kapitalistische Großproduktion. Nach Angaben des Bundesverbandes sind bereits zwischen 1960 und 1975 19 Milliarden investiert worden. Zwischen 1957 und 1973 hat das „Wasseraufkommen der gesamten Industrie um 77 Prozent zugenommen. Diese Zahl beruht vor allem auf der Steigerung in der Chemischen Industrie (129 Prozent) sowie Mineralölverarbeitung (93 Prozent), eisenschaffende Industrie (85 Prozent) sowie im Bergbau (81 Prozent)." – (Nach: Wirtschaft und Statistik 10/1976)

BRD-Imperialismus an der Vorbereitung des Putsches in Argentinien beteiligt

Der Putsch der reaktionären Armee in Argentinien ist von den westlichen Imperialisten vorbereitet worden. Der Abgeordnete Stahl (Kempen) richtete am 16. September eine Anfrage an die Bundesregierung: „Hat die Bundesrepublik Deutschland allein bzw. mit den USA und anderen europäischen Staaten vor dem Sturz der argentinischen Regierung Peron am 24. März 1976 Verhandlungen mit den den Sturz planenden Offizieren geführt, in denen diese sich verpflichteten, nicht nach chilenischem Beispiel gegen ihre politischen Gegner vorzugehen und dafür die Zusicherung von Umschuldungsverhandlungen erhielten?" (Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 7/5788)

die Zusicherung von Umschuldungsverhandlungen erhielten?" (Drucksache des Deutschen Bundestages Nr. 7/5788)

Energieprogramm –

Energieprogramm – im Interesse der Arbeiter?

(Fortsetzung von Seite 1)
ratsvorsitzende, ein Vertreter der Geschäftsleitung und der SPD-Oberbürgermeister von Mühlheim. Entsprechend ihren unterschiedlichen Aufgaben hetzten sie gegen die Volksmassen, die in Brokdorf den Bau des Kernkraftwerks bekämpfen. Busch erklärte: „Wenn Brokdorf nicht gebaut wird, kommen *wir* an Entlassungen nicht vorbei." Galland von der Geschäftsleitung meinte: „Dann können wir hier den Laden dicht machen." Der Oberbürgermeister Müller: „Das Schicksal unserer Stadt hängt zu einem Gutteil von der KWU ab. Wenn Mühlheim lebensfähig bleiben will, brauchen wir Arbeitsplätze, auch die der KWU."

Der Versuch, die Vernichtung der Existenzgrundlage von Millionen Arbeiterfamilien durch die kapitalistische Produktionsweise zu nutzen für die Spaltung der Volksmassen und zu ihrer Unterwerfung unter das Energieprogramm ist die eine Seite der Taktik der Finanzbourgeoisie, die andere ist der Appell an die Arbeiter als Träger der Produktion.

Die Arbeiterklasse ist Träger der Produktion und damit Träger jeglichen Fortschritts. Die Bourgeoisie versucht, die Volksmassen zu spalten, indem sie sich den Arbeitern anbietet, gemeinsam für den Fortschritt und gegen die rückständigen Volksmassen zu marschieren. Zeitweilig konnte es ihr gelingen, diese Spaltung zu erzielen und ihr vermeintliches Bündnis zu propagieren. Die Arbeiter sagen zu ihren Produkten: wir machen gute Arbeit, und das, was wir produzieren, ist gut, warum soll es nicht in Betrieb genommen werden? Das ist richtig. Aber die Arbeiter sind nicht die Herren der Produktion, die Herren der Produktion sind die Kapitalisten, die nichts produzieren, sondern nur besitzen und aneignen. Diese Nichtproduzenten bestimmen, was und wie produziert wird. Sie lassen produzieren um des Profites willen, um nichts anderes. Um des Profites willen kämpft die Bourgeoisie für die Durchsetzung ihres Energieprogramms. Um Arbeitsplätze geht es ihr dabei absolut nicht. Es geht ihr darum, ihre Ausgangsbasis im Kampf um die Herrschaft in der Welt zu verstärken. Dafür muß sie die Arbeiterklasse in Westdeutschland verstärkt ausbeuten, die Arbeiterklasse und die Volksmassen verstärkt ausplündern und unterdrücken. Der Siemens-Konzern, alleiniger Besitzer der KWU, hat damit reichhaltige Erfahrungen. In Mühlheim spielt er sich als Hüter der Sicherheit der Arbeitsplätze auf, in Bruchsal und anderen Werken beseitigt er gerade die Existenzgrundlage von Tausenden von Arbeiterfamilien.

Die Volksmassen in Brokdorf bekämpfen das Kernkraftwerk, weil es ihre Existenzgrundlage vernichtet. Es sind die gleichen Herrren, die hier die Existenzgrundlage der Bauern vernichten, und die mit Massenentlassungen die Existenzgrundlage von Millionen Arbeiterfamilien vernichten. Arbeiter und Bauern sind Produzenten, sie produzieren den gesellschaftlichen Reichtum. Die Finanzbourgeoisie eignet sich diesen Reichtum bloß an. Diese Aneignungs- und Produktionsweise ist überholt und verkommen, Fortschritt ist unter der Kapitalistischen Produktionsweise nicht mehr möglich, jeglicher vermeintliche Fortschritt kann nur durch die fortschreitende Vernichtung von Mensch und Natur erkauft werden. Der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung muß aufgehoben werden.

Die Arbeiterklasse ist die Trägerin der industriellen Produktion, sie ist der Repräsentant der fortgeschrittensten Produktionsweise. Arbeiter und Bauern können sich zusammenschließen, die kapitalistische Produktions- und Aneignungsweise beseitigen, um an ihre Stelle die gesellschaftliche Produktion *und* die gesellschaftliche Planung und die gesellschaftliche Aneignung zu setzen. Wenn die Träger der Produktion auch die Herren der Produktion sind, dann können alle noch so komplizierten und heute unmöglich erscheinenden Produktionsverfahren beherrscht werden und im Interesse des arbeitenden Volkes eingesetzt werden. Dazu muß die Herrschaft der Finanzbourgeoisie gestürzt werden und die soziale Revolution durchgeführt werden.

Der Kieler Landtag war umstellt

Der Kieler Landtag war umstellt

Nur neun Tage sind vorbei, seit 30 000 in Brokdorf gegen das Kernkraftwerk kämpften. Heute hat es einen neuen Höhepunkt gegeben. Ca. 5 000 Menschen haben eine Demonstration durchgeführt vom Holstenplatz zum Landeshaus. Anlaß war die Sitzung des Landtags zum Thema Brokdorf. Den Kapitalisten und ihren Politikern ist es heiß unter den Füßen geworden angesichts des Widerstands der Volksmassen gegen das Kernkraftwerk. Deshalb waren schnelle Beratungen notwendig.

Eine breite Aktionseinheit hat zur Kundgebung und Demonstration aufgerufen. Insgesamt 22 Organisationen und Vertretungskörperschaften. Das zeigt, daß Fortschritte gemacht worden sind im Zusammenschluß der Arbeiter und Bauern und des Volkes. Sofortige Einstellung aller Bautätigkeiten und Räumung des Platzes! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf und anderswo! Das waren die Hauptparolen, die immer wieder gerufen wurden. Der Aufruf zur Demonstration und Kundgebung enthält folgende Sätze: „... weil wir wissen, daß das Kernenergieprogramm nicht der Sicherung der Stromversorgung der Bevölkerung dient, sondern den Zweck hat, der Industrie höhere Gewinne und bessere Exportchancen zu bringen, um damit andere Konkurrenten ausstechen zu können ... weil wir erlebt haben, daß sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien am Kernenergieprogramm der Bundesregierung nachdrücklich festhalten, deshalb setzen wir auf unsere eigene Kraft."

Dies ist völlig richtig. Die Lügen der bürgerlichen Klasse, daß die Atomenergie Arbeitsplätze schafft, ziehen nicht mehr. Die Fronten sind völlig klar. Die Volksmassen werden den Bau des Kernkraftwerks verhindern, wenn sie gemeinsam dagegen kämpfen. Das Atomenergieprogramm der Bundesregierung kommt nicht durch. Auf der Kundgebung wurden viele Resolutionen verlesen aus Betrieben, Schulen, Gewerkschaften, Hochschulen und Kasernen. Ein kommunistischer Landarbeiter berichtete von einer Aktion in Brokdorf heute am Dienstag. Täglich müssen Baumaschinen und Lastwagen durch die Umgegend zum Bauplatz fahren. Ohne diese Maschinen geht der Bau nicht und erst recht nicht ohne die Arbeiter, die sie bedienen. In der Nähe von Wilster wurde ein Lastwagen angehalten. Dem Fahrer wurde der Aufruf der Aktionseinheit übergeben. Jetzt kann man auf dem Lastwagen der NWK in großen Buchstaben lesen: Kein Kernkraftwerk in Brokdorf.

Es gab großen Beifall für diesen Bericht. Tatsächlich sind die Möglichkeiten vielfältig, die sofortige Einstellung der Bauarbeiten zu erzwingen. Das wurde klar. Viele haben sich während der Demonstration dem Zug angeschlossen. An Häuserwänden stehen jetzt die Forderungen geschrieben und überall kleben Plakate. „Der Volkswille muß entscheiden sein! Wir sagen nein! Kein Kernkraftwerk in Brokdorf!" – laut wurde diese Parole gerufen, als der Demonstrationszug am Landeshaus angekommen war. Etliche Hundertschaften von Polizei und Bundesgrenzschutz hatte die Landesregierung zu ihrem Schutz auffahren lassen. Eine Delegation von den beteiligten Bürgerinitiativen, politischen Organisationen und Vertretungskörperschaften der Aktionseinheit wurde gebildet und in die Sitzung des Landtags geschickt. Der Bericht der Delegierten über die Stellungnahmen der bürgerlichen Parteien bestätigte die Einschätzung der Demonstrationsteilnehmer völlig: Wir bauen auf unsere eigene Kraft.

Auf der Abschlußkundgebung wurden die nächsten Schritte im Kampf gegen das Kernkraftwerk festgelegt. Am Samstag, den 4. Dezember, findet in Kiel ein Aktionstag mit Demonstration und Kundgebung statt, um den Zusammenschluß noch weiter zu stärken. Weitere Aktionen gegen den Bau in der Wilster Marsch und direkt am Bauplatz werden vorbereitet.

Das Radio mußte nach der Aktion berichten, daß die Gegner des Kernkraftwerks Brokdorf sich einig sind, während sich die Befürworter im Landtag weiter streiten würden. – (a., Kiel/Red.)

Kohlerationierung in Polen

Die Haushalte der Lohnabhängigen in Polen sollen ab sofort Bezugsscheine für Kohle erhalten. An vielen Orten wird abends die Straßenbeleuchtung eingespart. Die staatsmonopolistische Bourgeoisie nutzt die Kohlerationierung, um gleichzeitig die Bauern zu erpressen: „In ländlichen Gebieten Polens wird die Abgabe von Hausbrand neuerdings von der Schlachtviehlieferung bei den staatlichen Erfassungsstellen abhängig gemacht." So berichtet jedenfalls die „Welt" am 18. November. Polen ist das viertgrößte Kohleförderland der Welt.

USA-Imperialismus verhindert UNO-Aufnahme Vietnams

Durch Veto im UNO-Sicherheitsrat haben die USA-Imperialisten am 16. November zum dritten Mal die Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die UNO verhindert. Begründet haben sie dies mit „keinen befriedigenden Auskünften über das Schicksal vermißter amerikanischer Vietnam-Soldaten", daß sich Vietnam „einer Heimschaffung von Leichen gefallener Amerikaner widersetze". (Neue Zürcher Zeitung, 17. November) Alles Soldaten des USA-Imperialismus, der jahrelang wütende Aggression gegen das vietnamesische Volk verübt hat und durch den Befreiungskrieg des vietnamesischen Volkes besiegt wurde. Die Länder der Dritten Welt haben die Aufnahme Vietnams in die UNO entschieden unterstützt, genauso wie sie den Befreiungskampf des vietnamesischen Volkes unterstützt haben. Der USA-Imperialismus ist äußerst isoliert. Das Außenministerium der Sozialistischen Republik Vietnam erklärt: „Die Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam ist überzeugt, daß diese Länder die Unterstützung Vietnams fortsetzen werden und die hartnäckige Obstruktionshaltung der USA verurteilen werden."

Steuerprogression

Ein gängiges und gepflegtes Vorurteil über das heutige System der Lohnsteuer lautet: „Wer viel hat, muß viel zahlen, wer weniger hat, muß wenig zahlen, und wer ganz wenig hat, muß fast gar nichts zahlen.“ Auf diese Weise wirkt das Lohnsteuersystem angeblich als Mittel ausgleichender Gerechtigkeit.

Wegen der Notwendigkeit, gegen die spalterische Prozentforderung des Hauptvorstandes der ÖTV zu polemisieren, haben wir einige Untersuchungen durchgeführt. Die Abbildung Nr. 1 zeigt, welche Prozentsätze der Gesamtaufwendungen je für die einzelnen Lohn- und Gehaltsklassen seitens des staatlichen Dienstherrn gemacht werden. In der untersten Einkommensklasse erhalten 6,0 Promille der Beschäftigten 3,8 Promille der Lohnsumme. In der obersten von uns ermittelten Einkommensklasse 0,4 Promille der Beschäftigten 1,31 Promille der Gelder.

In diesen höheren Lohngruppen sitzt die Bourgeoisie und versteht sich zu versorgen. Das Bild Nr. 2 gibt an, um welchen Faktor die Löhne und Gehälter einer Einkommensklasse unter bzw. über dem Durchschnitt liegen.

Das drückt bereits eine anständige Portion „Gerechtigkeit“ aus. Der Sachverhalt ist von Belang fürs Verständnis der Steuerprogression. Die ist ja angeblich eingeführt, um irgendwie leider ungleich verteilte Glücksumstände des Lebens auszugleichen.

Wir haben ausgerechnet, zu welchem Prozentsatz das Ergebnis eines Abschlusses von 8 Prozent, 300 DM Urlaubsgeld samt Urlaubsgeldzuschlag für die Kinder, falls es so abgeschlossen würde, als Lohnsteuer an den Staatsapparat weggeführt werden müßte. Daraus ist die Abbildung Nr. 3 entstanden. Ähnliche kennt man aus dem Gemeinschaftskundeunterricht. Sie trieft vor „Gerechtigkeit“. Starke Progression – wer hat, muß zahlen. In der untersten Einkommensklasse macht die Belastung des Ergebnisses durch Lohnsteuer unter 25 Prozent aus, in der obersten hingegen über 50 Prozent.

Wem dieses hohe Maß an „sozialer Komponente“ des Lohnsteuersystems spanisch vorkommt, der vertiefe sich in Schaubild Nr. 4. Es drückt aus, was in *barem Geld* je Einkommensklasse übrig bleibt.

Diese Abbildung drückt auch eine „Progression“ aus: auf der einen Seite eine Progression, ein Wachstum der Räuberei *an Löhnen*, auf der anderen Seite ein Wachstum der Räuberei *unter dem Deckmantel von Löhnen.*

Um den Umfang der Angelegenheit am Beispiel des öffentlichen Dienstes, wo es 3,9 Millionen Beschäftigte hat und den seltenen Fall, daß die Bourgeois in der Statistik als Beschäftigte *nach Tarifklassen* gefaßt werden können, zu verdeutlichen, haben wir ausgerechnet (es ist genau genommen bloß eine Schätzung, denn das Datenmaterial ist schwer zu verarbeiten und unvollständig), wie und von wem das zusätzliche Lohnsteueraufkommen, das nach einem Abschluß von 8 Prozent, 300 DM Urlaubsgeldzuschlag, Urlaubsgeldzuschlag von 50 DM für jedes Kind aufgebracht werden müßte, aufgebracht würde.

Das kann man an der Abbildung Nr. 5 ablesen. Wir haben, bei der niedrigsten Einkommensklasse beginnend, die Prozentanteile aufsummiert. Wollten wir den „Beitrag“ der Bourgeoisbeamten erfassen, hätte der erforderliche Maßstab das Format unserer Zeitung überfordert. Es ist nicht viel.

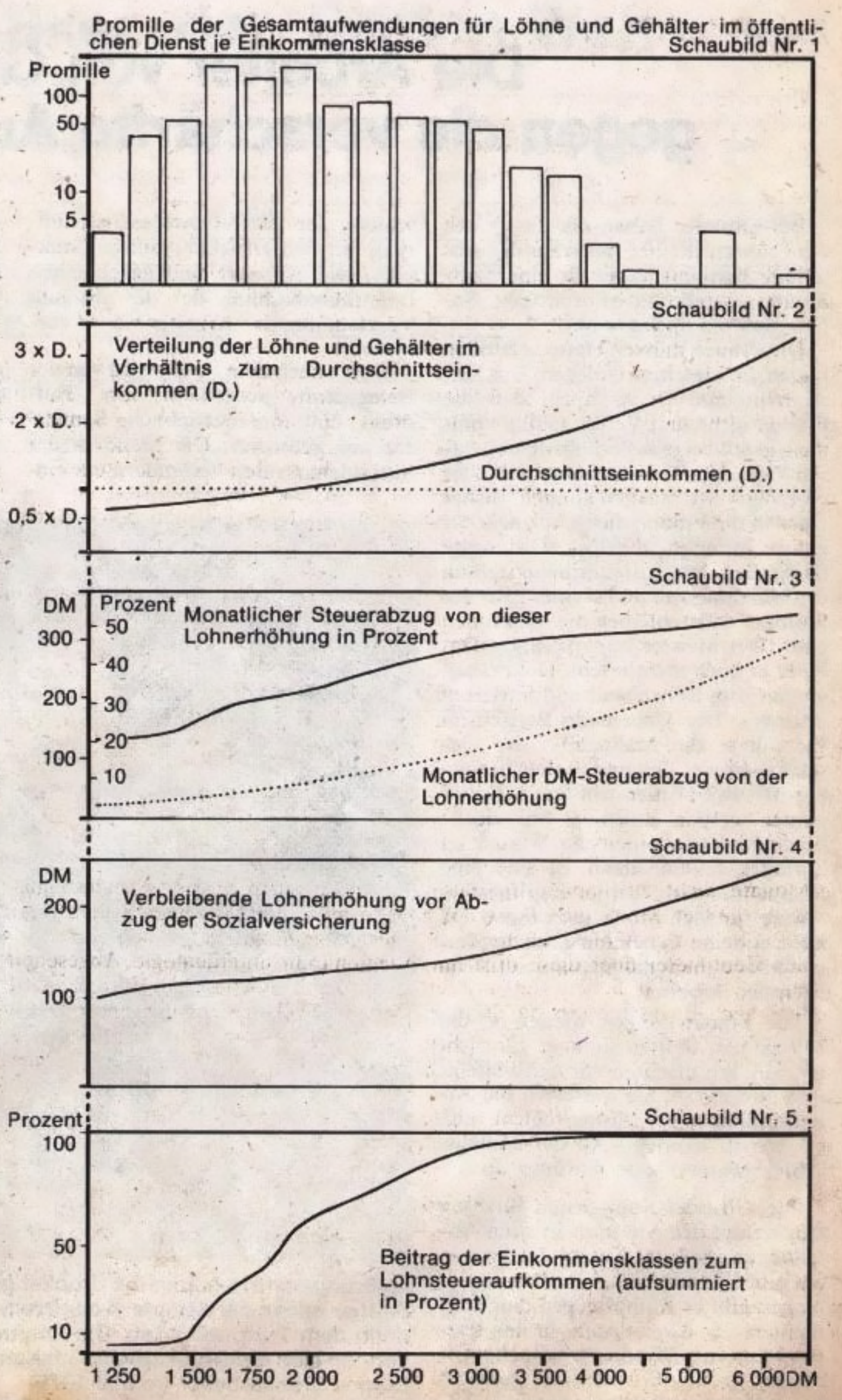
Das ist die „Steuergerechtigkeit“, und ihr Wesen besteht in der Unverfrorenheit, die Ausgebeuteten und Unterdrückten für die Aufrechterhaltung von Ausbeutung und Unterdrükkung mit Gewalt bezahlen zu lassen.

Die Steuerfrage ist drückend. Vor Jahresfrist bereits bemerkte der Vorsitzende des Hauptvorstandes der ÖTV, man dürfe nicht vermeinen, Steuerprobleme durch Lohnkampf lösen zu können. Der Mann hat insoweit recht, als das ganze System der Besteuerung des Lohns direkt gegen den Lohnkampf gerichtet ist und ihn als wirkungslos erscheinen lassen soll. Nicht richtig ist allerdings, daß z.B. eine Festgeldforderung in öffentlichen Diensten, zu der es hoffentlich noch kommen wird, auch in dieser Hinsicht nichts bewirken würde. Sie würde quasi im Nebeneffekt den Schwindel, den die Bourgeoisideologen mit der Steuerprogression betreiben, für die hoch verdienenden Bourgeoisbeamten in eine bar zu zahlende mathematische Wahrheit verwandeln, es sei denn, der Bundestag behüte sie davor per Gesetz. Jedenfalls würden bei Erhöhung aller Tarife im öffentlichen Dienst um einen festen Betrag die aus dieser Erhöhung realisierten Beträge weniger werden, d.h. die Bourgeois müßten für den Staatsapparat, den sie so abgöttisch lieben, ein paar Pfennig hinlegen.

Das mag auch dazu beitragen, daß die Bourgeois die Festgeldforderungen so abgründig hassen. Der Hauptgrund dafür ist natürlich, daß diese die Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf zusammenschließen, was die Bourgeois dann teuer kommt.

So wie das Steuersystem gegenwärtig gebaut ist, berührt jeder Lohnkampf das Steuersystem und wird auch davon beeinflußt. Man muß sich also in der Zukunft damit stärker befassen.

Nicht sicher ist, daß schon alle Heimtücke dieses Steuersystems erkannt worden wäre, ganz im Gegenteil. Sicher indessen ist, daß die Arbeiterbewegung gegen dieses Steuersystem unter einer prinzipiell gestellten Forderung antreten muß. Verliert man aus den Augen, daß man grundsätzlich nicht bereit ist, diesen Staatsapparat zu unterstützen, und verlangt man infolgedessen nicht einen *Freibetrag,* der nicht unter 1 500 DM liegen darf, wird man sich im Gestrüpp der Einzelregelungen verlieren. Diese aber sind tükkisch und allemal bloß auf Spaltung ausgelegt. – (mf)



Je stärker der Arbeiter ausgebeutet wird – desto mehr soll er in die Krankenversicherung zahlen

Jede Entfaltung der kapitalistischen Produktion führt zu einem Ansteigen der Krankheitsfälle. Erleidet die kapitalistische Produktion Einbrüche, so kommt es auch vorübergehend zu einem Absinken des Krankenstandes. Bedingt dadurch, daß die Produktion teilweise zusammenbricht, der Arbeiter weniger in der Fabrik ist, und bedingt durch den Druck der industriellen Reservearmee.

Das Schaubild 1 zeigt, daß die Entwicklung der Krankenfälle seit dem Jahre 50 stetig steigt, unterbrochen von Einbrüchen innerhalb des Produktionsprozesses in den Jahren 66/67 und 74/75. Es zeigt auch, daß diese Einbrüche die Krankheitsfälle nie mehr so weit zum Sinken bringen, wie in den Jahren davor und zeigt auch, daß jedes erneute Anzeichen der kapitalistischen Produktion die Krankenfälle immer steiler in die Höhe treibt.

Steigende Häufigkeit von Krankheit, körperliche Degradation ist eine Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses. Sie kann nur durchbrochen werden durch den Kampf der Arbeiter um Arbeiterschutz und letzendlich durch die proletarische Revolution.

Die Arbeiterklasse hat sich Versicherungen erkämpft. Eine dieser Versicherungen ist die Krankenversicherung. Wenn ein Arbeiter krank ist, ist es dem Kapitalisten egal, ob er den gleichen Arbeiter in 2 Wochen wieder sieht oder ob er einen anderen zur Ausbeutung kriegt.

Die Arbeiter haben die Kapitalisten mittlerweile dazu gezwungen, daß sie 6 Wochen nach Eintreten der Krankheit den Lohn fortzahlen müssen.

Die Kapitalisten und ihr Staat behaupten frech, daß es eine „Selbstverwaltung der Versicherungen“ gäbe. Damit meinen sie die Tatsache, daß sie durch Gesetz festgelegt haben, daß erstens die Arbeiter durch die Versicherungen ausgeplündert werden, daß zweitens die versicherten Arbeiter der Überwachung von Versicherung und Staat ausgesetzt sind, und daß drittens die Bedingungen für die Bereicherung der Kapitalisten an diesen Kassen gesichert ist. Damit meinen sie, daß sogenannte selbstverwaltete Krankenkassen, in denen die Kapitalisten die Hälfte der Vertreter stellen, und deren Organe sich zusätzlich jeden Pieps von der zuständigen Behörde genehmigen lassen müssen, diese oben festgelegten Bestimmungen zur Durchführung bringen.

Das Gesetz heißt Reichsversicherungsordnung (RVO), stammt aus dem Jahre 1911 – ein Jahr der Kriegsvorbereitung – und ist heute ganz hervorragend für die Zwecke der Kapitalisten geeignet.

Die Grundlage für die Ausplünderung der Arbeiter durch die Versicherung ist, daß die Arbeiter von ihrem Lohn die Hälfte der Versicherungskosten zahlen. Das ist durch die Reichsversicherungsordnung geregelt, ebenso geregelt ist, daß die Beiträge „so zu bemessen sind, daß sie mit den anderen Einnahmen für die zulässigen Ausgaben der Kassen ausreichen. (...) Sie sind in Hundertstel des Grundlohns festzusetzen.“

Jede Lohnerhöhung eine Erhöhung der Ausplünderung der Arbeiter durch die Kassen – jede Steigerung der Ausgaben der Kassen, eine Steigerung der festgesetzten Beiträge. Jede Steigerung der Ausbeutung der Arbeiter Steigerung der Krankheitsfälle (wie Schaubild 1 zeigt), damit Steigerung der Ausgaben der Kassen und damit eine Steigerung der Ausplünderung. Je mehr die Kapitalisten aus den Arbeitern in der Produktion herausholen, desto mehr holen die Versicherungen wiederum aus den Arbeitern heraus.

Dies ist bis jetzt schon so zur Entfaltung gebracht, daß der Arbeiter rund 16 % des Lohns gleich vor der Auszahlung neben den Steuern abgezogen bekommt. „Ausdruck des Solidaritätsgedankens der Sozialversicherung“ nennen das die Sozialdemokraten.

Dazu kommen gesetzliche Bestimmungen, die die Überwachung der versicherten Arbeiter festlegen.

§ 347 RVO 1: „Die Vertreterversammlung (das Selbstverwaltungsorgan der Kasse, Red.) regelt Meldung und Überwachung der Kranken sowie ihr Verhalten durch eine Krankenordnung.“

2 „Sie (die Krankenordnung) bedarf der Genehmigung des Versicherungsamtes.“ (Dies hat den Status einer Behörde, die Red.)

3 „Reicht eine Kasse trotz Aufforderung des Versicherungsamtes in der gesetzten Frist keine Krankenordnung ein, ... so wird diese rechtsverbindlich festgelegt. Das gleiche gilt für angeordnete Änderungen oder Ergänzungen.“

4 „Das Versicherungsamt kann die Krankenkasse mit ihrer Zustimmung und unter Vereinbarung über Kosten bei der Überwachung der Kranken unterstützen.“ Das heißt Kassenaufsicht in Verbindung mit direkter Staatsaufsicht.

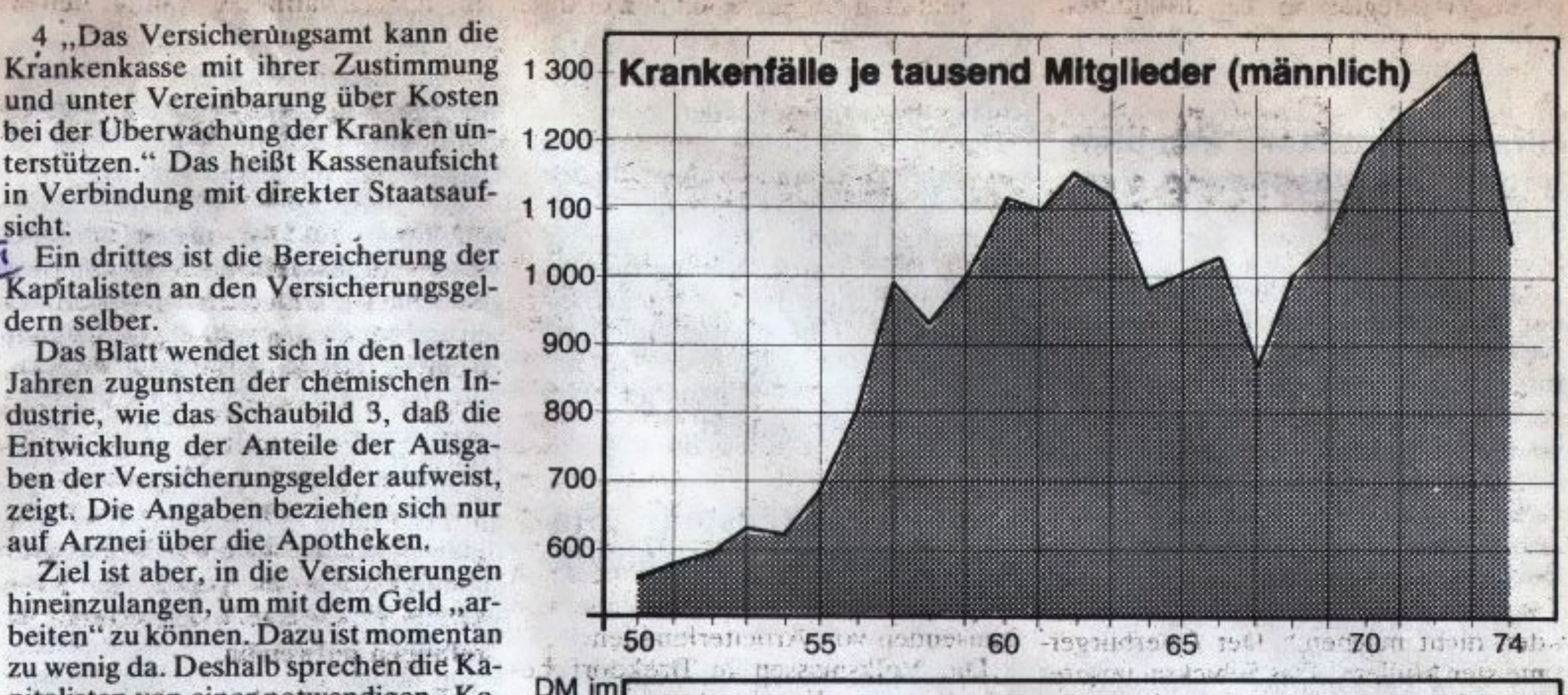
Ein drittes ist die Bereicherung der Kapitalisten an den Versicherungsgeldern selber.

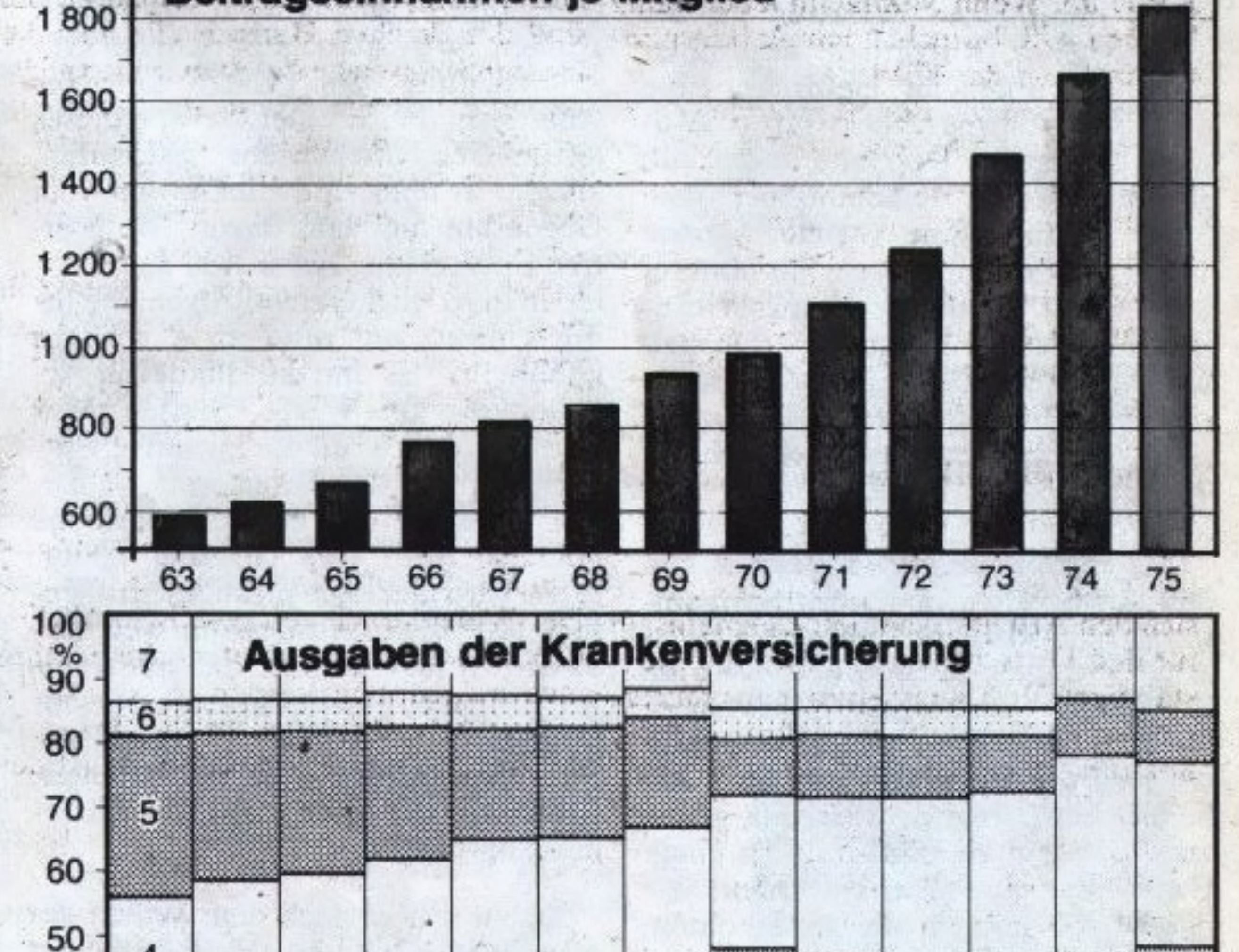
Das Blatt wendet sich in den letzten Jahren zugunsten der chemischen Industrie, wie das Schaubild 3, daß die Entwicklung der Anteile der Ausgaben der Versicherungsgelder aufweist, zeigt. Die Angaben beziehen sich nur auf Arznei über die Apotheken.

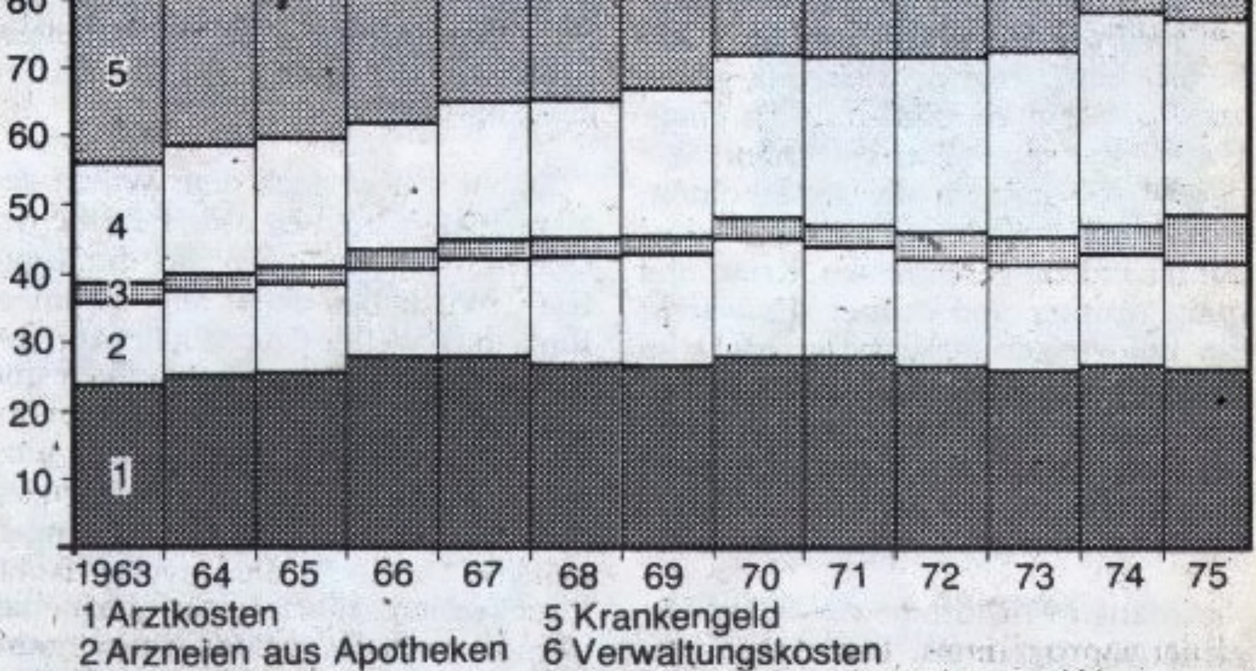
Ziel ist aber, in die Versicherungen hineinzulangen, um mit dem Geld „arbeiten“ zu können. Dazu ist momentan zu wenig da. Deshalb sprechen die Kapitalisten von einer notwendigen „Kostendämpfung“. Gemeint sind die Kosten für das Pflegepersonal in den Krankenhäusern, und Streichen von Mitteln für Medikamente, die die Versicherten mittlerweile in der Apotheke zusätzlich noch selber drauflegen.

Diese Quelle ist noch nicht erschöpft, das Hauptaugenmerk haben die Kapitalisten und ihre Parteien aber jetzt auf die „Verschiebung des Beitragsgefüges“ gelenkt. Damit meinen sie Beitragserhöhung und zwar eine solche, die nur die Arbeiter, sie aber nicht, zahlen. „Selbstbeteiligung“ und „Wahltarif“ nennt das „liberal“ die FDP. Gemeint ist damit, daß diejenigen Arbeiter, die der schärfsten Ausbeutung unterliegen, am stärksten durch die Kassen ausgeplündert werden sollen. Die „Verschiebung des Beitragsgefüges“ soll damit enden, daß die Kapitalisten noch nicht einmal mehr die Hälfte der Versicherungsgelder aufbringen.

Es nützt nichts, wenn man sich im Lohnkampf, wenn die Kapitalisten davon reden, wie doch jede Lohnerhöhung nicht nur sie, sondern auch die Arbeiter mit steigenden Versicherungsgeldern belastet, nur denkt, daß sie einem damit vom Kampf abhalten wollen. Das stimmt zwar. Aber ihre Aussage enthält ein Stück Wahrheit. Es gibt Anlaß, darum zu kämpfen, daß die Kapitalisten für die Folgen der Ausbeutung, die sich in Krankheit der Arbeiterklasse niederschlagen, zahlen, und die Arbeiter diese Gelder verwalten. – (am)







1 Arztkosten
2 Arzneien aus Apotheken
3 Zahnersatz
4 Krankenhauskosten
5 Krankengeld
6 Verwaltungskosten
7 Sonstige nicht ausgewiesene Kosten

1974 und 1975 sind die Verwaltungskosten nicht ausgewiesen

Essen:

Die Arbeiter von Girardet organisieren den Kampf gegen die verschärfte Ausbeutung und die politische Reaktion

Bei Girardet haben am 29.10. auf der Frühschicht 20 Frauen aus der Abteilung Fertigmacherei für eine halbe Stunde gestreikt. Ihre Forderung: „Sofort muß ein Springer her!“

Die Frauen müssen Hefte aufstoßen und in die Maschine einlegen. Das Maschinentempo ist so hoch, daß die Frauen nicht zum Verschnaufen kommen, geschweige außerhalb der regulären Pause die Toilette aufsuchen oder eine Zigarette rauchen können. Bisher wurden die Frauen durch Springer für einige Minuten abgelöst. Das sollte flachfallen. Die Arbeiterinnen stellten die Maschinen ab und sagten: „Bis der Springer da ist, bleiben die Maschinen aus.“ Der Meister war sprachlos. Das hatte er noch nicht erlebt. Die Frauen gingen zum Betriebsrat und forderten Springer. Der anwesende Betriebsrat verteidigte die Maßnahme der Geschäftsleitung: „Es sind so viele Frauen krank.“ Die Frauen wußten: 6 Kolleginnen werden entlassen. Für die ist heute der letzte Arbeitstag. Wenn jetzt Springer fehlen, dann ist das eine Maßnahme der Girardet-Kapitalisten, um sie zur Mehrarbeit zu zwingen. Da kann es keine Versöhnung mit den Kapitalisten geben, das geht nur auf Knochen der Arbeiter.

Die Frauen gingen wieder an die Maschinen, stellten sie aber gar nicht an, sondern machten vor den Maschinen ihre Pause. Sie forderten die Arbeiterinnen der Mittagsschicht auf, ebenso zu handeln. Ab der Mittagsschicht waren wieder Springer da.

Die Girardet-Kapitalisten fürchten den Kampf der Arbeiter. In allen Abteilungen stieß der Kampf der Frauen auf große Zustimmung. In allen Abteilungen gibt es Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten. In den letzten 2 Jahren haben die Arbeiter bei Girardet große Fortschritte gemacht beim Zusammenschluß gegen Lohndrückerei, gegen die Verschärfung der Arbeitshetze, gegen Überstundenarbeit. Kraft und Kampfentschlossenheit sind gewachsen. Das ist eine ausgezeichnete Lage, um im Kampf um die Druckmanteltarifanhänge und im Lohnkampf die weiteren Angriffe der Kapitalisten zurückzuschlagen.

Im Frühjahr 1976 haben die Drucker gegen Lohnabbau, für die Forderung von 9 %, mindestens 140 DM gestreikt. Seither reißen die Kämpfe in der Druckindustrie nicht ab. Nachdrücklich erheben die Druckarbeiter die Forderung nach dem 7-Stunden-Tag. Die Anhänge zum Druck-Manteltarifvertrag sind gekündigt. Unter dieser Forderung können sich die Druckarbeiter im Kampf gegen die Kapitalisten zusammenschließen. (Bild: Demonstration Hamburger Druckarbeiter im Mai 1976)

Girardet-Arbeiter kämpfen gegen die wachsende Verelendung

Girardet ist mit 2000 Beschäftigten der größte Betrieb der Druckbranche Essens. Hauptsächlich wird gedruckt für den Bauer-Verlag (Quick, Neue Revue, Playboy) und den Ehapa-Verlag (Comics). Gedruckt werden ferner Kataloge (Karstadt, Quelle, Hummel-Reise), Werbedrucke (z.B. Edeka), Fachzeitschriften (z.B. Hobby), Bücher und Kalender.

In der Druckindustrie tobt ein scharfer Konkurrenzkampf. Im Geschäftsjahr 1974 bei Girardet Umsatzrückgang um 15 %, Bilanzdefizit. Die Girardet-Kapitalisten entlassen an die 250 Arbeiter. Kurzarbeit wird angesetzt. Vor allem im Tiefdruck. Eine neue Rotationsmaschine (Cerutti 246) wird eingesetzt. Doppelte Kapazität, gleichbleibendes Bedienungspersonal. Neue Heftmaschine (Müller-Martini 11) in der Fertigmacherei mit höherer Tourenzahl. Rationalisierungsinvestitionen auch im Fotosatz (z.B. Umstellung auf Diatronic). Kürzung außertariflicher Lohnteile und Leistungen (z.B. Weihnachtsgeld und Milch für Tiefdrucker).

Auf Abteilungsebene werden von den Arbeitern Kampfschritte organisiert. Da stucken im Tiefdruck 3 Hilfsarbeiter an der neuen Rotation 246 am B-Kopf. Begründung der Kapitalisten: Die Maschine hat einen Stuckautomaten, der vorstuckt, also reichen 3 Arbeiter. Die Arbeiter waren da genau anderer Meinung. Sie sind sich einig: Das Tempo muß gesenkt werden! Wie das Papier aus der Maschine kommt, wird es im wahrsten Sinne des Wortes auf die Palette geschmissen. Kreuz und quer, drunter und drüber. Es wächst ein unförmiger Papierberg. Nicht zu transportieren. Die Meister schrecken auf. Stellen sich demonstrativ neben die Arbeiter. Diese lassen sich nicht einschüchtern. Der Berg wächst. Das Maschinentempo wird runtergestellt.

Anfang 1976 stimmen 96 % bei Girardet für Streik für 9 %, mindestens 140 DM, und es sind 73 %, die in der Urabstimmung gegen den 6 %-Abschluß der SPD-Gewerkschaftsführung mit den Druckkapitalisten stimmen. Die Arbeiter sind gegen einen Lohnraubabschluß, der die absolute Verelendung der Arbeiter weiter vorantreibt.

Sofort nach dem Streik wird von der Belegschaft, ausgehend vom Tiefdruck, eine innerbetriebliche Sonderzahlung gefordert. Die Manöver der Sozialdemokraten verhindern ein einheitliches Vorgehen. So erhalten die Arbeiter im Tiefdruck 180 DM einmalig, die übrigen Belegschaftsangehörigen 130 DM. Dennoch ist dies ein Erfolg im Kampf um den Lohn, genau wie den Kapitalisten die Erhöhung des Weihnachtsgeldes auf 85 % vom Monatslohn einschließlich der Schichtzuschläge abgerungen werden kann.

Der Streik der Druckarbeiter steckt den Girardet-Kapitalisten noch in den Knochen, ebenso das kraftvolle Urabstimmungsergebnis von 73 % für Kampf. Die Girardet-Kapitalisten geben der Forderung der Tiefdruckarbeiter gegen die Überstundenschinderei nach. Es werden einige neue Arbeiter eingestellt, die Überstundenarbeit vorübergehend verringert.

Girardet-Kapitalisten: „Rationalisierung ausschöpfen“

Die Kämpfe der Arbeiter haben die Verschärfung der Ausbeutung in ihrem ganzen Umfang nicht verhindern können. So heißt es im Bericht der Geschäftsleitung vom 19.9.76 zum Geschäftsjahr 1975: „Der Gewinn dieses letzten Geschäftsjahres ist bescheiden, aber es ist immerhin ein Gewinn – im Gegensatz zum Jahr davor. Die positive Entwicklung hat sich in erster Linie in der Druckerei vollzogen, die ihren Umsatz um rund 15 % steigern konnte . . .“ Es sind die Hände der Arbeiter, die alle Werte schaffen. Was Wunder also, wenn die „positive Entwicklung“ in der Druckerei „vollzogen“ wird und nicht in der Meisterbude oder im Büro vom Girardet junior. Frech wird hier doch nichts anderes gesagt, als daß die Ausbeutung weit verschärft werden konnte, daß mit weniger Arbeitern und bei Kurzarbeit mehr produziert wurde. Verstärkte Schweißauspressung für die Arbeiter, Erhöhung des Profits für die Girardet-Kapitalisten.

Dabei soll es nach dem Willen der Kapitalisten bleiben. Im Bericht der Geschäftsleitung legen sie die Linie fest: „Wir haben daher alle Veranlassung, auch weiter jede Möglichkeit der Rationalisierung zu durchdenken und sie, wenn möglich, auch auszuschöpfen.“ Ferner: „Wir haben in den letzten Monaten relativ viel Überstunden ansetzen müssen. (. . .) Die Abhängigkeit von Terminen, die ja typisch ist für Druckereien, führt leider dazu, daß allzuoft einzelne Maschinen oder ganze Abteilungen während der Woche unterbeschäftigt sind und daß dennoch am Sonnabend oder Sonntag Überstunden gemacht werden müssen. Dieses Problem kann natürlich nicht dadurch gelöst werden, daß wir mehr Mitarbeiter einstellen.“

Mit immer neuen Maßnahmen versuchen die Girardet-Kapitalisten die Arbeiter weiter auszuquetschen. Da wird neue Maschinerie eingekauft. Für Ende 1977 eine Albert-Frankenthal mit 10 Druckwerken, einem Falzapparat und einem Rollenstern. Für Mitte 1977 ein neuer Falzapparat für die Cerutti 245. 2 neue Heftmaschinen sind in der Fertigmacherei aufgestellt worden, noch schnellertourig als die alten. „Menschenunwürdig“ sagen einige Arbeiterinnen. Nicht anders wird es bei der neuen Rotation sein. Schon heute muß beispielsweise ein Hilfsarbeiter am A-Knopf, 4-Farbdrück, 8 Druckwerke mit Farbe versorgen.

Mit befristeten Arbeitsverträgen, Kurzarbeit und Überstunden wird die Ware Arbeitskraft noch disponibler gemacht. Da werden Arbeiter entlassen und neue eingestellt mit befristeten Arbeitsverträgen bis längstens 6 Monate. Da werden Arbeiter aus der Fertigmacherei unter der Woche nach Hause geschickt, weil keine Arbeit da ist, und bekommen nur für 4 Stunden am Tag Lohn, 4 Stundenlöhne werden ihnen so unterschlagen. Samstags und sonntags sollen Überstunden gemacht werden. Die Arbeiter anwerben und abstoßen möchten die Kapitalisten, wann immer es ihren Profitinteressen entspricht. Der Druck auf den Lohn wächst. Die Arbeiter sollen sich dukken in der Hoffnung, dann ihren Arbeitsvertrag verlängert zu bekommen. Gegen Entlassungen und befristete Arbeitsverträge muß der Kampf geführt werden. 2 Arbeiterinnen sind auf der letzten Betriebsversammlung dagegen aufgetreten.

Durch das Arbeitsamt werden die Arbeiter in diese Verträge gepreßt. In der Fertigmacherei z.B. arbeiten Fotolaborantin, Näherin, Zuschneiderin und Kosmetikerin. Hätten sie die Hilfsarbeit nicht angenommen, wäre ihnen das Arbeitslosengeld gesperrt worden. Es gibt befristete Arbeitsverträge in allen Abteilungen. Der Stundenlohn der Arbeiter mit befristeten Verträgen ist niedriger als der mit unbefristeten.

Die Sozialdemokraten vom Hauptvorstand der IG Druck und Papier unterstützen die Kapitalisten bei ihrem Geschäft. Sie haben eine Sondervereinbarung „zur Vermeidung von Überstunden und zur Entlastung des Arbeitsmarktes“ mit den Druckkapitalisten abgeschlossen, die den Kapitalisten die Möglichkeit zur Spaltung mittels befristeter Verträge gibt. Die Wirklichkeit hat jeder Arbeiter vor Augen: Die Sozialdemokraten im Betriebsrat bei Girardet stimmen sowohl den befristeten Arbeitsverträgen zu als auch den Überstunden. Und was es mit der Entlastung des Arbeitsmarktes auf sich hat, das haben die Arbeiter wieder einmal am 29.10. festgestellt, als 6 aus der Fertigmacherei entlassen wurden.

Aber keineswegs ducken die Arbeiter sich, wie es manche sozialdemokratischen Funktionäre demagogisch behaupten. Die Arbeiter führen Kämpfe gegen die wachsende Verelendung.

Nur wenige Wochen vor dem Streik hatten Frauen in der Fertigmacherei gegen die Bezahlung ihrer Arbeitskraft mit Lohngruppe I und II den Kampf aufgenommen. Ihre Forderung war: Für das Einlegen in die Maschine soll es für alle Frauen nur noch Lohngruppe III geben. In Lohngruppe I gibt es für Frauen ab 18 Jahren nur 5,80 DM und ab 21 nur 6,82 DM. Bei Lohngruppe II sind es gerade 40 Pfennig mehr. Davon kann niemand leben. Die Frauen weigerten sich, die Arbeiten weiter für Lohngruppe I oder II zu machen. Die Bezahlung der Lohngruppe II mußte ihnen zugesagt werden. Der Kampf geht um die Streichung der unteren Lohngruppen.



Die Demonstrationen am 1. Mai dieses Jahres standen im Zeichen des Aufschwungs der Klassenkämpfe und des wachsenden Zusammenschlusses der Arbeiterklasse gegen Imperialismus und Reaktion. Überall beteiligten sich in starken Blöcken die streikenden Druckarbeiter an den Demonstrationen. (Bild: der Block der Druckarbeiter auf der 1. Mai-Demonstration in Mannheim)

Die Arbeiter schließen sich gegen die verschärfte Ausbeutung zusammen

Über Abteilungsebene hinaus müssen die Arbeiter ihre Kräfte zusammenschließen, um der Verschärfung der Ausbeutung Schranken zu setzen. Dazu müssen sie ihre Gewerkschaftsorganisationen nutzen. Die Klarheit darüber wächst. Um 4000 hat sich die Mitgliederzahl der IG Druck und Papier nach dem Streik erhöht. Die Arbeiter von Girardet beraten Forderungen zu den Manteltarifanhängen, die zum 31.12.76 gekündigt sind, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Abteilung Fotosatz fordern in einer Resolution an den IG-Druck-und-Papier-Hauptvorstand: „Gemeinsame zentrale Tarifverträge.“ In der Begründung heißt es u.a.: „Eine Aufsplitterung der Mitgliedschaft schwächt die Kampfkraft der Gewerkschaft.“ In der Druckindustrie haben die Tarifverträge von Arbeitern und Angestellten unterschiedliche Laufzeiten. Das wurde im Druckerstreik von den Kapitalisten zu dem Versuch genutzt, Angestellte als Streikbrecher zu gewinnen. Weiter fordern sie als Änderung für den allgemeinen Anhang: „Hausarbeit ist unzulässig“ (bisher sind Ausnahmeregelungen zulässig), um der Spaltung der Druckarbeiter und dem Druck auf den Lohn entgegenzutreten. Diskutiert wird im Betrieb die Forderung nach zweimal eine halbe Stunde Pause (die zweite halbe Stunde nach siebeneinhalb Stunden mit der Möglichkeit, den Betrieb dann zu verlassen). Die Durchsetzung dieser Forderung ist ein Schritt zum 7-Stundentag. Es muß gleichzeitig gefordert werden das allgemeine Verbot der Überstunden, denn sonst wird es nichts mit dem 7-Stundentag.

Die Arbeiter wissen, daß sie für ihre Forderungen kämpfen müssen. Die herrschende Klasse unterdrückt ihren Kampf mit tausend Fesseln. Sie haben im Druckerstreik erfahren, daß Polizei gegen streikende Drucker eingesetzt wurde. Die Arbeiter aus der Fotosatz-Abteilung fordern in der Resolution an den Hauptvorstand: „Uneingeschränktes Streikrecht!“

Gerade diese Forderung zeigt, daß die Arbeiter sich keineswegs auf wirtschaftliche Kämpfe beschränken. Die Arbeiterklasse muß den Kampf um Demokratie führen, die Volksmassen gegen den bürgerlichen Staat zusammenschließen, will sie die proletarische Revolution durchführen und ihre soziale Befreiung erkämpfen. Auch dazu müssen die Arbeiter die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften schlagen. Zwei Arbeiterinnen und ein Arbeiter von Girardet haben sich in einem Leserbrief gegen den § 218 und die Beratungsstellen an die Gewerkschaftszeitung gewandt, wo SPD-Mitglied Gisela Kessler die Bewegung gegen den § 218 angegriffen und denunziert hat. Als Arbeiter wissen sie, daß es die sozialen Verhältnisse sind, die zur Abtreibung zwingen. Sie schreiben: „Wir sind Arbeiter von Girardet und wissen, was der § 218 für ein Unterdrückungsparagraf ist – auch wenn die SPD die Beratungsstellen so anpreist. Wenn die Frau in gutem Glauben hingeht, um eine legale Abtreibung machen zu können, muß sie Name und Adresse angeben. Bekommt sie die Abtreibung nicht bewilligt, treibt sie woanders ab, z.B. im Ausland, wird sie hier vor Gericht gezerrt. Deshalb muß der § 218 zu Fall gebracht werden. Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!“ Über 100 Arbeiter und Angestellte von Girardet haben diese 4 Forderungen der Komitees bisher unterschrieben. – (n., Essen)

Nur durch Streik können die Arbeiter einen weiteren Raubzug der Kapitalisten zurückschlagen

Die Stahlkapitalisten haben bis zu den Verhandlungen am Dienstag, dem 23.11., noch kein Angebot an die IG Metall gemacht. Solche Frechheiten leisten sich die Kapitalisten immer dann, wenn sie wissen, daß die Gewerkschaftsführung jeden Kampf vermeiden will. Das aber wissen die Kapitalisten spätestens, seitdem die Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen und Klöcknerhütte Bremen die 8,5 %-Forderung aufgestellt hat. Letztes Jahr haben die Stahlkapitalisten einen großen Raubzug gegen die Löhne der Stahlarbeiter geführt. Die Sozialdemokraten in der IG-Metall-Führung haben jeden organisierten Widerstand verhindert. Darauf setzen die Stahlkapitalisten erneut. Welchen Umfang dieser Raubzug hatte, läßt sich erst allmählich vollständig überblicken. Unlängst hat die „Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie" das „Statistische Jahrbuch 1976 der Eisen- und Stahlindustrie" herausgegeben.

Auf Zahlen aus diesem Jahrbuch stützt sich die folgende Tabelle:

Jahr	Arbeiter	Bruttolohnsumme (in 1000 DM)	Bruttolohn je Arbeiter (Durchschnitt)
1974	246370	6087846	24710,17
1975	240452 (– 2,46 %)	5800134 (– 4,9 %)	24121,79 (– 2,4 %)

Den Stahlkapitalisten ist es also gelungen, sogar die Bruttolohnsumme um fast 300 Millionen DM zu senken und die durchschnittlichen Bruttolöhne der Arbeiter um fast 600 DM. Netto haben die Arbeiter natürlich noch einen viel schlechteren Schnitt gemacht. Von der Inflation braucht man noch nicht mal zu reden, um zu beweisen, daß es den Stahlkapitalisten gelungen ist, die Lage der Stahlarbeiter beträchtlich zu drücken. Hauptmittel waren dabei die Zulagenstreichungen. Das zeigt einmal mehr die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung, die einen ausreichenden Lohn *auf den Normalarbeitstag* bringt. Das Bewußtsein dafür ist bei den Arbeitern da, es ist aber den Sozialdemokraten gelungen, dieses Bewußtsein bei der Aufstellung der Forderung zu unterdrücken. In den Vertrauensleutekörpern haben sie gegen die Forderung nach 1 DM mehr behauptet, Prozentforderungen seien günstiger. Günstiger zum Spalten. Da haben sie schon einmal von 15 % geredet oder sogar durch einige Vertrauensleutekörper aufstellen lassen. In der Tarifkommission haben sie dann die 8,5 % durchgesetzt. Immer klarer zeigt sich, daß ohne Streik überhaupt nichts durchgesetzt werden kann. Die richtige Forderung für den Streik ist aber die Mark-Forderung.

In der Metallindustrie haben die Arbeiter aus den Erfahrungen der Stahlarbeiter gelernt. Es wurden bereits zahlreiche Forderungen über 1 DM oder 170 bis 175 DM für den Monat aufgestellt. Jetzt wechseln die Sozialdemokraten die Taktik. In Bremen sagen sie: Der Norden sei für „Festgeld" (eine *Festlegung der Höhe* vermeiden sie mit aller Kraft), der Süden dagegen sei für Prozente. Der Norden aber könne nicht streiken, weil in der Schiffbauindustrie die Produktion stagniere. Die Automobilindustrie müsse voran. Die aber sei gegen die Mark. So schwadronieren die Sozialdemokraten dort herum. Wie sie alles daransetzen in der Automobilindustrie die Mark-Forderung zu verhindern, haben wir von Opel-Rüsselsheim berichtet. In der Korrespondenz der VW-Zelle kann man über weitere Betrugsmanöver nachlesen.

Wenn man die Notwendigkeit des entschlossenen Kampfes gegen die Kapitalisten erkannt hat, dann muß man mit der Führung durch die Sozialdemokratie brechen. Das ist buchstäblich lebenswichtig. Wenn die Arbeiter nach ihren eigenen Interessen gehen und nicht nach den sozialdemokratischen Interessen der Klassenversöhnung, dann können sie die Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen. In einzelnen Betrieben hat sich das schon oft gezeigt. Jetzt kommt es darauf an, weitere Beschlüsse über die Forderung zu fassen und die Vorbereitung von Streikmaßnahmen breit zu diskutieren. Ohne Streik geht nichts, das ist eine Wahrheit, die durch die Entwicklung in der Stahlindustrie voll und ganz bestätigt wird.

VW Wolfsburg

Die Entscheidung muß im Lohnkampf fallen

Am 4.11. hat die große Tarifkommission der IGM die Tarifverträge für die sechs inländischen VW-Werke gekündigt. Geht es nach Schmücker, so soll das Jahr 1976, das ein Jahr der verschärften Ausbeutung der VW-Arbeiter gewesen ist, durch einen erneuten Lohnraubabschluß gekrönt werden. Im Geschäftsbericht für 1975 hat er bereits angekündigt, daß der „Routine-Tarifabschluß 1976" nur ein Schritt gewesen sei, um dem „Ziel, eine angemessene Rendite zu erreichen, ein gutes Stück näher zu kommen."
Welche Erfolge Schmücker in dieser Richtung bereits erreicht hat, läßt sich am Schaubild ablesen. Man sieht hier, wie gewaltig die Ausbeutung bei VW gesteigert worden ist, aber man sieht auch, welche gewaltige Produktivkraft die Arbeiterklasse ist. „Ohne uns könnte der Schmücker bestenfalls eine Pommes-Frites-Bude an der Hauptwache aufmachen", erklärte ein Kollege, als sich Schmücker samt VW-Vorstand zu einem großen Pressespektakel anläßlich der Produktion des einmillionsten Golf an den Montagebändern aufhielt.

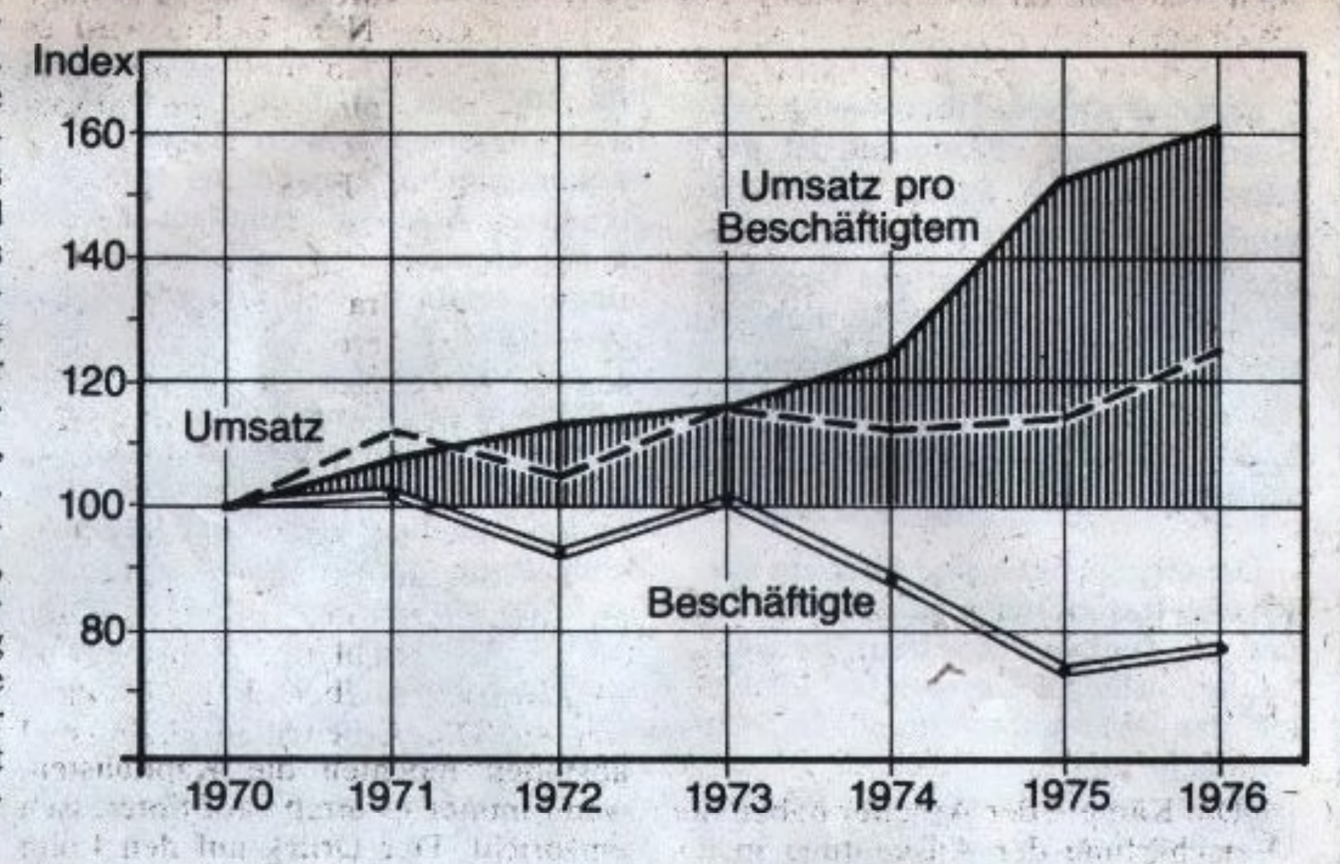
Am letzten Samstag konnte man in der bürgerlichen Presse lesen, daß Schmücker das Ziel, bis Jahresende „eine Milliarde mehr" aus den VW-Arbeitern herauszuschinden, wahrscheinlich bereits erreicht hat. Dieses „Erfolgs"erlebnis wirkt sich auf Seiten der Arbeiter in einem hohen Krankenstand, wachsender Frühinvalidität, die sich hinter der „59er-Regelung" verbirgt, und frühzeitigem Tod aus. Bei der „59er-Regelung" können 59jährige Männer und 55jährige Frauen bereits aufhören zu arbeiten. Sie werden als Arbeitslose geführt und bekommen vom VW-Werk Lohnausgleich bis zur endgültigen Verrentung, falls sie nicht vorher vom Arbeitsamt weiter vermittelt werden.

Es ist allerdings nicht so, daß die Verschärfung der Ausbeutung nicht auf den Widerstand der VW-Arbeiter stößt. Die Abwehr die Stückzahlerhöhung an den Golf Endmontagebändern und der Streik der CO-2-Schweißer, mit dem eine Lohnrückstufung verhindert worden ist, sind nur zwei Beispiele von vielen.

Unter den Arbeitern greift die Meinung um sich, in der Lohnauseinandersetzung muß eine Entscheidung fallen. Hier steht nicht eine Gruppe oder eine Abteilung oder ein Werk alleine, sondern alle gegen das VW-Kapital. Es wird auch gesagt: Ohne Streik wird man nichts erreichen können. Das zeigt auch die Erfahrung von den letzten Tarifauseinandersetzungen. Da hat man gesehen, wie schnell Schmücker die 2-Prozent-Provokation zurückgezogen hat, als in Kassel und Wolfsburg, wenn auch nur kurz, gestreikt wurde. Von den Sozialdemokraten wird allerdings gesagt, man könne nicht streiken, weil in Mexiko bereits entlassen würde, da müsse man auch hier vorsichtig sein. Das ist vollkommen falsch. Die Möglichkeit für die Arbeiter, in dieser Lohnauseinandersetzung zu siegen, ist da. VW hat im Inland seinen Marktanteil in diesem Jahr trotz aller Anstrengungen nur von 27,1 auf 27,4 Prozent erhöhen können. Das zeigt, wie heftig die Konkurrenz unter den Automobilkapitalisten tobt. Schmücker wird sich genau überlegen, wie lange er einen Streik durchhalten kann, ohne daß Opel oder Ford in die entstandene Lücke stoßen und die Möglichkeit, mehr Profit zu machen, zurückerobern.

Von vielen Arbeitern wird gesagt, ein einheitlicher Festbetrag ist die beste Voraussetzung für eine geschlossene Kampffront. Die Sozialdemokraten stiften jetzt überall ein großes Durcheinander: Auf einer Großbereichssitzung „Zeitlohn" wurde von Vertrauensleuten aus der „Forschung und Entwicklung" gefordert, eine Festgeldforderung aufzustellen. Dies stieß auf Zustimmung, besonders bei den Vertrauensleuten aus dem „Schnittbau'. Daraufhin wurde vom IGM-Sekretär Kaufmann gesagt, damit käme man nicht durch, die Akkordarbeiter seien für Prozentforderungen und ohne die würde nichts laufen. Auf den Vertrauensleutesitzungen der Akkordarbeiter hingegen wird gesagt, die Facharbeiter seien für Prozentforderungen, ohne die würde nichts laufen.

Die Sozialdemokraten wollen offensichtlich eine Prozentforderung, weil sie keinen Streik wollen. Völlig richtig ist die Meinung der Arbeiter, die sich für Streik und Festgeldforderung aussprechen. – (VW-Zelle Wolfsburg)



Arbeitsbeschaffungsprogramm der Bundesregierung

„Mobile Arbeitskräfte" nach den Profitinteressen der Kapitalisten

Rüsselsheim. 1975 gingen die Verkaufszahlen bei Opel Rüsselsheim sprunghaft in die Höhe. Dazu wurden weit über 10000 Arbeitskräfte neu eingestellt. Am Jahresende waren gerade noch 6000 von den Neueingestellten bei Opel. Etwa die Hälfte hat die mörderische Arbeitshetze nicht länger als 2 bis 3 Monate ausgehalten. Wie Vieh wurden die Arbeiter in Bussen von weit her herangekarrt. Gleichzeitig waren damals und sind auch heute über 2000 in Rüsselsheim arbeitslos. „Sie sind für Opel nicht geeignet", sagt die Geschäftsleitung. Bis aus Bremen, Saarbrücken und Kaiserslautern wurden Arbeiter von den Arbeitsämtern unter Androhung der Sperrfrist zu Opel gezwungen, meistens Facharbeiter, die jetzt mit niedrigerem Lohn als Hilfsarbeiter arbeiten. Allerdings nur bis zum Alter von 40 Jahren. Ältere Arbeiter sind für die Kapitalisten kein brauchbares Ausbeutungsobjekt mehr, ihre Arbeitskraft ist bereits zu verschlissen. Die Opel-Kapitalisten rühmen sich, ein Einzugsgebiet im Norden bis Limburg, im Süden bis Worms, im Westen weit rein in die Pfalz und im Osten bis Aschaffenburg in Bayern zu haben. Für die Arbeiter bedeutet das, viele Stunden Fahrt am Tag und Hunderte von Mark an Fahrtkosten.

Die Opelkapitalisten werben mit „überdurchschnittlichen Löhnen". Damit offenbaren sie, wie sie sich das Leben der Arbeiter mit durchschnittlichen Löhnen vorstellen. Denn wären die Opel-Löhne „überdurchschnittlich", so müßten die Arbeiter mit „durchschnittlichen" Löhnen und ihre Familien von trocken Brot und Wasser leben und in Hundehütten hausen. Trotz der „überdurchschnittlichen" Löhne haben die Opel-Kapitalisten vergangenes Jahr Höchstprofite in Höhe von 895 Millionen DM aus den Arbeitern gepresst. Dieses Jahr gibt es für sie ein Rekordjahr. Sie jubeln, daß es ihnen gelungen ist, bereits bis zum Herbst mehr Autos produzieren zu lassen, als vorher in einem ganzen Jahr. Erreicht haben sie das durch Verschärfung der Akkordhetze, Sonderschichten und Überstundenschinderei, die sie gegen die Arbeiter durchgesetzt haben.

Um eine solche Verschärfung der Arbeitshetze durchzusetzen, setzen die Opel-Kapitalisten die neueingestellten Kollegen zur Spaltung der Belegschaft ein. Bis Anfang 76 sind bis zu 5000 Arbeiter auf Zeitverträgen eingestellt worden, meist für ein halbes Jahr. Die Neueingestellten bekommen wesentlich weniger Lohn, und oft werden sie von den Meistern über die Akkordhöhe betrogen. Diese Arbeiter haben besonders Furcht vor erneuter Arbeitslosigkeit und haben entweder die Auspresserei und Lohndrückerei hingenommen oder gekündigt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung ist genau auf die Absichten der Kapitalisten zugeschnitten. Es ist eine Aufforderung an sie, sich zu bereichern und die Löhne zu drücken. Die „Mobilität der Arbeitskräfte" wird gefördert. Das heißt, die Arbeiter sollen hin- und hergeschoben werden können, wie es den Profitinteressen der Kapitalisten paßt. Der Lohn soll gedrückt werden. Jeder, der mindestens 6 Monate arbeitslos war, soll eine Prämie erhalten, wenn er seinen Wohnort wechselt oder eine Arbeit mit bis zu 15 % niedrigerem Lohn annehmen muß. Die Prämie dafür, daß der Lohn gedrückt und die Arbeitslosen als Lohndrücker eingesetzt werden können, ist erstens mit 500 bis 1400 DM gering und keinerlei Ersatz, zweitens wird sie bezahlt aus den Arbeitslosenversicherungen, also von den Arbeitern selbst. Um weitere 1,1 Milliarden DM können sich die Kapitalisten so aus der Arbeitslosenversicherung bereichern, nachdem sie im Dezember 1974 bereits schon einmal 300 Millionen DM erhalten haben. Die Opel-Kapitalisten haben mit solchen Arbeitsbeschaffungen ausgezeichnete Erfahrungen. Eine weitere Maßnahme des Arbeitsbeschaffungsprogramms werden sie ebenfalls mit Freuden aufgreifen – wenn sie können. Den Kapitalisten sollen für die „Schaffung von Ausbildungsplätzen" insgesamt 430 Millionen DM in den Rachen geschoben werden, bezahlt aus den Steuern der Volksmassen. Schon einmal hat die Geschäftsleitung von Opel, im Sommer 1976, 18 Jugendliche eingestellt, als „Beitrag zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit". Sie werden ein halbes Jahr angelernt und schaffen dann Akkord. 17 Jugendliche sollten im Herbst 1976 eingestellt werden, wenn sie auf den einen Tag Berufsschule pro Woche verzichten. Es hat sich kein Jugendlicher gemeldet. Auf der Betriebsversammlung im September hat es ein empörtes Pfeifkonzert zu diesem Angriff gegeben. Beifall aber gab es für die Forderungen nach: 80 % Arbeitslosengeld für die Dauer der Arbeitslosigkeit! Und: daß die Arbeitsämter von den versicherten Lohnabhängigen selbst verwaltet werden müssen! Und: daß die Kapitalisten die Versicherungskosten zahlen müssen! – (Betriebszelle Opel)

In **Hessen** und **Rheinland-Pfalz** hat die IG Metall im Bereich der Heizungsindustrie einen Tarifabschluß über 5,9 Prozent mit den Kapitalisten abgeschlossen. Während noch Heizungsmonteure in Hanau, Frankfurt, Gießen und Kassel gestreikt haben und mit der Organisierung einer Urabstimmung begonnen wurde, haben die Sozialdemokraten bereits den Lohnraubabschluß vorbereitet und über Nacht getätigt.

Stahlindustrie. Kurz vor Drucklegung wurde bekannt, daß die Stahlkapitalisten bei den Verhandlungen am Dienstag ein „Angebot" gemacht haben: ein Tag Urlaub, „Vermögensbildung" wie in der Metallindustrie und 5 Prozent. Die Verhandlungsführer der IG Metall ließen gegenüber dem Rundfunk verlauten, man sei hautnah am Abschluß. Vor einer Woche hatte Verhandlungsführer Herb noch vom absoluten Vorrang der 8,5-Prozent-Forderung getönt. Das hat schon damals niemand geglaubt. Die Sozialdemokraten stellen Forderungen nur auf, um den Kapitalisten Zeichen für die Versöhnung zu geben. Die Versöhnungsfeier findet auf den Knochen der Arbeiter statt. Kein Arbeiter ist für einen 5-Prozent-Abschluß. Das müssen die Kapitalisten wie die sozialdemokratischen Verhandlungsführer erfahren.

Die Klärung der Auffassungen über die notwendige Forderung schreitet unter den Metallarbeitern voran. Dabei gibt es Kampf zwischen Klassenversöhnlertum und proletarischem Klassenbewußtsein. So ist es nicht erstaunlich, daß Forderungen von unterschiedlichem Charakter beschlossen werden. Die Stoßrichtung gegen Prozentforderungen und häufig direkt für die Forderung nach 1 DM oder 173 DM festigt sich trotz der heftigen und vielgestaltigen Gegenwehr der Sozialdemokratie.

Bremen. Die Vertrauensleute der Maschinenfabrik Dewers, Zulieferbetrieb für die Werftindustrie, haben bei nur einer Gegenstimme beschlossen: 1 DM mehr pro Stunde für alle und 120 Dm für alle Lehrjahre, was schon die Jugendversammlung gefordert hatte. Vorausgegangen war eine Umfrage des Betriebsrates über die Art der Forderung, bei der sich 75 % der Vertrauensleute für eine Festgeldforderung aussprachen. Der Beschluß der Vertrauensleute kam zustande gegen den Willen des anwesenden IGM-Sekretärs, der für eine Prozentforderung redete und gegen die Streikvorbereitung die schlechte wirtschaftliche Lage der Werften anführte.

Bremen. Zwei Abteilungen von VFW Bremen haben für den Tarifkampf die Forderung nach 17o DM aufgestellt.

Bremen. Die Vertrauensleute der AG Weser haben 10 %, mindestens 1,14 DM (197 DM im Monat) mehr gefordert. Einen Tag vorher hatte eine Abteilung 1 DM mehr für alle gefordert.

Bremen. Der Streik der Schweißer und die außerordentliche Betriebsversammlung haben den Kampf der Vulkan-Arbeiter gestärkt. Die Direktion mußte die unmittelbare Forderung des Schweißer-Streiks erfüllen. Die Schweißer der Fremdfirmen wurden auf Vulkan-Kolonnen aufgeteilt. Die Arbeiter bereiten den Kampf gegen das Akkordsystem und für mehr Lohn vor. Die Mehrheit der Vertrauensleute hat erkannt, daß die aufgestellte 210 DM-Forderung nicht taugt, um alle Metaller zu vereinheitlichen. „173 DM ist die richtige Forderung", wird gesagt, und die Tarifkommissionsmitglieder des Vulkan mußten erklären, daß sie allesamt für 173 DM in der Tarifkommission eintreten werden. In den Debatten um den Schweißer-Streik verankert sich vor allem die Forderung nach einem abgesicherten Mindestakkord von 135 %. Überall ist zu hören: „Dies Jahr geht nichts ohne Streik."
Die Arbeiter bereiten sich vor. Genauso ihre Gegner. Als im Kommunalkino jetzt der beim Metallerstreik 1974 gedrehte Film über die Vulkan-Arbeiter gezeigt wurde, waren unter den Anwesenden der Vulkan-Direktor für das Personalwesen, Kuhn, und sein Untergebener Personalchef Joks, ebenso wie die gesamte SPD-Spitze von Bremen-Nord dort Studium betreiben wollte. Man sieht, die Arbeiter wie die Kapitalisten bereiten den Kampf vor. Er ist unausweichlich.

Hannover. 50 Arbeiter aus 5 Abteilungen der Maschinenfabrik Max Müller des Gildemeister-Konzerns haben die Forderung von 180 DM unterschrieben.

Flensburg. Der Vertrauensleutekörper der Flensburger Werften hat als Forderung für den Lohnkampf beschlossen: 15 Prozent, mindestens 200 DM für alle. Der Vorschlag der Sozialdemokraten für eine Sockel- und Prozentforderung wurde mehrheitlich abgelehnt. Dem Beschluß waren Debatten in den Abteilungen vorangegangen. Zwei Abteilungen hatten 15 Prozent vorgeschlagen, eine 200 DM und eine 1,05 DM für alle gleich.

Vertrauensleutekörper Siemens Frankfurt. Am 22.11. beschloß der Vertrauensleutekörper der Siemens AG Frankfurt bei einer Enthaltung als Forderung für die Tarifrunde: 8 Prozent, mindestens aber für Angestellte 160 DM und für Arbeiter 1 DM pro Stunde. Außerdem wurde die Forderung nach gleichem Urlaub für alle erhoben. Für Lehrlinge wurde mit knapper Mehrheit beschlossen: 600 DM für alle!

Eschborn. Auf einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung der Lehrlinge von Göb & Sohn wurde für diesen Tarifkampf einstimmig gefordert: Anhebung aller Lehrlinge aufs vierte Lehrjahr und 170 DM für alle im Monat. Begründung: 1. Wir werden nicht aus Gefälligkeit von den Kapitalisten ausgebildet, sondern weil sie unsere Arbeitskraft ausbeuten wollen. Deshalb sollen sie auch unsere Ausbildung bezahlen. Es ist eine Unmöglichkeit, daß diese Ausbildung mitfinanziert werden muß von unseren Eltern, die ihrerseits Lohn bekommen und ausgebeutet werden. 2. Damit die Lehrlinge einheitlich für die Bezahlung ihrer Ausbildung kämpfen können, muß als erstes die Staffelung der Bezahlung in vier Lehrjahre abgeschafft werden. Zum zweiten müssen wir einheitlich mit allen Kollegen vorgehen; deshalb fordern wir für alle Kollegen in der Produktion und Lehrlinge 1 DM pro Stunde, das heißt 170 DM im Monat.

Frankfurt. Am Freitag, 12.11., traten im Frankfurter Hauptwerk von VDO die Arbeiterinnen von zwei Montagebändern in der FEA-Abteilung in den Streik. Am Montag wurde der Streik fortgesetzt. Er richtet sich gegen die Einführung von Gruppenakkord im Zuge der Einführung von Montagetischen, die die bisherigen Montagebänder ersetzen. An den Bändern wurden fehlerhaft montierte Teile herausgenommen, von den Tischen dürfen nur fehlerfreie Teile abgeliefert werden. Insgesamt bedeutet alles das eine erhebliche Akkordverschärfung sowie erhöhte Kontrolle und Antreiberei.

Der BASF-Vorstandsvorsitzende Seefelder faßt die Entwicklung bei BASF in den ersten drei Quartalen 1976 so zusammen: „Es ist wunderbar, wenn der Schmerz nachläßt.“ Was ihn so frohlokken läßt, ist der aus den Arbeitern herausgepreßte Profit. Um 101,5 Prozent bei der BASF AG und um 100,2 Prozent bei der BASF-Gruppe ist der Gewinn vor Steuern gegenüber dem gleichen Zeitraum 1975 gestiegen. Die Chemiekapitalisten haben die Krise dazu benutzt, um die Ausbeutung der Arbeiter zu verschärfen. Sie haben Arbeiter entlassen und die anderen zu immer schnellerer Arbeit getrieben. Mit 53 107 liegt die Zahl der Arbeiter bei der BASF AG im September um ein Prozent niedriger als im Vorjahr. Der Umsatz hingegen stieg um 18,9 Prozent auf 7,4 Milliarden DM, bei der BASF-Gruppe um 18,7 Prozent auf 15,6 Milliarden DM. Der Profithunger der BASF-Kapitalisten ist keineswegs gestillt. Nicht anders ist zu verstehen, wenn Seefelder meint, der Profit befände sich „noch nicht wieder auf einem Höhenflug“.

meint, der Profit befände sich „noch nicht wieder auf einem Höhenflug“.

Heidelberg. Seit dem 11. November boykottieren die Arbeiter der Rüstungsfabrik Teldix die Kantine. Der Boykott richtet sich gegen die ungeheure Verschlechterung des Mittagessens (siehe KVZ Nr. 46). Während der Kantinenkapitalist Zentsch vorher etwa 250 Essen verkauft hatte, ging der Verkauf während des Boykotts von 90 auf 75, 70 und jetzt 56 Essen zurück. Der Boykott soll mindestens bis zum Betriebsversammlung am 30.11. fortgesetzt werden, auf der die Geschäftsleitung zur Rede gestellt werden soll. Die Forderung steht: Kontrolle der Kantine durch den Betriebsrat.

Hamburg. Bei Axel Springer Hamburg sind bisher 500 Unterschriften für die Forderung nach einheitlicher Erhöhung der außertariflichen Zulagen um 20 DM die Woche gesammelt worden. Die Geschäftsleitung sah „keine Unruhe in der Belegschaft, nur das Werk einiger weniger“, und lehnte Verhandlungen ab. Am 22.11. forderten die Drucker der Rotation den Betriebsrat auf, sie über den Stand der Verhandlungen zu informieren. Während dieser Zeit standen die Maschinen still und das Vorprodukt wurde mit Verspätung gedruckt. Die Arbeiter fordern für die unerhört hohe Zahl von Überstunden, die gemacht werden müssen, wenigstens einen Ausgleich durch außertarifliche Erhöhungen.

Hildesheim. Bei einer Stimmenthaltung forderte die Jahresmitgliederversammlung des Hildesheimer Ortsvereins der IG Druck und Papier die Delegierten des Gewerkschaftstages im nächsten Oktober auf, ein generelles Verbot der Überstunden zu fordern (Änderung der Arbeitszeitordnung). Bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung wurde der Austritt aus der „Konzertierten Aktion“ gefordert.

Westberlin. In der Textilfabrik Baum wurde im August in der Strickerei Schichtarbeit eingeführt, die auf alle Abteilungen ausgedehnt werden soll. Seit dem 1. September wurde der Prämienlohn eingeführt. Jetzt soll die fällige tarifliche Lohnerhöhung nicht gezahlt werden, weil sie sich durch das Prämiensystem erübrige. Es gibt bei Baum keinen Betriebsrat. 22 von 25 Arbeitern haben jetzt mit ihrer Unterschrift einen Betriebsrat gefordert. Als der Kapitalist mit der Kündigung einer Arbeiterin reagierte, haben die Stricker eine zweistündige Versammlung durchgeführt und streikten auch andere Abteilungen teilweise. Die Stricker weigern sich, mehr als 6 Strickmaschinen gleichzeitig zu bedienen, und verweigern Überstunden. Sie diskutieren die Forderungen: Rückwirkende Zahlung der Lohnerhöhung. Keine Anrechnung auf außertarifliche Zulagen. Rücknahme der neuen Prämienregelung. Abschaffung der Schichtarbeit. Auf diese Forderungen soll auch der zukünftige Betriebsrat auf einer Betriebsversammlung festgelegt werden.

50 Jahre Ormig

Eine kapitalistische Idee feierte Jubiläum – es wird ihr letztes sein!

Letzten Freitag lief im ARD-Abendprogramm der Film „Das Jubiläum – unsere Firma wird 50“. In ihm sollte gezeigt werden, daß es auch ohne „ständigen Arbeitskampf“ gehe, daß die Belegschaft der Firma Ormig sich mit dem Chef Ritzerfeld familiär verbunden fühlt und daß in diesem „unserem“ Betrieb traute Einheit herrsche ohne Gemecker, Streik usw. Verkauft werden sollte den Arbeitern in der BRD und Westberlin die Idylle der Klassenversöhnung zwischen Arbeitern und Kapitalisten, beschworen werden sollte eine Lämmermentalität der Beschäftigten bei Ormig, die sich scheinbar dreingefunden haben, daß es nun einmal Arme und Reiche gibt, daß das so sein muß und daß man dagegen nichts machen kann.

Der Film ist eine Wiederholung. Er lief bereits am Pfingstsamstag in den dritten Programmen. Daß er noch mal gebracht wird, diesmal im Abendprogramm am Freitag mit der höchsten Einschaltquote, hat seine Gründe: Der Lohnkampf wird vorbereitet. Während die Kapitalisten vorhaben, den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen, gehen die Arbeiter daran, ihre Einheit auf Grundlage von Forderungen wie nach „1 DM mehr die Stunde für alle“ gegenüber den Kapitalisten herzustellen. Die Kapitalistenklasse schießt ihre Giftpfeile ab, um diese Einheit zu untergraben. Einer davon ist dieser Film. „Seht her: die wollen gar nicht anders! Wie wollt ihr da kämpfen? Es nützt euch ja doch alles nichts.“ Das soll das Resümee des Films sein: Entmutigung der Metallarbeiter. Willenlos sollen sie auf die Schlachtbank steigen. Daraus wird nichts werden. Ich arbeite bei Ormig und gehe jede Wette ein, daß auch hier die Arbeiter sich zusammenschließen werden, um in der Tarifauseinandersetzung in der Metallindustrie ihre berechtigten Forderungen gegenüber dem Kapitalisten Ritzerfeld durchzusetzen. Sie unterscheiden sich in nichts von allen anderen Arbeitern.

Sie unterscheiden sich grundlegend von den Kapitalisten. Nichts haben sie mit ihnen gemein. Sehen konnte man das auch in dem Film. Die Familienidylle Ritzerfeld-Belegschaft ist brüchig. Einerseits die Prunkvilla in Dahlem, das Sauf- und Freßgelage im Hotel Berlin anläßlich des Jubiläums (auf dem Wirtschaftssenator Lüder nicht fehlte), die Gewohnheit, zuhause nicht über den Betrieb zu reden . . . andererseits die kärgliche Zwei-Zimmer-Wohnung, das halbe Hähnchen und ein Bier für die Belegschaft anläßlich des Jubiläums, die Sorge um den Arbeitsplatz, die beim kärglichen Abendessen geäußert wird – das sind Klassengegensätze!

Der Film behandelt die „Geschichte“ der Firma Ormig. Am Anfang war die Idee. „Nur der Glaube an die Idee half uns, die schwere Zeit nach Kriegsende zu überstehen . . . “ (Frau Ritzerfeld) Wer hat je sowas Dussliges gehört. Ideen sollen es gewesen sein, die den Reichtum schafften, die es ermöglichten, daß Ritzerfeld drei Werke aufbauen lassen konnte!

Sehen wir uns lieber die Realität an: Ormig wurde 1925 gegründet. Hier werden Vervielfältigungsmaschinen und entsprechendes Zubehör (Matritzen usw.) hergestellt. Nicht von Ideen, sondern von fleißigen und geschickten Arbeitern!

Trotz der „schwierigen Kriegszeiten“ gelang es der Kapitalistenfamilie Ritzerfeld, so viel Reichtum anzuhäufen, daß 1948 neben dem Berliner Werk ein weiteres in Bad Oeynhausen und später eins in der Schweiz aufgebaut wurde. Der Betrieb hat zur Zeit insgesamt zirka 1 000 Beschäftigte.

Möglich war diese Ausdehnung des Betriebes nur durch die verschärfte Schweißauspressung der Arbeiter. In allen Zeiten hat der Ritzerfeld-Clan es sich gut eingerichtet. Während Ritzerfeld früher in HJ-Uniform durch den Betrieb stolzierte und jeder, der den Hitlergruß nicht über die Lippen brachte, Gefahr laufen mußte, entlassen zu werden, versucht er jetzt, Hitler nicht als Verfechter imperialistischer Expansionsbestrebungen, sondern als Verrückten darzustellen, mit dem „wir“ den Krieg nicht gewinnen konnten. „Acht Tage vor der Eroberung haben wir uns dann abgesetzt in unser Jagdhäuschen am Stadtrand.“ (Ritzerfeld) Die Ormig-Arbeiter waren froh, wenn sie einen Schlafplatz in der Laubenkolonie hatten.

Es ging dann auch schnell weiter aufwärts mit Ormig. Durch den „Glauben an die Idee“ und die „mühevolle individuelle Kleinarbeit der Ritzerfeld-Familie“ (Ritzerfeld).

1948 wurde das Werk in Oeynhausen gegründet. „Durch die Währungsreform wurde die Kontinuität gewährleistet“, so Ritzerfeld. Für die Arbeiter und Angestellten sah es anders aus. Einer sagte im Film ganz richtig: „Von wegen alle gleiche Chancen – jeder bekommt 40 Mark. Die Arbeiter hatten nicht genug zum Essen, die Unternehmer aber hatten die Maschinen, die Fabriken, die Grundstücke und die Arbeiter, die für sie arbeiten – was heißt da gleiche Chancen?“

Durch die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter, die für die Kapitalisten arbeiten müssen, um überhaupt leben zu können, gelang es Ritzerfeld, gewaltigen Reichtum aufzuhäufen. Wie allen Kapitalisten ist ihm das Streben nach Höchstprofit eigen, und auch er streckt seine Fühler aus, um überall in der Welt sich einzunisten in der Gier nach mehr. Wen wundert es, wenn er dann im Film sagt, daß das Schönste an der Jubiläumsfeier ist, daß er die Generalvertreter Ormigs aus Südafrika, Brasilien usw. trifft. Die imperialistische Konkurenz drückt, und man muß sehen, daß man am Ball bleibt.

Gegenwärtig wird kurzgearbeitet. Von seiten der Geschäftsleitung werden seitenlang Kalkulationen gemacht, wieviele Arbeiter wegrationalisiert werden können, damit der Profit möglichst hoch bleibt. Die Arbeitshetze wird gesteigert.

Das wird nicht ohne den Widerstand der Belegschaft gehen. Das Faß ist sowieso schon am Rand des Überlaufens. Die Arbeiter sind keine Lämmer. Die Unzufriedenheit ist groß. Durch die Arbeitsbedingungen wird die Gesundheit ruiniert: Bei der Herstellung von Farbblättern kriegt man blaue Lungen, weil die Abzugsanlage nicht ausreicht, durch das Herstellen der Abzugsflüssigkeit (Alkoholgemisch) atmet man Dämpfe ein, die einen rauschähnlichen Zustand herbeiführen, so daß man bei Nichteinatmen zum Beispiel im Urlaub an Schlafstörungen leidet usw. Der Unmut der Arbeiter richtet sich vor allen Dingen auch gegen die sowieso schon niedrige Bezahlung (gerade Tarif), gegen die Anwesenheitsprämie, die für dreimonatiges Nichtfehlen 100 DM auswirft usw.

Am nächsten Donnerstag ist Betriebsversammlung. Auf ihr wird es notwendig sein, daß nicht nur „einer auftritt, der dynamisch und aktiv den Betriebsrat auffordert, gewerkschaftlich aktiv zu werden“ (ein Kollege im Film), sondern daß die ganze Belegschaft berät, auf Grundlage welcher Forderungen sie in den Tarifkampf geht. Der Betriebsrat, der sein Wohl an der Seite des Kapitalisten Ritzerfeld sucht und „die gute Zusammenarbeit“ rühmt, ihm Lorbeerbäume zum Jubiläum schenkt „als dem Sieger in zahlreichen Konkurrenzkämpfen, der er auch weiter bleiben solle“, wird seine Quittung bekommen und muß verpflichtet werden, für die Interessen und Forderungen der Kollegen einzutreten. Die Arbeiter und Angestellten von Ormig können zuversichtlich in die Zukunft blicken – Ritzerfeld nicht! – (r., Stadtteilzelle Lichterfelde)

Karstadt/Neckermann

Karstadt/Neckermann

Ein Geschäft für die Banken

Karstadt schluckt Neckermann – das Geschäft, lange vorbereitet, ist perfekt. Beschlossen haben diesen Zusammenschluß zirka 40 Banken, darunter die drei größten: die Dresdner Bank, die Deutsche Bank und die Commerzbank, unter Zustimmung der Vorstände der drei großen Warenhauskonzerne Karstadt, Kaufhof und Horten.

Die Großbanken sind über ein verschachteltes Beteiligungsnetz an den drei Warenhauskonzernen beteiligt. Sie kontrollieren dadurch fast lückenlos den Warenhaushandel. Im Anschluß an die entscheidende Sitzung Ende letzter Woche gaben sie folgende Erklärung heraus: „Die Banken rechnen fest damit, daß der vorgesehene Zusammenschluß beider Unternehmen nunmehr gebilligt wird.“ Das Kartellamt billigte. Es ist Bestandteil des bürgerlichen Staatsapparates und tanzt an der Leine des Finanzkapitals.

Neckermann ist pleite. Er hat für eine halbe Milliarde DM Waren auf Lager und beinah ebensoviel Schulden. Er hat der harten Konkurrenz nicht standhalten können. Die Banken haben ihm den Kredit gesperrt und ihn ihrem Karstadt-Konzern einverleibt. (Karstadt gehört zu je 25 Prozent der Deutschen und der Commerzbank). In der Krise der kapitalistischen Produktion, die die ganze imperialistische Gesellschaft erfaßt, verschärft sich der Konkurrenzkampf, schlägt ein großer Kapitalist viele kleinere Kapitalisten tot. Die geschlagenen Kapitale werden vernichtet oder von einem größeren eingesogen. Die Folge ist die weitere Konzentration des Kapitals in immer weniger Händen. Das neue Monopol, das durch die Einverleibung Neckermanns entstanden ist, beherrscht ein Viertel des Marktes des Waren- und Versandhauskapitals.

Neckermann hat seinen Umsatz von 1973 bis 1975 von 2,3 Milliarden DM auf 2,8 Milliarden DM steigern können, mit einer insgesamt gleichbleibenden Belegschaft von 19 200. Das hat nicht gereicht. Besser sieht es schon aus für die Reise-Tochter NUR, deren Umsatz bei ebenfalls gleichbleibender Beschäftigtenzahl von 467 Millionen DM 1973 auf 701,6 Millionen DM 1976 kletterte. Größere Erfolge als Neckermann hat Karstadt bei der Steigerung der Ausbeutung und im Kampf um Marktanteile erreicht. Karstadt hat seinen Umsatz von 5,8 Milliarden DM 1973 auf 7,1 Milliarden DM 1975 gesteigert und dabei die Belegschaft von 62 000 auf 59 000 gedrückt. Die Belegschaft wurde verringert, es wurde rationalisiert, die Verkaufsflächen wurden ständig vergrößert, weniger Beschäftigte müssen mehr schaffen, der Lohn wurde gesenkt. Das sind die Methoden, mit denen Karstadt wie die anderen Konzerne ihre Umsätze vergrößern und wachsenden Profit aus der Arbeit der Lohnabhängigen pressen. Jährlich hat Karstadt 60 Millionen DM an Dividenden auszahlen können – ein lohnendes Geschäft für die Banken. Für 1976 hat Karstadt 500 Milllionen DM an Investitionen geplant. Für Neckermann will Karstadt insgesamt höchstens 140 Millionen DM zahlen – das neue Karstadt-Warenhaus in Nürnberg kostet 130 Millionen DM. Man kann sicher sein, daß die Neckermanns ihre hochdotierten Posten bekommen werden: Josef Neckermann wird Aufsichtsratsmitglied und Peter Neckermann Vorstandsmitglied werden.

Sofort nach der Einverleibung hat Karstadt einen „Sanierungsplan“ für Neckermann angekündigt, um die „ungünstigere Situation“ im Vergleich zu anderen Häusern zu „bereinigen“. Mit dem Kauf ist der Angriff auf die Neckermann-Belegschaft eingeplant gewesen. „Sanierung“ heißt nichts anderes als Sanierung des Profits. Und für die Belegschaft:

– Teile des Betriebes werden aufgelöst, Angestellte entlassen.

– Angestellte, die kündigen, werden nicht ersetzt, der Stellenplan wird zusammengestrichen, die Mehrarbeit den Verbleibenden aufgehalst.

– Kräftig soll rationalisiert werden, „reorganisiert“, wie es in der Sprache der Karstadt-Kapitalisten heißt, die Arbeitshetze vergrößert.

Vor dem Entscheid des Kartellamtes noch schickte der durch und durch sozialdemokratische Betriebsrat eine Delegation in diese Behörde und bat um die Sicherung der Arbeitsplätze durch Genehmigung der Fusion. Das ist allerdings ein starkes Stück. Es zielt direkt ab auf die Unterstützung der Absichten des Finanzkapitals und auf die Schwächung des notwendigen Zusammenschlusses der Belegschaft. Mit der „Sicherung der Arbeitsplätze“ haben die Kapitalisten noch jeden Angriff auf die Arbeiter und Angestellten, jeden Lohnraub, jede Rationalisierung, jede Entlassung gerechtfertigt. Für die Beschäftigten von Neckermann ist durch die Kartellamtsentscheidung nicht das Geringste gewonnen. Sie machen erste Schritte, sich gegen die Angriffe der Kapitalisten zusammenzuschließen. Die Belegschaft von Neckermann und Reisen (NUR) hat am 22.11.76 neue Vertrauensleute gewählt unter Verpflichtung auf ein Programm, das die Lage der Belegschaft untersucht, den verstärkten Druck der Kapitalisten angreift und die Aufgaben der Gewerkschaft gegen die Angriffe des bürgerlichen Staates festlegt. Die gewählten Vertrauensleute wurden darauf verpflichtet, für die Durchsetzung einer Festgeldforderung im kommenden Lohnkampf einzutreten sowie für die einheitliche Erhöhung der Lehrlingsvergütung um den gleichen Betrag und den Wegfall der unteren Stufen, weiter, den Kampf gegen die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten zu führen. – (b., Frankfurt/Red.)



Die Konzentration im Bergbau schreitet rasch voran. Die sechs Bergbaugesellschaften der Ruhrkohle AG werden aufgelöst und drei neue Gesellschaften zum 1.1.1977 gegründet. Die Produktion wird auf einige Schwerpunkte konzentriert und die Ausbeutung der Bergarbeiter vorangetrieben. „Einige Zahlen, die den Konzentrationserfolg im Ruhrbergbau widerspiegeln: Die Zahl der Bergwerke ging von 52 im Jahr 1969 auf 28 zurück. Die Tagesförderung je Bergwerk wurde um 35 Prozent auf durchschnittlich 8 800 Tonnen erhöht. Die Gesamtbelegschaft sank um 25 Prozent auf 142 800 Mitarbeiter.“ (Ruhrkohle 9/76) In diesen „Konzentrationserfolg“ der Ruhrkohle-Kapitalisten reiht sich jetzt der Beschluß zur Stillegung zweier Kokereien ein, der Kokerei Radbod in Hamm-B.-Hövel und der Kokerei Hugo in Gelsenkirchen, die stillgelegt werden, weil sie nicht mehr genügend Profit abwerfen. Im Zusammenhang mit der fortschreitenden Verlegung der Stahlproduktion nach Westen wird auch die Kokserzeugung nach Westen verlagert. Eine neue Kokerei soll in Dinslaken errichtet werden.

GEW-Landesvertreterversammlung

Westberlin. Zum vierten Mal seit den Bundesvertreterversammlungen in Mainz und Köln hat die GEW-Landesvertreterversammlung Westberlin zwecks Klärung der Frage: Übernahme der Bundessatzung mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen oder nicht, getagt. Von 458 gewählten Delegierten waren 366 gekommen. Es war von vornherein zu erwarten, daß Sozialdemokraten und Revisionisten diesmal einen wahren Veitstanz in Chaotisierung der Versammlung und Unterdrückung der Debatte über die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben aufführen würden, um endlich die Bundessatzung durchzukriegen und die gewerkschaftlich organisierten Lehrermassen mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen spalten und ihre Kampfkraft zersetzen zu können. Diese Vermutung bestätigte sich schnell. Die in der Zielsetzung, Spaltung und Niederhaltung der Gewerkschaftsbewegung, vereinte Fraktion von Sozialdemokraten und Revisionisten saß da, Messer auf dem Tisch, um buchstäblich jede Debatte, die sich auch nur mit einem Fitzelchen der Klassenkampfwirklichkeit zu nähern drohte, sofort abzuschneiden. Durchgepeitscht wurde von den Sozialdemokraten gleich zu Beginn lediglich eine Verurteilung der Ausbürgerung Biermanns. Die Revisionisten revanchierten sich damit, daß sie in einem Antrag für ein Moratorium (einjährige gemeinsame Denkpause mit dem Senat) für den Bau des Kohlekraftwerkes Oberjägerweg die Perspektive des Stromverbundes mit der DDR einbrachten. Einen Tag lang brachten beide Fraktionen es fertig, auf Wahlprogramme zum Hochschul- und Pressereferat, die zur Unterstützung der Studentenbewegung und zum Kampf für eine Gewerkschaftspresse im Interesse der gewerkschaftlich organisierten Lehrermassen aufriefen und bei der Frage zu einem Sozialfonds für die Angestellten der GEW Westberlin fast ausschließlich mit Geschäftsordnungsanträgen zu antworten. Nachdem somit jede Kampfperspektive vom Tisch gehalten wurde, erfuhr das ganze dreckige Manöver endlich seine angestrebt Weihe. Das war beim Tagesordnungspunkt „Übernahme der Bundessatzung". Der Segen kam vom Sozialistischen Büro. Die sauberen Herren und Damen hielten die Zeichen der Zeit für gekommen, nun auch Flagge zeigen zu können. Geschlossen stimmte dieser Haufen für die Übernahme der Bundessatzung. Damit wurde die Sperrminorität gekippt. Von 366 Delegierten stimmten 294 für Übernahme, 66 dagegen, sieben enthielten sich. Zu klatschen trauten sich aber nur die Häupter der Sozialdemokratie und der SEW-Revisionisten. Alle Bourgeoispolitiker haben Konsequenzen sowohl aus der letzten Landesvertreterversammlung wie aus der Entwicklung der GEW in den letzten beiden Monaten gezogen. Auf der letzten Landesvertreterversammlung im Dezember sahen sich die Klassenversöhnler überall, wo die gewerkschaftlichen Kampfaufgaben zur Sprache kamen, schwer bedrängt. die Landesvorsitzende Kujawa konnte sich damals mit keinem ihrer Anträge durchsetzen. Um so dringlicher war es für all diese Leute, die GEW Westberlin unter eine Satzung zu bringen, die die Herrschaft der Sozialdemokratie per Dekret sichern soll. Nach der Übernahme der Bundessatzung mit 79,6 Prozent wurden die beiden Helden vom Sozialistischen Büro, die die Klage gegen Frister angestrengt hatten, für ihren Kotau von allen Bourgeoispolitikern hofiert. Ein Antrag wurde noch gemeinsam durchgesetzt, daß die GEW Westberlin gegebenenfalls alle Gerichtskosten des Verfahrens gegen den Ausschluß des Landesverbandes Westberlin übernehmen solle. Der Streitwert beläuft sich auf einige Hunderttausend Mark. Erwogen wurde, diese aus dem Kampffonds zu ziehen. Wer kann jetzt noch denken, daß diese Wichte im „linken" Gewande etwas anderes sind als Verbrecher gegen die Arbeiterbewegung? Die große Versöhnung, die sich manche von der Übernahme der Bundessatzung erhoffen mögen, wird keineswegs eintreten. Die Polizei der Bourgeoisie in der GEW in Gestalt der Frister, Kujawa, Schmidt (SEW) und Horst (Sozialistisches Büro) wird versuchen nachzusetzen. Die Bourgeoisie wird sie loben. Die Lehrermassen jedoch werden in den unvermeidlichen Kämpfen gegen Lohnabbau, kapitalistische Rationalisierung und politische Entrechtung an der Seite der Arbeiterbewegung den Kampf um die GEW weiter fortsetzen. – (d., Westberlin)

Wolfsburg. Der Angriff auf die Bewegung gegen die Einführung der Fünfeinhalbtage-Woche und gegen Stellenstreichungen am Wolfsburger Krankenhaus

flüssig seien, müssen jetzt alle Schreibkräfte des Jugendamtes vier Wochen lang über alle fünf Minuten ihrer Arbeitszeit Rechenschaft ablegen.

Wolfsburg. Der Angriff auf die Bewegung gegen die Einführung der Fünfeinhalbtage-Woche und gegen Stellenstreichungen am Wolfsburger Krankenhaus durch vier fristlose Entlassungen (siehe KVZ 44/76) hat den Widerstand nicht brechen können. So haben die Beschäftigten am Sonntag, den 14.11., im Schwesternwohnheim Transparente aufgehängt mit ihren Forderungen und Flugblätter an die Krankenhausbesucher verteilt. Der Kampf der Wolfsburger Krankenhausbelegschaft gegen die Entlassungen und für ihre Forderungen findet Unterstützung in der Arbeiterklasse und besonders im öffentlichen Dienst. So haben Arbeiter von VW, Halle 12 und Halle 17 Leserbriefe an die „Wolfsburger Nachrichten" geschrieben. Es haben sich unter anderem solidarisiert: der Ortsjugendausschuß der ÖTV Wolfsburg, die Jugendvertretung der städtischen Krankenhäuser Braunschweig, eine Arzthelferinnenklasse aus Wolfsburg, die Mitgliederversammlung der GEW Wolfsburg. Der Kampf der Belegschaft und die breite Unterstützung haben jetzt den sozialdemokratischen Gesamtpersonalrat der Stadt Wolfsburg, der den vier Entlassungen zugestimmt hatte, gezwungen zu erklären: Der Gesamtpersonalrat ist gegen die 38 Stellenstreichungen im Krankenhaus und gegen die Einführung der Fünfeinhalbtage-Woche.

Wiesbaden. Statt drei Ganztags- und einer Halbtagsangestellten im Schreibdienst des Sozialamtes arbeiten jetzt dort 2 Ganztags- und zwei Halbtagsangestellte. Die Schreibarbeit ist aber mehr geworden. Anfang des Jahres fand eine „Organisationsuntersuchung" statt. Vier Wochen lang mußten die Angestellten schreiben, was das Zeug hält. Von jedem Schreiben mußten Durchschläge gemacht werden. Dem Dienstherrn war damit möglich, genau festzustellen, wer was und wieviel geschrieben hat, wo die „schwachen Stellen" sind.

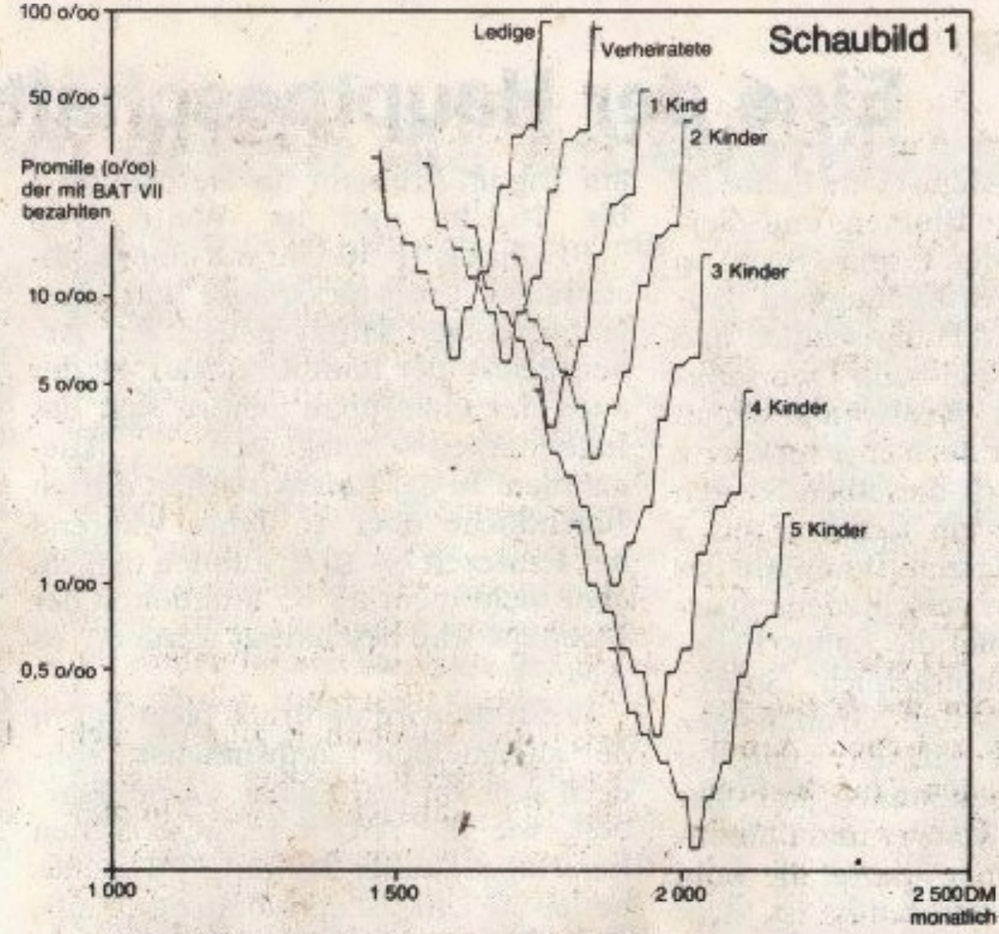
Das Organisationsamt hat im Jugendamt gleich fünf Schreibstellen gestrichen. Unter dem Vorwand, daß bewiesen werden müsse, daß die fünf Stellen nicht überflüssig seien, müssen jetzt alle Schreibkräfte des Jugendamtes vier Wochen lang über alle fünf Minuten ihrer Arbeitszeit Rechenschaft ablegen.

Hamburg/Paketpost Postamt Altona. Zum ersten Mal seit 1967 ist die Bundespost 1975 aus den roten Zahlen und hatte einen Gewinn von 498,6 Millionen DM. Postminister Gscheidle erklärte dazu, das Entscheidende seien die Rationalisierungen. Das Postamt 2 ist ein Beispiel für die Steigerung der Ausbeutung, die er meint. Als der Dienstbetrieb im Neubau aufgenommen wurde, arbeiteten dort 4 000 Beschäftigte. Heute sind es noch 2 300 bis 2 400 und 400 bis 500 aushilfen bzw. Teilzeitbeschäftigte. In der Spätschicht wird jetzt statt acht Stunden neuneinhalb Stunden bei einer halbstündigen Pause gearbeitet. Neu festgelegt ist auch die Zahl der Postwagen, die pro Stunde und Beschäftigtem vollgeladen werden müssen, nämlich zwölf. Eine Stunde sei das zu schafen, nicht aber acht oder neun. Die Teilzeitbeschäftigten haben keine Pause. Um den Fernsehkameras, die jeden Arbeitsplatz überwachen, zu entgehen, müssen sie sich für eine kurze Pause im LKW oder Waggon verstecken.

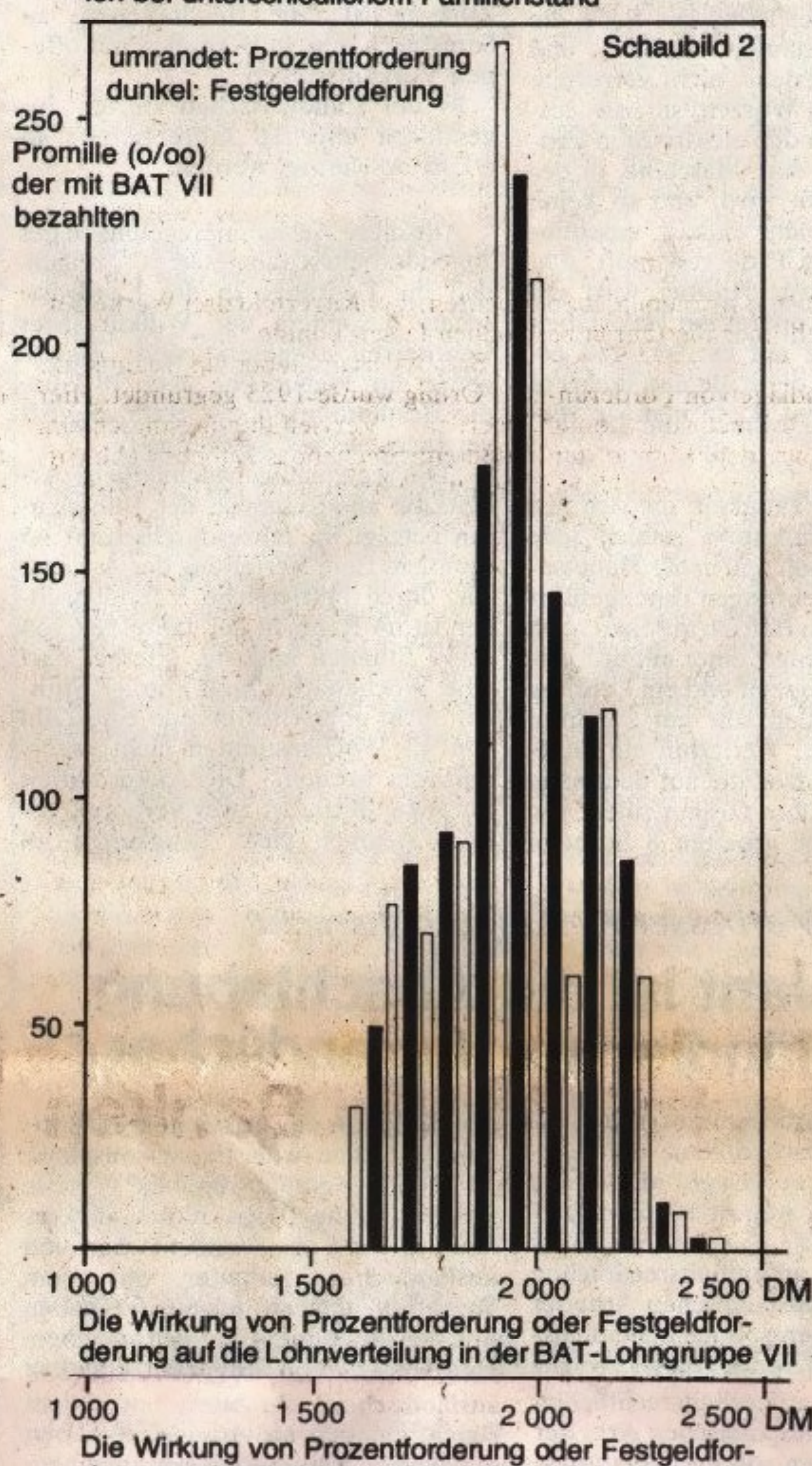
Westberlin. Die Zahl der Arbeiter und Angestellten bei der GASAG (Westberliner Gaswerke) wurde von 1960 bis 1975 um über 500 gesenkt (von 2 258 Beschäftigten auf 1 728). Im gleichen Zeitraum wurde die Gasproduktion und -verteilung von 1,6 Millionen Kubikmeter auf 7,6 Millionen Kubikmeter gesteigert. Allein in den letzten drei Jahren stieg die Gasproduktion pro Beschäftigten um 19 %.

Für diese Verschärfung der Ausbeutung ist Vergrößerung des Aufpasserpacks nötig. Allein die Zahl der obersten Staatsagenten in der GASAG in der Vergütungsgruppe BAT II (vierzig Jahre, 2 Kinder: 3 368 DM) ist von 54 im Jahre 1965 auf 136 im Jahre 1975 gestiegen. Rechnet man noch die Unteroffiziere der Aufsicht bis zur Gruppe BAT IV a dazu, wo z.B. die Dienststellenleiter Finanz- und Rechnungswesen eingruppiert werden, wurden die Aufseher in den letzten 10 Jahren um 117 aufgestockt, von 168 auf 285.

Klar ist, daß unter solchen Bedingungen die klassenversöhnlerische Linie des ÖTV-Hauptvorstandes auf gar keine Gegenliebe stößt und überall Beschlüsse gefaßt werden gegen sein Ausverkaufsangebot an die Finanzbourgeoisie.

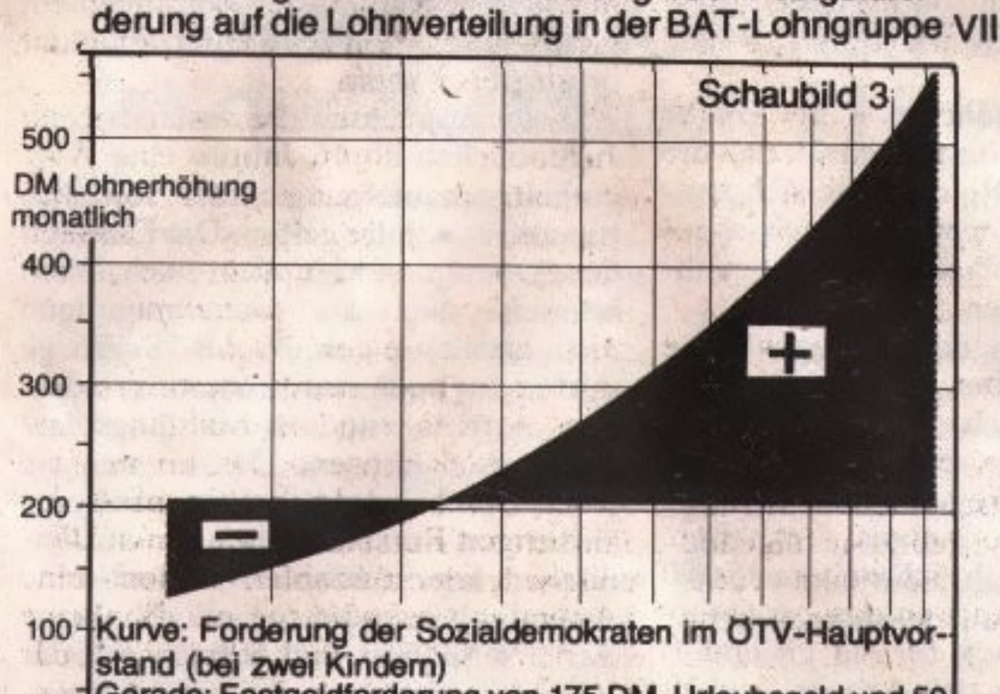


Die Differenz der Lohngruppe BAT VII nach Altersstufen bei unterschiedlichem Familienstand

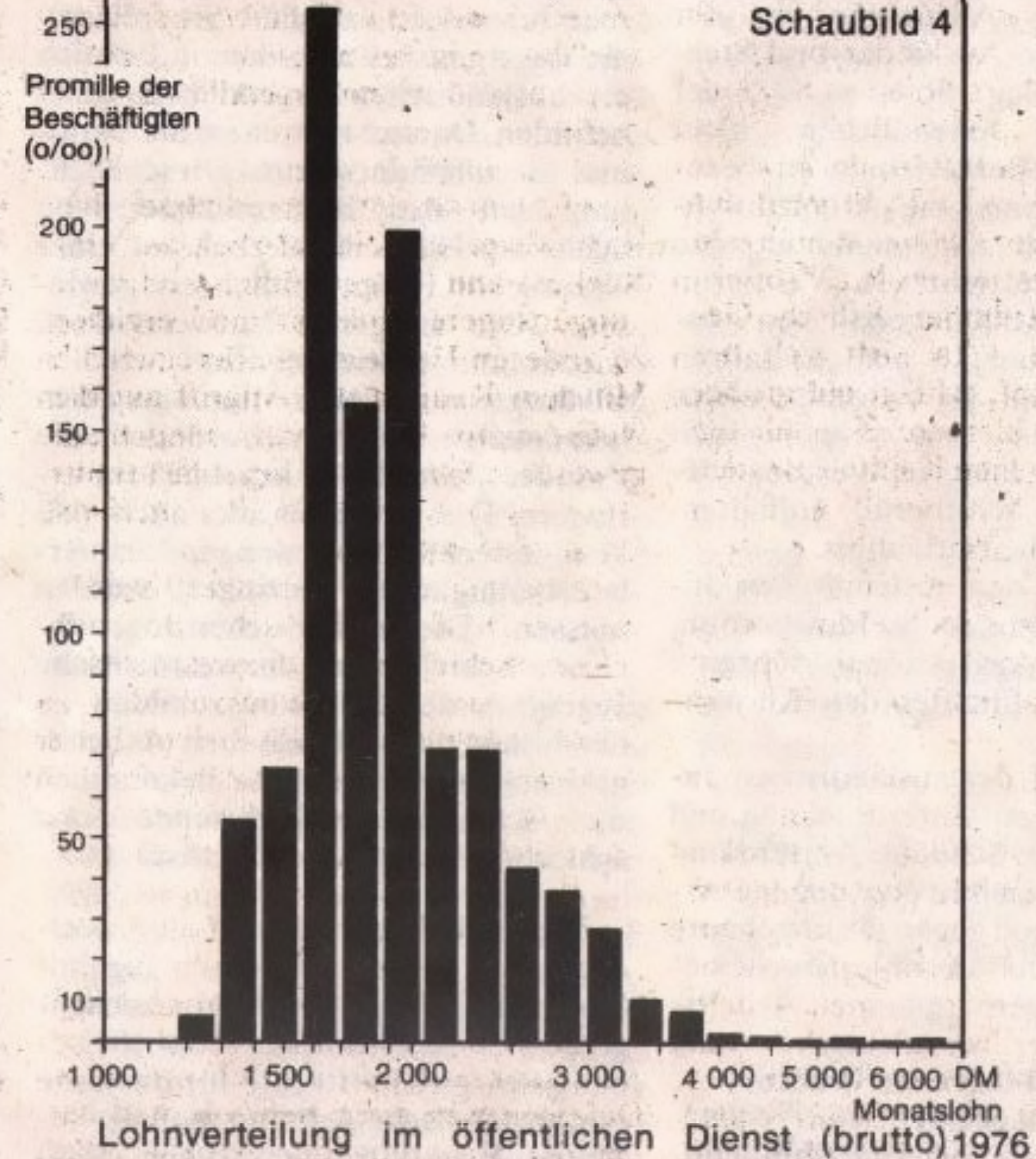


Die Wirkung von Prozentforderung oder Festgeldforderung auf die Lohnverteilung in der BAT-Lohngruppe VII

1 000 1 500 2 000 2 500 DM
Die Wirkung von Prozentforderung oder Festgeldforderung auf die Lohnverteilung in der BAT-Lohngruppe VII



Unterschiedliche Wirkung einer Prozent- oder Festgeldforderung



Lohnverteilung im öffentlichen Dienst (brutto) 1976

Lohngruppendickicht

Die nebenstehenden Schaubilder enthalten einige Auskünfte über das Dickicht der Lohngruppen. Sie handeln von der Lohnverteilung im öffentlichen Dienst, ausführlich aber von der Lohngruppe, in der sich so um die 30 % der Angestellten befinden, BAT VII.

BAT VII erstreckt sich nach geltendem Tarif von etwas mehr als 1 300 DM im Monat brutto bis etwa 2 200 DM brutto. Diese ganz enorme Dehnung einer Lohngruppe kommt zustande durch die tarifliche Abmachung der Orts- und Kinderzuschläge sowie der Altersgruppen. Das entnimmt man dem Bild Nr. 1, das die möglichen Löhne auf Basis BAT VII enthält.

Das Studium dieser Lohngruppe zeigt, wie der Hauptvorstand der ÖTV, in Maihofers Pfaden wandelnd, versuchen wird, seinen spalterischen Prozentvorschlag zu rechtfertigen. Der geschäftsführende Hauptvorstand und wer immer sonst sich seitens der Bourgeoisie berufen fühlt, werden mit Sicherheit behaupten, angesichts dieser Situation seien Prozentforderungen geradezu sozial.

Sie begünstigten im Rahmen einer Tarifgruppe die „älteren" Kollegen, die „kinderreichen" und die „verheirateten".

So schaut es auch aus. So ist es aber nicht. Macht man sich den Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes so weit zu eigen, daß man die Forderung nach dem Urlaubsgeld übernimmt – und das macht keine Schwierigkeiten, denn diese Forderung war da, bevor sie der Hauptvorstand vorgeschlagen hat – so wird die Forderung nach den verbleibenden 8 % dann günstiger, wenn ein Einkommen von mehr als 2 200 DM vorliegt.

Das verdeutlichen die beiden Geraden, die in die Lohnverteilung eingetragen sind. Sie schneiden sich bei 2 180 DM, und bei 4 000 DM macht sich der Vorschlag des geschäftsführenden Hauptvorstandes schon ziemlich fein heraus.

Die Richtung ist also ganz klar. Leider stellt sich aus der Betrachtung der Lohngruppe BAT VII auch heraus, welche Flanken dieser 8-Prozenter dem Lohnkampf aufreißt. Die außerordentliche Breite dieser Lohngruppe kommt durch die Orts-, Kinder- und Sozialzuschläge zustande.

Die Breite dieser Lohngruppe ist insofern *ungünstig* für die Dienstherren, als die Spaltung zwischen den Lohngruppen gemildert wird. Sie muß zusammengedrängt werden. Das geht nur für diese Leute annehmbar *von oben* her.

Es ist zu befürchten, daß der Dienstherr ein Angebot macht, das eine prozentige Erhöhung *ausschließlich* der Orts-, Kinder- und Sozialzuschläge, also nur auf die Grundvergütung, vorsieht. Dann allerdings wird von der „Kinder-, Verheirateten-, Ältere-Kollegen- und Sonstwasfreundlichkeit" dieser Forderung radikal nichts übrig bleiben. Die Nachteile der prozentigen Forderung sind dann *doppelt* gegeben.

Bei einem Kollegen mit 45 Jahren und drei Kindern, der jetzt in BAT VII ungefähr 2050 DM verdient, würde dann, selbst wenn *alles andere vollständig erfüllt*
Forderung sind dann *doppelt* gegeben.

Bei einem Kollegen mit 45 Jahren und drei Kindern, der jetzt in BAT VII ungefähr 2050 DM verdient, würde dann, selbst wenn *alles andere vollständig erfüllt wäre,* eine Erhöhung von knapp 140 DM herauskommen, statt der fast 200 DM, die er sich aus der Forderung des Hauptvorstandes, – Urlaubsgeld auf den Monatslohn umgerechnet in beiden Fällen – *ausrechnen mag.*

Übrigens haben wir noch ein *prinzipielles* Argument gegen das dumme Getue, diese „Kinder-, Ältere-Kollegen- und Sonstwas-Vergünstigungen" seien „sozial".

Es ist gewiß richtig, daß es schwer fällt, von Tariflohn nicht nur den eigenen Unterhalt zu gewährleisten, sondern auch noch Nachwuchs großzuziehen.

Freie Lohnarbeiter aber können sich nicht damit zufrieden geben, daß sie anstatt eines Entgeltes, das ihnen gestattet, *nach freier Entscheidung z.B.* zu heiraten, Kinder zu haben oder nicht, eine *Prämie* in Empfang zu nehmen, die sie *nur* erhalten, wenn sie diese sittlichen Taten verrichtet haben.

Wir sind jedenfalls *weit* davon entfernt, die *Unverschämtheiten* für sozial zu halten.

Notwendig ist eine Forderung, die sowohl den „älteren", den „kinderreichen", und wie sonst die Bourgeoisie in beutelschneiderischer Absicht freie Lohnarbeiter tituliert, erlaubt, die notwendigen Kosten ihres Lebensunterhaltes zu bestreiten, wie sie auch den „Jungen", den „Ledigen", den „Kinderlosen" gestattet, sich ausnahmsweise eine geeignete Wohnung zu suchen, *bevor* sie heiraten, *bevor* das Kind da ist, und bevor sie „älter", vielleicht zu alt sind.

Deswegen setzen sich in der Diskussion unter den Arbeitern Forderungen wie 175 DM für alle gleich durch. Das soziale Geschwätz bringt einen aber nur zum Kochen. Daß es diese Forderung bringt, sieht man an dem Schaubild III, wo wir auf Grundlage verhältnismäßig ausufernder Berechnungen die Folgen einer Festgelderhöhung auf die Lohnverteilung in BAT VII und die Folgen einer Geschäftsführenden-Hauptvorstands-Vorschlags-Forderung verglichen haben.

Es fällt richtig auf, wie innerhalb dieser Lohngruppe bei der Prozentforderung Hügel entstehen. Es handelt sich um den „Verheirateten-", den „Ein-Kind-" und den „Zwei-Kind-Peak".

Das ganze Dreigebirge erhebt sich auf Basis der Tatsache, daß die Beträge weiter unten nicht ausreichen auch bloß für einen einzelnen. Man soll den *Anschein* kriegen, sich durch Heiraten und Kindermachen „verbessern" zu können, aber dafür reicht es dann natürlich auch nicht. Diese Forderung spaltet nicht nur, sie ist *würdelos. Sie muß weg!*

Kreisjugendausschuß des DGB Kreis Osnabrück spendet 305 DM an die PLO. Auf der letzten Kreisjugendausschußsitzung des DGB Kreis Osnabrück wurde mehrheitlich eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die Gewerkschaftsausschlüsse wendet, die gegen die IG-Chemie-Jugendgruppe von Merck Darmstadt gerichtet sind, weil sie für die PLO gespendet hat. In der Resolution wird der Befreiungskampf des palästinensischen Volkes vollständig unterstützt und zum Ausdruck gebracht, daß die PLO als Führerin des palästinensischen Volkes materielle Unterstützung braucht, damit das palästinensische Volk den Kampf gegen das zionistische Regime siegreich beenden kann. Deshalb wurde im Kreisjugendausschuß eine Spendensammlung durchgeführt, die 305 DM ergab. Um diesen Beschluß und diese Resolution gab es heftigen Kampf. Die Revisionisten enthielten sich bei der Abstimmung und vertraten, daß der Staat Israel eine Existenzberechtigung hätte. Das wurde widerlegt durch die Rede von Yassir Arafat vor der UNO-Vollversammlung vom 13. November 1974.

Ludwigshafen. Am 23.11.76 fanden zwischen der Jugendvertretung und der Werksleitung der BASF Verhandlungen statt um die Fahrgeldrückerstattung. Der Kampf der Jugendlichen hatte die Werksleitung gezwungen, Zugeständnisse zu machen. 10 DM sollten die Jugendlichen noch selber zahlen müssen. Das war das neue Angebot der Kapitalisten. Die Jugendvertretung lehnte das Angebot ab. Das ist gut. Die Forderung der Jugendlichen lautet: Volle Fahrgeldrückerstattung für alle Lehrlinge! Sie werden diese Forderung durchsetzen.

Frankfurt, Offenbach, Friedberg. In versammlungen in der letzten Woche haben in Offenbach 21 Schüler und Schüler-Vertretungen und in Frankfurt Vertreter von 25 Schulen zusammen mit verschiedenen Jugend- und Gewerkschaftsvertretungen die Durchführung von Demonstrationen in Frankfurt und Offenbach am 27.11. beschlossen. Unter den Forderungen: Weg mit dem Einstellungsstopp für Lehrer, sofortige Einstellung aller Lehrer! Weg mit der Richtlinie zu der 70 %-Planstellenregelung! 12 Stunden Berufsschulunterricht an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Sofortige Fahrtkostenrückerstattung! Streikrecht für alle Schüler! Darüberhinaus enthält der in Frankfurt beschlossene Aufruf die Forderung nach Einspruchsrecht für Schüler, Eltern und Lehrer in allen Schulangelegenheiten. Die Initiative für einen Stadtschülerrat in Friedberg ruft unter ähnlichen Forderungen zu einer Demonstration am 27.11. auf.

tung! Streikrecht für alle Schüler! Darüberhinaus enthält der in Frankfurt beschlossene Aufruf die Forderung nach Einspruchsrecht für Schüler, Eltern und Lehrer in allen Schulangelegenheiten. Die Initiative für einen Stadtschülerrat in Friedberg ruft unter ähnlichen Forderungen zu einer Demonstration am 27.11. auf.

Bremen-Neustadt. Die Schüler der Klasse 3 c der Hauswirtschaftsschule in der Schule Delmstraße, einer Gesamtschule, wo auf engstem Raum Real-, Haupt-, Ober- und Berufsschule zusammengedrängt sind, haben die Absetzung ihrer Klassenlehrerin durchgesetzt. Die Lehrerin Kettler hatte ständig versucht, die Schüler gegeneinander aufzuhetzen und Gerüchte über einzelne Schüler in Umlauf zu setzen. Nach einer längeren Diskussion beschloß die Klasse: „Die Kettler soll hier nicht länger unterrichten." Als auch noch die Vollversammlung der Hauswirtschaftsschule den Beschluß der Klasse 3 c bestätigte, wurde sofort eine Lehrerkonferenz einberufen, und die Schulbehörde erschien. Der Vertreter der Schulaufsichtsbehörde versuchte die Klasse einzuschüchtern mit Sachen wie „die Schüler könnten gar nicht beurteilen, ob die Lehrerin pädagogisch geeignet sei oder nicht, dies sei allein Angelegenheit der Schulbehörde" usw. Dies nutzte aber nichts. Die Klasse hielt an ihrem Beschluß fest. Die Schulbehörde hat die Lehrerin Kettler jetzt aus der Klasse 3 c zurückziehen müssen.

Über jeden Schüler der Sonderschulen liegen vertrauliche Personalbögen vor, die offen sind für Jugendamt, Polizei und Kapitalisten. Diese Personalbögen enthalten u.a. die Ergebnisse der Intelligenztests, aufgrund derer die Schüler von der Grund- bzw. Hauptschule auf die Sonderschule überwiesen wurden. Ein oft angewandter Test ist der Standard-Binet-Intelligenz-Test. Eine Frage dieses Intelligenztests taucht unter der Rubrik „Problemlösung" auf: „Was soll ein Mann tun, wenn er merkt, daß er weniger verdient, als er zum Leben braucht?" Antwortet der Schüler: „Er braucht mehr Lohn", bekommt er einen Minuspunkt, weil er damit den Standpunkt der Arbeiterklasse vertritt. Antwortet der Schüler: „Er soll mehr arbeiten", erhält er einen Pluspunkt, denn dies ist der Standpunkt der Kapitalisten, der die Antreiberei propagiert.

Kassel. In Kassel ist die Zahl der Sonderschüler um 30,3 % gestiegen. 1973 machte die Zahl der Sonderschüler 5,1 % der Gesamtschülerzahl aus. In einem Brief an den Ausbildungsleiter vom VW-Werk Baunatal gibt das Stadtschulamt Kassel seine weiteren Ziele an. So soll der Anteil der Sonderschüler an der Gesamtschülerzahl 1990 bereits 6,5 % betragen. Sonderschüler sind von den Kapitalisten besonders erwünscht, weil der Preis für ihre Arbeitskraft gering ist. Die imperialistische Bildungsreform hat zum Zweck, die Jugendlichen zu billigen Lohnarbeitern auszubilden. Planmäßig wird deshalb der Ausbau der Sonderschulen und die Aussonderung der Jugendlichen auf diese Schulen betrieben.

Gärtnerlehre:

Eine der Hauptbeschäftigungen ist Erde schaufeln

Ich mache seit August eine Lehre als Gärtner der Sparte Blumen- und Zierpflanzenbau bei der Firma Onken in Darmstadt. Die Ausbildungszeit dauert drei Jahre für Hauptschüler und zweieinhalb für Real- und Oberschüler. Da ich den Realschulabschluß habe, heißt das für mich eine verkürzte Lehrzeit, in der ich dieselben Sachen machen muß wie ein Lehrling mit 3 Jahren Ausbildungszeit. Innerhalb des Gartenbaus gibt es verschiedene Sparten, so zum Beispiel die Landschaftsgärtner, die hauptsächlich Sport-, Spielplätze, Parks und Grünanlagen anlegen, dabei aber nur sehr wenig mit Pflanzen zu tun bekommen und eher schlecht bezahlte Maurer und Fliesenleger sind. In meiner Sparte, die wohl die am weitesten verbreitete ist, sieht die Ausbildung folgendermaßen aus: Eine der Hauptbeschäftigungen ist die Verarbeitung der Erde. Die Erde, die vom Komposthaufen stammt, und folglich verschiedene, nicht verrottete Stoffe wie Holz, Wurzelreste usw. enthält, wird durch den elektrischen Erdwolf geworfen, eine Maschine, in der die Erde gesiebt wird, und so keine groben Stoffe mehr enthält; anschließend wird diese Erde gedämpft, d.h. keimfrei gemacht. Hierbei wird die Erde in einen Apparat mit Heizstäben geschaufelt und auf ca. 90 Grad erhitzt. Nachdem die Erde nun mehrere Tage gelagert hat, kann man sie verwenden.

Dies ist eine Tätigkeit, die sich fast jeden Tag, mindestens jedoch jede Woche wiederholt und in der Hauptsache von den Lehrlingen durchgeführt wird. In meinem Betrieb arbeiten noch 2 weitere Lehrlinge, einer mit dreijähriger Ausbildungszeit und ein Lehrling wie ich im 1. Lehrjahr mit 2 Jahren Ausbildungszeit. Weiterhin ein Gärtnergehilfe und drei, die auf dem nahe gelegenen Friedhof Gräber pflegen.

Wir Lehrlinge arbeiten 8 Stunden am Tag im Frühjahr bis Herbst von 7 bis 16 Uhr und im Winter von 7.30 Uhr bis 16.30 Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause und einer halbstündigen Mittagspause. Zur Arbeitszeit in der Landwirtschaft, zu der auch der Gartenbau gehört, sagt das Jugendarbeitsschutzgesetz: „Ausnahmen: In der Landwirtschaft dürfen Jugendliche über 16 Jahre während der Erntezeit bis zu 9 Stunden täglich, aber nicht mehr als 85 Stunden in der Doppelwoche beschäftigt werden." (8 Abs. 3)

Geerntet wird natürlich nicht nur in der allgemeinen Landwirtschaft, sondern auch im Gartenbau. Sonntagsarbeit, wie die Arbeit an gesetzlichen Feiertagen (außer 24. und 31. Dezember ab 14 Uhr) ist erlaubt in der Landwirtschaft, für Arbeiten, die naturnotwendig vorgenommen werden müssen. Zulässig ist eine Beschäftigung an Samstagen, u.a. in Betrieben mit offenen Verkaufsstellen.

In der Landwirtschaft dürfen Jugendliche über 16 Jahre bereits ab 6 Uhr beschäftigt werden.

Alle diese Ausnahmeregelungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigen, daß die Lehrlinge in der Landwirtschaft besonders der Willkür ihrer Lehrherren ausgesetzt sind. Zudem gelten für Jugendliche über 18 Jahre die Bestimmungen des Rahmentarifvertrages (Erwerbsgartenbau).

„Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit ausschließlich der Ruhepausen beträgt im Jahresdurchschnitt 45 Stunden. Eine Verteilung der Arbeitszeit durch betriebliche Vereinbarungen ist im Rahmen der Jahreszeit von 2340 Stunden zulässig. Hierbei darf eine Wochenarbeitszeit von 47 Stunden nicht überschritten und eine Zahl von 43 Wochenstunden nicht unterschritten werden." Die Akkordarbeit für Jugendliche ist zwar verboten, jedoch nehmen viele Tätigkeiten im Gartenbau akkordähnliche Ausmaße an. So haben wir Lehrlinge in der letzten Woche Blumenzwiebeln gesetzt, wozu der Chef extra eine Tafel mit Arbeitsanweisungen erstellt hat. Wir wurden in verschiedene Buchstaben eingeteilt: A pflanzt die ganze Zeit, B sorgt für die Erde, Töpfe und Blumenzwiebeln und pflanzt ebenfalls, C transportiert die auf Kisten aufgestellten Töpfe, gräbt sie in 40 cm frostfreie Tiefe ein, gießt sie an und begießt sie mit Erde. Derjenige, der zu langsam arbeitet, wird angetrieben und zu größerer Sorgfalt ermahnt.

Während der Saison (im Frühjahr) könne es sehr gut möglich sein, daß wir Überstunden machen und samstags arbeiten müßten, wurde uns gesagt, Urlaub gäbe es während dieser Zeit sowieso nicht.

Überall ist es so, daß der Lehrherr bestrebt ist, die Lehrlinge möglichst lange im Betrieb zu halten. Dies sieht dann konkret so aus, daß man um 7 Uhr mit der Arbeit beginnt und um 17 Uhr aufhört, dazwischen eineinhalb Stunden Mittagspause, in der man nicht weiß, was man treiben soll. Dies ist hauptsächlich bei den Blumenbindern (Floristen) der Fall. Bei ihnen verschiebt sich durch die lange Pause die Arbeitszeit nach hinten, da sie meistens bis 19 Uhr arbeiten. Sie arbeiten samstags bis 14 Uhr bzw. bis 16 Uhr an langen Samstagen. Die Mittagspausen sind ellenlang, was dem Chef natürlich keinen Verlust einbringt, da in den Blumengeschäften um die Mittagszeit sowieso nichts los ist.

Arbeitslohn: Nach dem Lohntarifvertrag erhält ein Auszubildender zwischen 16 und 18 Jahren im

1. Lehrjahr (brutto)	265 DM
2. Lehrjahr	310 DM
3. Lehrjahr	330 DM.

Nach meiner Ausbildung mit erfolgreicher Abschlußprüfung bin ich Gärtnergehilfe mit einem Stundenlohn von 6,82 DM.

Ein besonderes Kapitel ist die Führung des Berichtsheftes. Für den Erwerbsgartenbau gibt es ein „Einheits-Berichtsheft". In dem Vorspann dieses Heftes heißt es z.B., daß man Tätigkeiten, die sich öfters wiederholen, wie z.B. umgraben, Unkraut jäten, lüften, gießen nicht mehr als einmal hineinschreiben soll. Da viele Lehrlinge nicht einsehen, wozu dies gut sein soll, befolgen sie diesen „Ratschlag" nicht, was dann dazu führt, daß der Chef nicht unterschreibt. Es kommt sogar vor, daß man keinen Lohn bekommt, wenn man nicht innerhalb einer bestimmten Zeit sein Berichtsheft vorzeigt. Der Unterricht in der Berufsschule beträgt 7 Stunden pro Woche, wobei im Frühjahr eine zehnwöchige Periode von zwei mal acht Stunden eingeschaltet wird, in der auch Deutsch und kaufmännischer Unterricht erteilt wird. Bei dem bisherigen Unterricht wird der Stoff, den die „dreijährigen" Lehrlinge im 1. Lehrjahr durchgenommen haben, in 2 Stunden pro Woche durchgezogen. Auch die obengenannte zwei mal achtstündige 10-Wochen-Regelung kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Forderung der Arbeiterjugend nach zwei mal sechs Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen nicht vergessen ist. Die Lehrlinge in meiner Klasse haben erkannt, daß sie als billiges Arbeitsvieh für die Kapitalisten dienen sollen und viele von ihnen haben beschlossen, sich in der Gewerkschaft zu organisieren, um dort gemeinsam für ihre Interessen kämpfen zu können. Es wird jetzt darauf ankommen, den Kampf zu führen unter den Forderungen: 12 Stunden Berufsschule an 2 arbeitsfreien Wochentagen! Weg mit dem neuen Jugendarbeitsschutzgesetz! Weg mit dem Berichtshefteschreiben! Für den 6-Stundentag! (a.p., KJB Darmstadt)

Arendt: „Verbessertes Aufenthaltsrecht"

Geplant ist die Abschiebung ausländischer Jugendlicher

Arendt: „Verbessertes Aufenthaltsrecht"

Geplant ist die Abschiebung ausländischer Jugendlicher

Das Bundesarbeitsministerium hat jetzt eine „Zwischenbilanz der Ausländerpolitik" vorgelegt, die seine Richtlinien vom August 1976 konkretisieren (KVZ 45). „Verbesserung und Sicherung des aufenthaltsrechtlichen Status" für die ausländischen Arbeiter und ihre Familien soll nach Zeitungsberichten der Zweck dieser Bilanz sein.

Der hauptsächliche Kern dieser „Verbesserung" besteht darin, daß die imperialistische Bourgeoisie sich weitere Mittel schaffen will, um sich insbesondere der ausländischen Jugendlichen zu entledigen.

Ca. 40000 ausländische Jugendliche sind seit November 1974 im Rahmen des Familiennachzugs nach Westdeutschland eingereist. Seitdem sind sie zum größten Teil arbeitslos, weil sie keine Arbeitserlaubnis erhalten. Hinzu kommen jährlich weitere 45000 ausländische Kinder in das „erwerbsfähige Alter", was für sie gleichfalls zumeist das Los der Arbeitslosigkeit bedeutet. Zwei Drittel der ausländischen Jugendlichen haben keinen regulären Schulabschluß. Für die Masse der Jugendlichen ist die allgemeine Schulpflicht längst aufgehoben, denn z.B. mit § 42 des Hamburger Schulgesetzes ist die „Ausnahme von der Schulpflicht für Ausländer und Staatenlose" festgelegt. So ist es 80 % der ausländischen Jugendlichen nicht möglich, eine Berufsschule zu besuchen, nicht einmal die Arbeitslosenklassen mit dem „allgemein bildenden Berufsschulunterricht". In Westberlin sind von den 13000 jugendlichen Ausländern zwischen 16 und 20 Jahren 10000 arbeitslos. Sie bekommen kein Arbeitslosengeld, und wenn sie sich nicht bereits 5 Jahre in Westdeutschland oder in Westberlin aufhalten, auch keine Arbeitserlaubnis.

Diese Lage der ausländischen Jugendlichen könne, so das Ministerium, „zu sozialen Aggressionen führen". Der Bürokrat fürchtet den Klassenkampf zurecht.

Dem Kampf der ausländischen Jugendlichen gegen Unterdrückung und Schikane in den Schulen, Ämtern und Behörden, gegen ihre erzwungene Arbeitslosigkeit und gegen die ungeheure Ausbeutung, der sie unterliegen, bekommen sie überhaupt einen Arbeitsplatz, will der westdeutsche Staat durch Abschiebung unterdrücken.

Das „Handelsblatt" vom 18.11. schreibt, daß „im Gegensatz zur heutigen Situation die Ausländerbeschäftigung vor allem in der Expansionsphase bis 1972 der Bundesrepublik Vorteile gebracht habe", was nichts anderes heißt, als daß die westdeutschen und ausländischen Arbeiter mit dem Reichtum, den sie produziert haben und den die Kapitalisten sich aneignen, gleichzeitig ihre eigene Überzähligkeit produziert haben.

Bisher brauchten die ausländischen Jugendlichen ab 16 Jahren eine Aufenthaltsgenehmigung. Jetzt soll dies bereits für Kinder gelten. Die Familien der Arbeiter werden nicht nachziehen können, weil die Genehmigungen nicht erteilt werden. 16- bis 18-jährige dürfen nur noch einreisen, wenn sie einen Arbeits- und Ausbildungsplatz nachweisen können. Das können sie jedoch nicht, denn bereits nach der bisherigen Praxis erhalten die ausländischen Jugendlichen zwar noch eine Aufenthaltserlaubnis, jedoch keine Arbeitserlaubnis und werden mit der Volljährigkeit abgeschoben, unabhängig davon, ob ihre Eltern hier leben und arbeiten. Dieser Kurs soll mit den „Verbesserungen" verschärft werden.

Die westdeutschen Imperialisten wollen die Ausbeutung junger und billiger Arbeitskraft durch die westdeutsche Jugend sicherstellen. Sie sollen in die Lage gedrückt werden, in der sich die ausländischen Jugendlichen jetzt befinden. Danach richten sie die Schul- und Berufsbildung aus. Diese Richtung hat der Kultusminister von Schleswig-Holstein kürzlich auf einer Tagung von Hauptschullehrern gewiesen: „Die dringende Notwendigkeit, wieder ein Gleichgewicht zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem herzustellen, macht es erforderlich, die Zahl der Gastarbeiter erheblich zu verringern. Dies bedeutet aber auch, daß hochgesteckte Erwartungen an Arbeitsbedingungen verringert werden müssen." Die ausländischen Jugendlichen abschieben und die westdeutsche Jugend zu der Arbeit auszubilden, zu der bisher die ausländischen Arbeiter gezwungen wurden, was bekanntlich die schmutzigste, schwerste und schlecht bezahlteste Arbeit ist.

Der einheitliche Kampf der westdeutschen und ausländischen Jugendlichen für Zahlung eines Arbeitslosengeldes, Einheitsschule bis zum 18. Lebensjahr, gleiche Rechte für deutsche und ausländische Arbeiter muß die Politik der Reaktion durchkreuzen. – (gg)



Zirka 50 Jugendliche führten in Wiesloch am 20.11. eine Protestkundgebung in der Stadt gegen den Beschluß des Gemeinderats durch, der dem Verein Jugendzentrum die Benützung der Räume im Kulturzentrum Wiesloch verbietet. Anschließend zogen sie zu einer alten Fabrik, die symbolisch besetzt wurde. Mit einem Tribunal gegen den Gemeinderat wird der Kampf um die Nutzung der Fabrik als Jugendzentrum weitergeführt.

Berufsschüler wollen den Streik fortsetzen

Kassel. 250 Schüler zogen am Samstag vor die Herder-Schule, wo Kultusminister Krollmann mit Eltern- und Schülervertretern der Herder- und Grimm-Schule verhandelte. In Sprechchören verlangten sie: Krollmann raus, er soll zum Ultimatum und unseren Forderungen Stellung nehmen. Aufhebung des Einstellungsstopps! Schaffung neuer Planstellen! Kein Entzug von Lehrern! 12 Stunden Berufsschule an zwei arbeitsfreien Wochentagen! Fahrtkostenrückerstattung.

Die Landesregierung hat die Forderungen nicht erfüllt. Am Donnerstag war das Ultimatum abgelaufen. Krollmann hatte auf einer Tagung des Stadt- und Landesschülerrats, auf der ihm das Ultimatum vorgelegt wurde, erklärt: „Ich bin Minister, verantwortlich meinem Parlament, und ich stelle mich dort, wo ich mich zu stellen habe. Ich lasse mich nicht erpressen." Selbst die bürgerliche Presse mußte am Montag berichten: „Gespräch mit Minister ohne Zusagen." Nachdem sie die ganze Woche über Versprechungen gemacht hatte. Die Masse der Schüler hat von vornherein nicht auf Verhandlungen mit Krollmann gesetzt, die die Sozialdemokraten im Stadtschülerrat an die Stelle der sofortigen Weiterführung des Streiks gesetzt hatten. Vor allem die Arbeiterjugend will ihre Forderungen gegen die Landesregierung durchsetzen und dafür kämpfen. Die Walter-Hecker-Berufsschüler hatten am Tag des Ablaufs des Ultimatums auf Klassensprecherversammlungen und Pausenkundgebungen eine Resolution verabschiedet, in der es unter anderem heißt:

„Heute ist das Ultimatum der Kasseler Schüler abgelaufen. Wir haben vor einer Woche vor dem Regierungspräsidium erklärt, wenn die Landesregierung unsere Forderungen nicht erfüllt, werden wir unseren Streik fortsetzen. Die Landesregierung hat die Forderungen nicht erfüllt. Wir werden den Streik so lange fortsetzen, bis sie dazu gezwungen ist."

Um die Einheit der Schüler zu festigen, war aus der Hecker-Berufsschule die Durchführung einer Urabstimmung verlangt worden. Die Reformisten haben dazu folgende Fragen beschlossen: „Bist du für landesweiten Streik? – Ja/Nein. Bist du für sofortige Weiterführung des Streiks in Kassel *oder* bist du dafür, daß landesweite Koordination abgewartet wird?" Jeder Schüler in Kassel weiß: Der Zusammenschluß der Schülerbewegung in ganz Hessen ist nötig und möglich. Er kann hergestellt werden, wenn im Streik die Schüler aus Kassel vorangehen, anders nicht. Die Reformisten wollen die Fortsetzung des Streiks nicht. Deswegen haben sie die Frage gestellt: Bist du für Streik *oder* Zusammenschluß der Schüler in ganz Hessen? Die Schüler sollen abwarten. Solange, bis es dem Staatsapparat und den Reformisten gelungen ist, die Streikfront zu zersetzen.

Die Schüler fallen auf dieses Manöver nicht herein. Schüler der Hecker-Berufsschule haben mit 75 Prozent plus 75 Prozent, der Miller-Berufsschule mit 64 Prozent plus 55 Prozent, der Max-Eyth-Berufsschule mit 75 Prozent plus 59 Prozent für landesweiten Streik *und* für sofortige Weiterführung des Streiks in Kassel gestimmt. Nach Bekanntwerden des Ergebnisses wurde die sechste Stunde bestreikt. An den Gymnasien wird die Urabstimmung noch durchgeführt.

Energieprogramm – imperialistisches Programm gegen die Arbeiterklasse

Das Energieprogramm der Finanzbourgeoisie, das Schritt für Schritt mit Polizeigewalt gegen die Volksmassen durchgesetzt werden soll, schaffe neue Arbeitsplätze und sichere die alten. So behauptet die Regierung. Wie immer in solchen Fällen ist es gerade umgekehrt. Das Energieprogramm soll die kapitalistische Rationalisierung vorantreiben, soll es den Kapitalisten ermöglichen, möglichst viele Arbeiter durch Maschinen zu ersetzen und aus den anderen Arbeitern mehr Mehrwert herauszupressen. Dies wird nicht nur *Ergebnis* der Verwirklichung des Energieprogramms sein. Dies ist die *bewußte Absicht* der Finanzbourgeoisie.

Die Bourgeoisie ist durch die imperialistische Konkurrenz gezwungen, die Produktivkraft der Arbeit zu entwickeln. Dabei geht es jedem einzelnen Kapitalisten und jedem einzelnen Konzern darum, Extraprofite gegenüber den Konkurrenten zu machen. Allein zu diesem Zweck entwickelt er die Maschinerie. Unter dem Druck der Konkurrenz versuchen die anderen Kapitalisten gleichzuziehen. Der Extraprofit schmilzt dahin. Es sei denn, es gelingt dem Kapitalisten, durch eine neue Rationalisierung einen erneuten Vorsprung vor den Konkurrenten und damit erneut einen Extraprofit zu erringen. Immer größere Maschinenkräfte bewegt der Arbeiter für den Kapitalisten. Damit verändert sich das Verhältnis zwischen angewandter Maschinerie und anwendender menschlicher Arbeitskraft ständig. Entsprechend steigt die Energie, die die Arbeiter anwenden, um die Maschinerie in Gang zu halten.

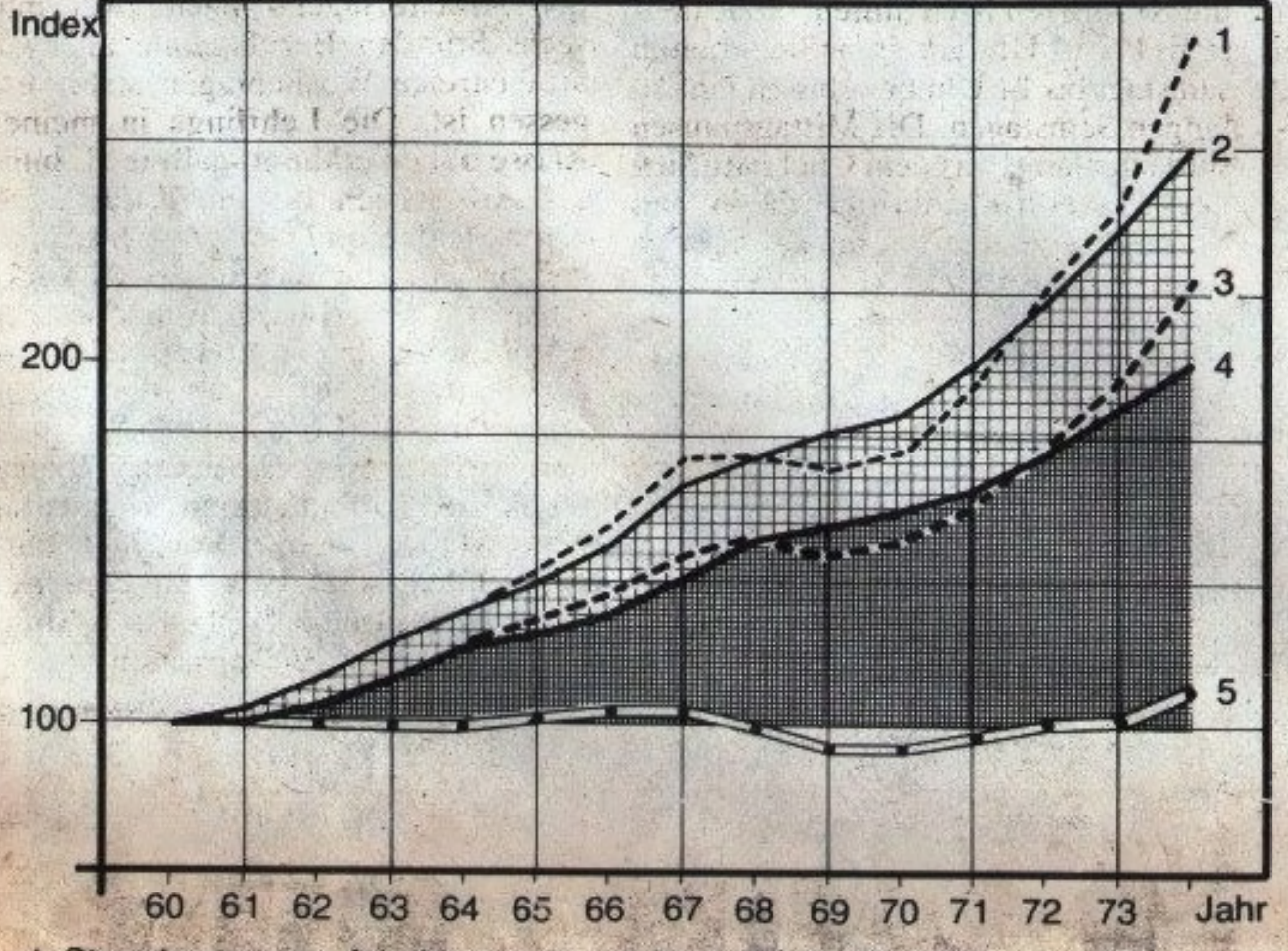
Mit dem Stromverbrauch pro Beschäftigtem und pro Arbeiterstunde steigen die Kosten der Kapitalisten, die sie für Strom aufbringen müssen, damit ihnen die Arbeiter den gewünschten Profit produzieren können.

Es ist den Kapitalisten lange Zeit gelungen, die Strompreise pro Kilowattstunde niedrig zu halten. Dies ist ihnen vor allem dadurch gelungen, daß zum Aufbau der entsprechenden Kraftwerkanlagen, zu ihrer Entwicklung und Fertigstellung in großem Umfang Gelder eingesetzt worden sind, die den Volksmassen abgenommen worden waren, um sie dann zur Verwirklichung von Energieprogrammen der Bourgeoisie einzusetzen. So mußten die Kapitalisten im Strompreis nie die wirklichen Kosten bezahlen. Dies ist die eine Ursache dafür, daß die Strompreise für die Kapitalisten bis 1974 ziemlich günstig geblieben sind. Die andere Ursache dafür ist, daß die Kraftwerke und der Staat, die den Strom verkaufen, ihr Monopol ausnützen, um mit den Preisen, die sie von den Massen für den Strom nehmen, die Preise niedrig zu halten und zu stützen, die sie den Kapitalisten berechnen. Die Kapitalisten bezahlen „Sondertarife“. Die Entwicklung dieser Sondertarife haben wir im Schaubild aufgeführt. Sie sind von 1960 bis 1974 um 11 Prozent gestiegen. Zwischen 1967 und 1970 sind sie sogar gesenkt worden, um den Kapitalisten die Steigerung der Profitproduktion nach der Krise von 1966/67 zu erleichtern. Die Strompreise für die privaten Haushalte lagen all die Jahre rund 40 Prozent über den Preisen, die die Kapitalisten für den Strom bezahlen mußten. Das wir damit gerechtfertigt, daß die Kapitalisten den Strom in größeren Mengen abnehmen. Das stimmt. Aber grade für den riesigen und ständig wachsenden Strombedarf der Kapitalisten werden die Investitionen für Großkraftwerke, Kernkraftwerke usw. gemacht, die dann im Tarifpreis für die Massen berechnet werden, in den Sondertarifen der Kapitalisten dagegen nicht.

Zwischen 1968 und 1974 ist der Strombedarf der kapitalistischen Industrie von 119 857 Mill. kWh auf 166 294 Mill. kWh, das heißt um 38,7 Prozent gestiegen. Das ist eine enorme Steigerung. Der Strombedarf pro Beschäftigtem ist im gleichen Zeitraum um 32 Prozent gestiegen. Auch das ist beachtlich. Am stärksten ist jedoch der Strombedarf pro Arbeiterstunde mit 51 Prozent gestiegen. Trotz der geringen Preissteigerungen für Industriestrom sind so für die Kapitalisten die Stromkosten pro Beschäftigtem um 46,6 und die Stromkosten pro Arbeiterstunde seit 1968 sogar um 64,3 Prozent gestiegen. Das ist für die Kapitalistenklasse ein mächtiger Stachel, nach „neuen Wegen“ in der Stromversorgung zu suchen.

Hand in Hand mit der Steigerung des Strombedarfs der Kapitalisten ist nicht die „Schaffung von Arbeitsplätzen“ gegangen, vielmehr spiegelt sich in dieser Steigerung die Abschaffung von Arbeitsplätzen wider. Es ist eine der Aufgaben des imperialistischen Energieprogramms mit seinem Nachdruck auf dem raschen und massenhaften Aufbau von Kernkraftwerken, diese unvermeidliche Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise weiter voranzutreiben und für die Kapitalisten möglichst kostengünstig zu halten. Dies ist um so notwendiger, als diese Entwicklung mit dem tendenziellen Fall der Profitrate verbunden ist und die Kapitalistenklasse dieser Tendenz entgegenarbeiten muß, indem sie die Kosten der Maschinerie wie auch der Energie zu senken versucht. Dies entspricht ihrer Sucht nach Höchstprofiten, und sie ist dazu auch gezwungen, wenn sie gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt einen Vorsprung herausholen will. Das will sie unbedingt. Die andere Seite des Kernkraftprogramms ist, daß die Kraftwerke einen entscheidenden Platz unter den Waren einnehmen sollen, mit denen der BRD-Imperialismus seinen Anteil am Weltmarkt halten und steigern will. Helmut Schmidt hat mal von Blaupausenexport gesprochen. Darum handelt es sich zwar nicht, denn damit gibt sich der BRD-Imperialismus nicht zufrieden. Der Schmidt hat an die Kernkraftwerke gedacht. Ihr Export hat neben hohen Profiten den Vorteil, daß über Wartung, Ersatzteil- und andere Folgelieferungen ein beträchtlicher Einfluß auf das Importland gesichert werden kann. Das erklärt, warum die USA, allen voran der neugewählte Präsident Carter, mit wachsendem Nachduck gegen den Kernenergievertrag der BRD mit Brasilien protestieren und warum sich der BRD-Imperialismus mit der gleichen Beharrlichkeit auf diesem Ohr taub stellt.

Das Wesen des Energieprogramms der BRD und darin des Kernkraftprogramms ist sein imperialistischer, gegen die Arbeiterklasse und die Volksmassen wie gegen fremde Völker gerichteter Charakter. Es ist gesetzmäßig, daß die Bourgeoisie dieses Programm ohne Rücksicht auf die Lebensbedingungen der Massen, speziell der Bauern, und mit aller Gewalt durchsetzen will. – (gs)



1 Stromkosten pro Arbeiterstunde (42,34 / 122,31 Pfennig)
2 Stromverbrauch pro Arbeiterstunde (5,8 / 15,1 Kilowattstunden)
3 Stromkosten pro Beschäftigtem (702,99 / 1 568,40 Pfennig)
4 Stromverbrauch pro Beschäftigtem (9 630 / 19 363 Kilowattstunden)
5 Strompreis pro Kilowatt „Sondertarif“ (7,3 / 8,1 Pfennig pro Kilowattstunde)
In Klammern jeweils die Werte 1960 / 1974

Quelle: eigene Berechnungen nach Rolf Krengel, Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der BRD, Berlin; Quelle der Preise: BMWI, Daten zur Entwicklung der Energiewirtschaft in der BRD im Jahre 1975.

„Vertrauen gestorben“

Sehr eindrucksvoll machte der Landesvater von Baden-Württemberg Dr. Hans Filbinger die sinnliche Erfahrung über den politischen Wert der absoluten Mehrheit der CDU in Baden-Württemberg bei den Bundestagswahlen, als er, vom Ergebnis beflügelt, eine Woche nach den Wahlen sich am Kaiserstuhl wieder einführen wollte. Gerade noch konnte die Polizei verhindern, daß ihm von über tausend Kaiserstühlern in Kiechlingsbergen das Fell über die Ohren gezogen wird. Mitten im Gedränge beschimpfte damals Filbinger die Polizei: „Ihr Scheißkerle, könnt mich nicht mal beschützen!“ Für seinen Schutz verantwortlich war der Hauptkommissar des Landkreises Emmendingen, Paul Schonhardt. Gegenwärtig bereitet die Landesregierung den militärischen Überfall in Wyhl vor. Dazu will sie die Polizeiführung Südbadens auswechseln. Neben dem Polizeipräsidenten von Freiburg soll nun auch Schonhardt versetzt werden. Widersprüche im Staatsgefüge wurden aufgerissen. 81 Polizisten unterschrieben eine Erklärung, deren entscheidender Satz lautet: „Am 8.11. verstarb plötzlich und unerwartet unser Vertrauen in unsere geliebte Landesregierung.“ Die SPD spricht von einem landespolitischen Skandal, denn erstens würde durch die Versetzung die gesamte Polizei von Südbaden verunsichert und zweitens seien die Beamten auch noch Sozialdemokraten, und sie organisierte über die Gewerkschaft der Polizei eine Protestkundgebung in Stuttgart. Der Emmendinger Hauptkommissar Schonhardt wird von der „Badischen Zeitung“ als „Garant für eine neutrale und faire Haltung gegenüber den Bürgerinitiativen“ bezeichnet. Bekannt ist, daß vor einem Jahr bei der Stürmung des von der Polizei besetzten Bauplatzes mindestens eine Hundertschaft südbadener Polizei den Einsatz verweigerte. In Emmendingen haben alle bürgerlichen Parteien, CDU, SPD und FDP gemeinsam begonnen, eine Unterschriftensammlung durchzuführen, in der es u.a. heißt: „Das Innenministerium hat bisher keine Gründe für seine Maßnahme genannt. Man ist sich jedoch sicher, daß die Versetzung ebenso wie die beabsichtigte Versetzung des Freiburger Polizeichefs Günther Wöhrle im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um das Kernkraftwerk in Wyhl stehen. Wir, die Unterzeichnenden, fordern Innenminister Karl Schiess auf, diese Entscheidung rückgängig zu machen und Paul Schonhardt auf seinem jetzigen Posten zu belassen. Politische Fehlentscheidungen und Fehleinschätzungen dürfen nicht auf dem Rücken von bürgernahen Polizeibeamten ausgetragen werden!“ Wöhrle und Schonhardt sind nicht scharf genug, schärfere Hunde sollen her!

Die von der Landesregierung vor kurzem vorgelegten Gutachten von ehrwürdigen Professoren, die sich alle für das Kernkraftwerk aussprachen, stießen bei den Kaiserstühler Bauern auf Verachtung. Noch bevor die Fachleute der Freiburger Universität die Gutachten genau studiert hatten, wurden sie von den Kaiserstühler Bauern gewürdigt. Einige Bauern haben Klopapier in die Briefkästen geworfen, auf dem stand: „Gutachten!“ Auch dieser Trick der Landesregierung zog nicht. Der Geist der Offenburger Vereinbarung, auf den sich die Landesregierung und die bürgerlichen Führer der Bürgerinitiativen so gerne berufen, kehrt in seine Himbeerflasche zurück! – (r., Bezirksverband Südbaden)

Deutsche Grammophon:

Unter den Arbeiterinnen ist der Paragraph 218 verhaßt

Die Deutsche Grammophon in Hannover, an der auch der Siemens-Konzern beteiligt ist, beschäftigt hauptsächlich Frauen und beutet ihre billige Arbeitskraft aus. Die Löhne für die Arbeiterinnen liegen im Schnitt gerade bei 900 DM netto. Viele Frauen werden mit Zeitverträgen eingestellt und sind dadurch besonders der Willkür der Kapitalisten unterworfen. Sie arbeiten in Vierstundenschichten, gerade die, die Kinder versorgen müssen. Die Lage, daß die Arbeiterfamilien für ihre Kinder oft niemanden zum Aufpassen haben und gleichzeitig aber die Arbeiterfrauen mitarbeiten müssen für den Unterhalt der Familie, nutzen die Kapitalisten für Extraprofite. Denn bei den Vierstundenschichten können sie die Anlagen 16 Stunden am Tag ohne Pause durchfahren, denn in den vier Stunden haben die Frauen keine richtige Pause. Oft müssen die Frauen auch noch Überstunden machen und sechs Stunden oder acht Stunden arbeiten. Überstundenzuschläge bekommen sie dafür nicht, denn bei allem, was unter acht Stunden ist, zahlen die Kapitalisten die nicht.

Bei ihrer Einstellung müssen die Arbeiterinnen unterschreiben, daß sie entlassen werden, wenn sie schwanger sind. Eine ausländische Arbeiterin hatte einen Zeitvertrag abgeschlossen und dies unterschrieben; übersetzt wurde ihr das nicht. Nach zwei Monaten wurde sie schwanger und wurde sofort entlassen.

Unter solchen Verhältnissen wird für die Arbeiterinnen ein Kind zur Last. Viele haben abgetrieben, und der § 218 ist unter ihnen verhaßt. Eine Arbeiterin berichtete, daß sie selbst abgetrieben hat, als sie als Jungarbeiterin schwanger wurde, und sie keinen Arzt für eine Abtreibung fand. Danach bekam sie immer wieder Fehlgeburten. Die Pille vertrug sie nicht, so hatte sie insgesamt neun Fehlgeburten. Sie wollte sich sterilisieren lassen, was der Arzt ablehnte, weil sie noch zu jung sei. Erst nach der neunten Fehlgeburt nahm er einen Eingriff vor.

Unter ähnlichen Verhältnissen hat eine andere Arbeiterin mit 16 Jahren auch selber abgetrieben, mit Stricknadeln. Sie war damals Jungarbeiterin in der untersten Lohngruppe und lebte noch bei ihren Eltern. Sie traute sich nicht, ihre Schwangerschaft zuzugeben und hat dann selber abgetrieben. Ein Jahr später mußte sie sich einer Totaloperation am Unterleib unterziehen, weil sie einen handtellergroßen Tumor hatte. Beide Arbeiterinnen konnten kein Kind zur Welt bringen, weil sie es als Jungarbeiterinnen nicht hätten ernähren können.

Eine andere Arbeiterin ist alleinstehend und hat ein Kind, das sie in der Woche in Pflege geben muß, während sie arbeitet. Dafür geht fast die Hälfte ihres Lohnes drauf. Als sie jetzt wieder schwanger wurde, gab es für sie keinen anderen Weg als die Abtreibung.

Einig sind wir uns, daß der § 218 fallen muß, und zwar durch Volksentscheid. Als ich von der Pro-Familia-Aktion der 218-Komitees berichtete, bei der das Registrierbuch aus der Spitzelstelle geholt wurde und öffentlich verbrannt wurde, gab es großes Gelächter und eine Kollegin sagte: „Das war richtig, da war mein Name drin. Ich habe nämlich noch im September dort eine legale Abtreibung bekommen. Aber sie sagten mir gleich, ein zweites Mal bekäme ich die nicht. Das ist gut, daß das Buch weg ist, wo sie mich auch registriert hatten.“ – (r., Hannover)

Osnabrück. Das Amtsgericht Osnabrück hat den Genossen Jockel Detjen, Mitglied des Zentralen Komitees des KBW, zu 3 000 DM Geldstrafe verurteilt, weil er presserechtlich verantwortlich zeichnete für eine Ortsbeilage der KVZ, in der die Justiz als eine Hure der herrschenden Klasse bezeichnet wurde, und weil er zusammen mit anderen einen Polizeiüberfall auf ein Agitationszentrum des KBW zur Unterstützung des Kampfes des spanischen Volkes zurückgeschlagen hatte. Einen Tag vor dem letzten Verhandlungstermin hat der Amtsrichter den Genossen Detjen zu fünf Tagen Ordnungshaft mit sofortiger Vollstreckung verurteilt, weil er der bürgerlichen Justiz auch vor Gericht keine Unschuld bescheinigte, sondern die verfolgte Behauptung wiederholte und bewies. Obwohl das Amtsgericht in eine Polizeifestung verwandelt wurde, wurde die Forderung nach Freilassung des Genossen am Amtsgericht angebracht. Am letzten Wochenende fanden Demonstrationen statt in der Innenstadt, vor dem Gefängnis und dem Gericht. Neun spanische Arbeiter haben dagegen protestiert, „daß der deutsche bürgerliche Staat mit Prozessen gegen die Verbindung der Kämpfe der Arbeiter in Westdeutschland und der Volksmassen in Spanien vorgeht.“ Weitere Erklärungen gegen den Prozeß liegen von den Hochschulen vor.

Die Bundesspitzelstelle für Abtreibungen, die „Kommission zur Auswertung der Erfahrungen mit dem reformierten § 218“, soll arbeitsfähig werden. Zu diesem Zweck wurden Ärzte, Krankenhäuser und Beratungsstellen per Gesetz verpflichtet, ihre Daten über Schwangerschaftsabbrüche zur Verfügung zu stellen. Danach müssen Ärzte jetzt ihrer „Anzeigepflicht“ nachkommen und vierteljährlich über jede einzelne Abtreibung ein namentlich gezeichnetes „Zählblatt für Schwangerschaftsabbrüche“ an das Statistische Bundesamt schicken. Das „Zählblatt“ enthält Angaben über Alter der Frau, Familienstand, Wohnsitz, Zahl der Kinder und vorausgegangene Schwangerschaften bzw. Schwangerschaftsabbrüche, Begründung des Abbruchs, Ort des Abbruchs usw. Auf Verletzung dieser „Anzeigepflicht“ wird ein Bußgeld angedroht. Durch diesen Aufwand, der sonst nur noch bei den schlimmsten Seuchen durchgeführt wird, sollen einerseits die Ärzte, die bereit sind, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen, unter Druck gesetzt werden. Vor allem sollen die Ärzte aber als Spitzel des bürgerlichen Staates eingesetzt werden.

Bielefeld. Eine Arbeiterin, Mutter von neun Kindern, ist wegen Vergehen gegen den § 218 angezeigt worden. Ihr wird vorgeworfen, vor zwei Jahren in Holland abgetrieben zu haben. In einem zweieinhalbstündigen Polizeiverhör wurde ihr unter dem Hinweis, daß mit der Reform des § 218 Straffreiheit bestehe, wenn sie aussagen würde, ein Geständnis abgepreßt. Nach dem Verhör wurde ihr dann mitgeteilt, daß die Akte der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Einige Zeit später erschien die Kriminalpolizei bei der

ter erschien die Kriminalpolizei bei der

Familie, um die Arbeiterin und ihren Mann zu einem weiteren Verhör zu laden. Sie sollten Angaben über alle sonstigen Beteiligten machen. Als die Arbeiterin dies verweigerte, wurde ihr mit richterlicher Vorladung und Haftbefehl gedroht. Trotzdem sind sie nicht zu dem Verhör gegangen. Das Komitee gegen den § 218 in Bielefeld organisiert den Kampf gegen diesen Prozeß mit dem Ziel, daß er nicht stattfindet.

Mannheim. Die Professoren Dr. med. F. Stoll, Direktor der Frauenklinik Mannheim, und Dr. med. S. Sievers, Oberarzt an der gleichen Frauenklinik, haben in der Zeitschrift „Fortschritte der Medizin“ einen Vorschlag gemacht, wie der § 218 zur Unterdrückung und Schikane an den Krankenhäusern eingesetzt werden soll.

Zur „Notlagenindikation“ äußern sie sich folgendermaßen: „Angesichts der vielfältigen Hilfsangebote durch Behörden und zahlreiche Institutionen muß an die soziale Indikation zum Schwangerschaftsabbruch ein äußerst strenger Maßstab angelegt werden, um die angebotenen Hilfen nicht zu desavouieren. Diese Hilfen müssen ausgeschöpft werden.“ Zur Veranschaulichung haben sie ein stichpunktartiges Gutachten aus ihrer Praxis angeführt:

„15 jähr. Mädchen aus kinderreicher Familie. Begründung (für den Abbruch): Noch kein Ausbildungsplatz, hohe finanzielle Belastung der Familie, mangelnde Reife. Psychiatrisches Gutachten: Kein Intelligenz-Defekt, nicht depressiv.

Entscheidung (der beiden Professoren): Keine Interruptio. Mit Hilfe der Sozialinstanzen zunächst Unterbringung in einem Heim für werdende Mütter, später Förderung durch das Jugendamt.“

Der § 218 gibt solchen Lumpen wie diesen Professoren den Weg frei für jede erdenkliche Schikane, die damit entsprechend Karriere machen wie Dr. Sievers, der darüber seine Habilitation schreibt.

Aschendorf (Emsland). 1 000 Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten kamen am Samstag zu einer Großveranstaltung der Bürgerinitiativen gegen die geplante Atommüllwiederaufbereitungsanlage im nur wenige Kilometer entfernten Wippingen. Der geplante Standort Wippingen wird jetzt bewacht, ein Alarmsystem wurde geschaffen. Der Bohrtrupp der KEWA, die die Wiederaufbereitungsanlage bauen will, hält sich gegenwärtig in Holland auf und wird von den dortigen Bürgerinitiativen bewacht. Es wird überlegt, die Grenze abzusperren, wenn der Bohrtrupp sich in Bewegung setzt.

Stuttgart. 400 Studenten der Fachhochschule für Bibliothekswesen in Stuttgart haben in einer Resolution auf ihrer Vollversammlung festgelegt, während der Aktionstage einen Warnstreik durchzuführen zur „Vorbereitung des notwendigen großen Kampfes für die Durchsetzung der Forderung nach 100 Mark mehr für alle BAFÖG-abhängigen Studenten und 1 500 Mark Elternfreibetrag, beides rückwirkend ab Oktober 76".

Bremen. Der VDS-Vorstand hatte alle ASten nach Bremen eingeladen zu einer Projektbereichskonferenz „Soziales". Vorstandsmitglied Möhlich hatte kurzfristig seine Teilnahme abgesagt. Statt des „Erfahrungsaustausches" über die Postkartenaktion wurde im weiteren diskutiert, wie die Studentenmassen sich durchsetzen können im Kampf gegen das BAFöG. Die Reformisten und Revisionisten sahen sich genötigt, die Konferenz abzubrechen, indem zwei Drittel ihrer Fraktion sich zu „Fraktionsgesprächen" zurückzogen. Weitgehend unter sich, verabschiedeten sie dann eine „Abschlußresolution", die sich unter anderem für die Forderung nach 600 DM BAFöG-Höchstsatz und 1 200 DM Elternfreibetrag als „Konkretisierung der Gewerkschaftsforderung" ausspricht.

Kommunismus und Klassenkampf Nr. 7 / November 1976

BAFöG: Gesetz zur Zwangseintreibung von Lohn und zur imperialistischen Unterdrückung der Studentenmassen

Technische Universität München, Fachbereich Maschinenbau. Die Fachbereichs-Vollversammlung, die von 400 Studenten besucht wurde, hat mit 350 : 50 Stimmen beschlossen, die Forderungen nach 100 DM BAFöG und 1 500 DM Elternfreibetrag zu untrstützen. Sie haben die Einberufung einer außerordentlichen VDS-Mitgliederversammlung gefordert, auf der Streik bis zur Durchsetzung der Forderungen beschlossen werden soll.

Gleichzeitig haben sie beschlossen, die Urabstimmung einzuleiten über die Bestreikung einer Mathematik-Vorlesung, die einen obligatorischen „Pflichtschein" für alle Studenten bedeutet und von den BAFöG-Empfängern nachgewiesen sein muß, wenn sie nach dem dritten Semester nicht das Geld gestrichen bekommen wollen. Die Vorlesung gilt als außerordentlich stumpfsinnig Daher soll sie als Pflichtveranstaltung wegfallen.

Göttingen. Um eine Abschlagszahlung von monatlich mindestens 200 Mark durchzusetzen für die, die einen Antrag auf BAFöG gestellt haben und bisher ohne einen Pfennig dasitzen, sind 40 Göttinger Studenten am 18.11. in das BAFöG-Amt gezogen. Als die verantwortlichen Herren vom BAFöG-Amt sich weigerten, wurde das Amt besetzt und die beiden in einem Büroraum eingeschlossen. 90 Studenten beteiligten sich daran. Die Besetzung konnte am 18.11. nicht
Die Besetzung konnte am 18.11. nicht
aufrechterhalten werden. Gegen die herbeigerufene Polizei mußten die Studenten für diesen Tag den geordneten Rückzug antreten. Auf einer Versammlung im Anschluß sprachen sich 140 Studenten für weitere Schritte zu einer Besetzung aus, um die Abschlagszahlung durchzusetzen.

Osnabrück. Die Vollversammlung der Fachhochschulstudenten mit etwa 500 Teilnehmern hat am 19.11. einen dreitägigen Streik während der VDS-Aktionstage beschlossen gegen die Unterdrükkung durch die Studien- und Prüfungsbedingungen. Die Vertreter des von den Reformisten gestellten AStA traten gegen den Streik auf, „weil die Studenten noch nicht so weit sind". Die Vollversammlung forderte AStA und VDS auf, die Postkartenaktion abzubrechen, weil sie dem Kampf schaden wird.

Bremen. Die Kunststudenten an der Universität haben Streik für mehr Lehrbeauftragte und Bereitstellung zusätzlicher Mittel beschlossen. Der Streik ist vorläufig auf eine Woche begrenzt. Die Mathematikstudenten haben gestreikt, um einen Professor zur Rücknahme verstärkter Leistungsanforderungen zu zwingen. Der mußte die Forderungen der Studenten erfüllen.

Braunschweig. Die fünfte Woche steht der Mensa-Boykott. Viele Fachschaften und Institutsgruppen haben beschlossen, die Notmensa zu organisieren. Die Landesregierung sieht sich gezwungen, Verhandlungen anzubieten. Nachdem der Geschäftsführer des Studentenwerks in Hannover neue Anweisungen erhalten hat, erklärte die „Braunschweiger Zeitung": „Erreichbar erscheint unter Umständen sogar die Zurücknahme des Vorstandsbeschlusses und Reduzierung des Stammessenspreises auf 1,60 DM." – Klar ist, daß nicht verhandelt wird. Die Forderungen der Studenten sidn eindeutig: Keine Preiserhöhung und Zuschüsse durch das Land für besseres Essen!

Die Studenten gehen daran, in ganz Niedersachsen eine Kampffront für ihre Forderungen aufzubauen. Delegationen berichten an anderen Hochschulen über den Kampf in Braunschweig. In Hannover und Göttingen werden diese Woche ebenfalls Aktionen vorbereitet.

Westberlin:

Streikbewegung an der FU

Am vergangenen Donnerstag gab der scheidende FU-Präsident R. Kreibich seine letzte Pressekonferenz. Er geht mit einem Ruhegehalt von 6000 DM im Monat. Die Zeitungen erschienen mit der Überschrift: „Die FU ist keine linke Universität mehr."

Die „Berliner Morgenpost" mußte bereits drei Tage später widerrufen: „Die Unruhe weitet sich aus." An 7 Fachbereichen mit zusammen über 9000 Studenten (von 31688) wird in der kommenden Woche und während der Aktionstage gestreikt werden.

Die Germanistikstudenten streiken bereits in der zweiten Woche. Sie fordern die sofortige Wiedereinstellung eines Dozenten, der aufgrund des Radikalenerlasses gefeuert wurde, sowie die Einstellung aller Disziplinar- und Ermittlungsverfahren.

Die gleiche Forderung erheben die Studenten der Psychologie, Soziologie, Ökonomie, Wirtschaftspädagogik und Geschichte. An allen diesen Fachbereichen wird zur Zeit eine Urabstimmung für Streik durchgeführt.

Zusätzlich fordern die Ökonomiestudenten die Rücknahme der Prüfungsverschärfungen, die Geschichtsstudenten streiken unter Forderungen nach Rücknahme des Ordnungsrechts und des neuen Studienplans, der Verschärfungen vorsieht, so daß man in der Prüfung Detailkenntnisse über 2500 Jahre Geschichte nachweisen muß. Die Soziologiestudenten fordern bessere Räume. Sie müssen Seminare abhalten in Räumen, wo jeder 0,9 Kubikmeter Luft zum Atmen hat und nur jeder zweite einen Sitzplatz. Die Architektur-Studenten streikten vom 10. bis 16.11. für die Forderungen nach Rücktritt des Prüfungsobmannes Musso, nach Prüfungsrecht für Assistenten, nach freier Prüfer- und Themenwahl und keiner Einschränkung des Gruppendiploms. Nach einer Woche wurden alle Forderungen von den Architektur-Studenten durchgesetzt.

Die Germanistikstudenten streiken in der zweiten Woche. Es hat keine Lehrveranstaltung stattgefunden, die Räume wurden verrammelt, Streikbrecher kommen nicht durch.

Der Fachbereichsvorsitzende am Fachbereich Geschichte hat einen Brief an alle Dozenten verschickt. Darin werden sie angewiesen, „Störer zu identifizieren", Ordnungsverfahren und Strafanzeigen zu stellen.

Seine Einschätzung der Lage lautet: „Man wird schwerlich noch annehmen dürfen, daß es sich bei uns um bloße Profilierungsversuche der KHG handelt; wir haben es vielmehr anscheinend mit einem großangelegten Versuch der kommunistischen und anarchistischen Gruppen zu tun, der 'Konsolidierungspolitik' des politischen Senats eine Niederlage zu bereiten."

Was den Professor Nolte bis aufs Mark erschreckt hat, war, daß die Studenten der Geschichte es nicht mehr hingenommen haben, mit Anwesenheitslisten bespitzelt und mit der Heraufsetzung der Studienanforderungen schikaniert zu werden. Die Anwesenheitslisten wurden vernichtet. Die Seminarvorschläge und Literaturlisten der Professoren zurückgewiesen. Zwei Seminare wurden deshalb gesprengt.

All das ist weder ein Profilierungsversuch der Kommunisten, noch gar eine Verschwörung. Es ist die Rebellion der Studentenmassen gegen Schikane und Unterdrückung an den Hochschulen. Der Professor schreit verzweifelt nach Relegation und Polizeiknüppel. Die Studenten haben den Streik beschlossen, gegen die „Konsolidierungspolitik".

Am Fachbereich Germanistik hat am Sonntag eine geheime Dozentenversammlung stattgefunden. Unter Vorsitz des Universitätspräsidenten und des Wissenschaftssenators. Diese Herren pflegen sonst am Sonntag nicht zu „arbeiten". Senator Löffler unterbreitete den Dozenten einen Vorschlag zur Zerschlagung des Streiks. Unter Berufung auf Gespräche mit dem Innenminister Maihofer und dem neuen Präsidenten Lämmert, der als „Liberaler" und Mann der Integration gekürt wurde, schlug er vor, ab Dienstag in „gewaltfreier Aktion ein demokratisches Zeichen zu setzen". Dazu hat er einen Brief an alle Studenten verschickt, die Dozenten werden aufgefordert, zusammen mit den Streikbrechern die Barrikaden abzuräumen. „Ein Polizeieinsatz wäre zu riskant." Das ist der vorläufige Schlußpunkt der bisherigen Streikbruch- und Spaltungsmanöver. Die versammelten Professoren schätzten die Lage pessimistisch ein. „Wir werden nur Hohn und Spott ernten, aber wir können unsere Ehre retten", hieß es.

Die Polizei zu holen, trauen sie sich nicht angesichts der einheitlichen Streikfront, die sich in den 2 Wochen ausgeweitet hat.

Die Spaltungsmanöver der Revisionisten von ADS und SEW haben auch nicht verfangen, sie ließen nichts unversucht, um die Studenten zur Öffnung der Seminarräume zu bewegen. Jetzt wird auf die Integrationskraft der „linken" Dozenten gesetzt. Sie sollen „politische Diskussionen" zulassen und dafür die Barrikaden räumen. Sie können sich dabei vor allem auf die Opportunisten stützen, allen voran auf den Studentenverband der Gruppe Rote Fahne (KPD). Diese nämlich laufen umher und propagieren das Bündnis mit „Demokraten", worunter sie z.B. den FU-Präsidenten Lämmert ebenso verstehen, wie den neuen Berliner Justizsenator Baumann.

An diese imperialistischen Politiker mit liberalem Mäntelchen sollen die Studenten ihren Streik verkaufen; wenn das nicht klappt, hat der FU-Präsident bereits mit Polizeiknüppel und Scheinverweigerung gedroht.

Die Studentenbewegung werden sie so kaum einfangen. Sie erkennt ihre Kraft. Die Opportunisten und Revisionisten isolieren sich zunehmend mit ihren Manövern. Immer deutlicher wird, daß die gesamten Ausbildungsverhältnisse bekämpft werden müssen. Von der Entlassung fortschrittlicher und revolutionärer Dozenten über die Prüfungsschikanen und „Leistungs"kontrollen bis zur BAFöG-Zahlung. – (w.c., Kommunistische Hochschulgruppe Westberlin)



Am Freitag, 19.11., demonstrierten 1000 Heidelberger Studenten erneut in der Stadt. Sie unterstützen den Kampf der Germanistik-Studenten gegen die Klausuren und Ordnungsverfahren. Am gleichen Tag hatten 90 Germanistik-Studenten die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Die Studenten haben damit der Absicht der Reaktion, durch wilde Unterdrückung den Streik zu zerstören, zunichte gemacht. 17 Relegationsverfahren hatte der Rektor gegen Mitglieder des Boykottausschusses eingeleitet. Mehrere Studenten wurden auf offener Straße am Freitag festgenommen und 13 Stunden in Beugehaft gehalten.
Der Streik hat die Unterstützung der großen Zahl der besitzlosen Studenten der Universität. Die Medizinstudenten haben ihren Boykott der Lehrveranstaltungen zur Beseitigung einer neu eingeführten Abschlußklausur in der vierten Woche trotz mehrere Mannschaftswagen Polizei erfolgreich weitergeführt.

Praktisches Jahr

Einstimmig für Boykott und Streik

Aachen. Auf der Vollversammlung der Medizinstudenten am 18.11. wurde einstimmig beschlossen: Boykott des Praktischen Jahres und Streik aller Medizinstudenten im Sommersemester 1977 zur Durchsetzung der VDS-Forderungen nach Ausbildungs- und Tarifvertrag, nach politischen und gewerkschaftlichen Rechten am Krankenhaus und Existenzlohn von derzeit 700 DM. Die Medizinstudenten haben üble Erfahrungen mit diesem Praktischen Jahr.

15 Studenten haben am 1.10.76 erstmalig das Praktische Jahr angetreten. Von einer Ausbildung in Verbindung von Theorie und Praxis, womit das Praktische Jahr einst angepriesen wurde, haben sie bisher nichts gemerkt. Außer einer Lehrvisite auf einer Abteilung ist keine einzige Lehrveranstaltung für die PJ-ler extra eingerichtet worden. Nicht einmal ein Arbeitsplatz zum Studium steht für jeden Studenten zur Verfügung. Sie wurden behandelt wie Medizinalassistenten, nur daß die 1 200 DM Bezahlung, die die Medizinalassistenten noch erhalten, entfällte. Keinen Pfennig bekommen die PJ-ler für ihre Arbeit. Nicht einmal Kittel werden gestellt.

Stattdessen bekommen die Studenten ein Testatheft, wo sie sich die Anwesenheit bescheinigen lassen müssen. In der „Inneren" hat die Ärztebesprechung um 8 Uhr die Funktion der peinlichsten Anwesenheitskontrolle. Wer zu spät kommt, wird vom Professor angeschissen. 46 Stunden-Woche haben die PJ-ler in der „Inneren". Erst sollten die Studenten 14-tägig Nachtdienst machen. Da gab's Protest. Jetzt müssen sie einmal im Monat Nachtdienst machen, der dann zwischen Weihnachten und Neujahr als Freizeit abgegolten wird. Hintenherum erfahren die Studenten, daß man sie für aufsässig, nicht **arbeits**willig, rot usw. hält, weil sie auf **Ausbildung** bestehen. Professor Meyer dazu: „Sie haben lange genug Zeit gehabt, Theorie zu lernen, jetzt wird's Zeit für die Praxis." Auf der Vollversammlung wurde die Fachschaft einstimmig beauftragt, auf der nächsten VDS-Fachtagung Medizin für bundesweiten Boykott und Streik einzutreten. – (c, Kommunistische Hochschulinitiative Aachen / Red.)

Die **Landesfachschaftskonferenz Medizin Baden-Württemberg** hat auf ihrer Sitzung am 19.11. eine Resolution verabschiedet, in der die zur Durchsetzung der VDS-Forderungen zum Praktischen Jahr nötigen Schritte festgelegt werden: Die nächste VDS-Fachtagung soll beschließen, „zu Beginn des Sommersemesters bundesweit eine Urabstimmung über unbefristeten Streik der Medizinstudenten und der Absolventen des Praktischen Jahrs ab Anfang Sommersemester durchzuführen. Die VDS-Aktionstage sollen für die Stärkung der Front für diese Forderungen genützt werden."

Von der Landesregierung wird die Bereitstellung ausreichender Plätze für das Praktische Jahr verlangt. „Die Landesfachschaftskonferenz fordert das Einspruchsrecht gegen die Zuteilung der PJ-Plätze." Eine landesweite Aktionswoche findet auf Beschluß der Konferenz vom 13. bis 17.12.1976 statt.

„Zu berücksichtigen ist, wie schnell der Arbeiter ermüdet"

Mannheim. In der Fachzeitschrift „Fördern und Heben 13/1976", die an den Fachhochschulen benutzt wird, befaßt sich ein Ingenieur Stuhr mit hydrostatischen Antrieben für Gabelstapler. Aber natürlich nicht einfach so, sondern unter einem bestimmten Blickwinkel, wie er selbst schreibt: „Wichtig ist der erzielte Nutzen." Zu den „Aufwänden" zählt der „Lohnkosten", Energie usw. Am Schluß erscheint dann noch der Mensch. Zitat: „Weiterhin ist zu berücksichtigen, wie anstrengend das Bedienen für den Staplerfahrer ist, wie rasch er ermüdet. Es ist nachgewiesen worden, daß ein Stapler, für den höhere Anschaffungskosten erforderlich sind, sehr viel wirtschaftlicher sein kann als ein billiger Stapler, sofern die Umschlagleistung höher ist."

Allein unter diesem Blickwinkel spielt der Mensch eine Rolle, wie man noch mehr aus ihm rausholen kann und den „Aufwand" so gering wie möglich halten kann. In der Praxis sieht das folgendermaßen aus:

Bei der Firma Bopp & Reuther in Mannheim werden solche Gabelstapler in der Gießerei eingesetzt. Diese Gabelstapler werden im Akkord gefahren. Die Gießpfannen werden an den Kupolofen mit flüssigem Eisen gefüllt, vom Gabelstapler zu dem Band mit den Formen gefahren, wo die Gießpfanne an eine Laufkatze gehängt wird und die Arbeiter dann jeweils die Formen mit dem Rohstahl füllen. Am Ende des Bandes hängen die Gabelstaplerfahrer die Pfannen aus und rasen zu dem Kupolofen zurück, um sie dort erneut einfüllen zu lassen. Vor einiger Zeit blieb so ein Gabelstapler an einem Pfosten mit einem Rad hängen. Die Pfanne kippt um und spritzte flüssigen Stahl und Schlacke in den Rükken von zwei Arbeitern. Einer war tot, der andere schwer verletzt.

Das Streben nach immer mehr Gewinn hat die Bopp & Reuther-Kapitalisten veranlaßt, Akkordarbeit einzuführen, weil sich bei der Akkordarbeit mehr aus den Arbeitern herausholen läßt. Daß die verstärkte Antreiberei dann ihre Folgen hat, zeigt der geschilderte Unfall klar.

Hätte der Staplerfahrer genügend Zeit gehabt, so hätte er langsamer fahren können und hätte sich besser auf die Fahrtstrecke konzentrieren können. So heißt es denn sehr treffend in den Betrieben: Akkord ist Mord.

Die Überlegungen des Diplom-Ingenieurs Stuhr in der Zeitschrift „Fördern und Heben" gehen zum Schluß dahinaus, mit geeigneten Steuerungsmitteln die unterschiedlichen Geschwindigkeiten bei voller Fahrt und bei der eigentlichen Staplerarbeit reibungslos ineinander übergehen zu lassen, um so eine höhere Umschlagsleistung zu erzielen. Erhöhung der Arbeitshetze ist hierbei die Folge und Erhöhung des Profits für den Kapitalisten. Der Staplerfahrer selbst, der bei der Berechnung der Wirtschaftlichkeit als „Aufwand" eingeht (obwohl er eigentlich derjenige ist, der arbeitet und damit Werte herstellt) wird dabei vollends zum Anhängsel der Maschine.

Zu solchen „Ingenieurleistungen" sollen wir an der Fachhochschule für Technik ausgebildet werden und nicht, wie uns Dozenten weismachen wollen, zur Fortentwicklung der Technik zum Wohle des Menschen. – (s. Fachhochschule Mannheim)

Neue Waffen für die Marine der Imperialisten

Gegenwärtig ist die imperialistische Bourgeoisie dabei, die Marine zu modernisieren und auszubauen. Sie bereitet sich damit auf den Krieg vor. Dabei muß sie zweigleisig fahren. Als erstes muß sie sich vor anderen angreifenden Imperialisten schützen, zum anderen muß sie selbst Waffen schaffen, mit denen sie auch den entferntest gelegenen Feind angreifen kann.

Die Marine soll ausgestattet werden mit dem neu entwickelten MRCA/Tornado-Flugzeug (Stückpreis komplett mit allem Zubehör ca. 48,31 Millionen DM) als Ersatz für 3 Staffeln Marinejagdbomber und eine Staffel Aufklärer, die bisher mit dem inzwischen veralteten F-104-G-Starfighter ausgerüstet sind. Die MRCA/Tornado-Flugzeuge sind schneller, haben eine bessere Bewaffnung, können mehr Bomben tragen, können auch bei schlechtem Wetter fliegen und haben eine bessere Radaranlage, um Feinde schneller zu finden und Raketen sicher steuern zu können.

Die Minenabwehr wird modernisiert. Die Bourgeoisie befürchtet, daß bei einem Krieg ihre Häfen und die Küsten vermint werden und so die Schiffahrt lahmgelegt werden könne. Aus diesem Grund werden zehn Minensuchboote der Lindauklasse zu Minenjagdbooten umgebaut. Ein Minenjagdboot kann andere Such- und Zerstörersysteme schneller finden und unschädlich machen, ein Minenjagdboot ersetzt im günstigsten Fall 3 Minensuchboote. Außerdem soll Ende der siebziger Jahre das Minenabwehrsystem „Troika" beschafft werden. Dieses Abwehrsystem besteht aus selbstfahrenden, ferngesteuerten Booten (ohne Besatzung), die von einem Leitschiff gesteuert werden und schnell Minenfelder räumen können. Ein Leitschiff kann mehrere kleine Boote gleichzeitig fernsteuern. Obwohl die Bourgeoisie behauptet, daß die Seeminenräumung nur Schutz für ihre eigenen Gewässer bieten soll, ist doch klar, daß gerade das neue „Troika-System" schnell auf Transportschiffe geladen werden kann, um den halben Erdball verschifft wird, um andere Küsten zu entminen, um die Landung eigener Kriegsschiffe zu sichern.

Die veralteten Schnellboote der Klasse 142 sollen durch neuere ersetzt werden. Hier ist man sich noch nicht ganz einig, ob man die verbesserte Schnellbootklasse 143 (genannt 143 a) weiter ausbaut oder ob man die Tragflächenschnellboote der Firma Boeing (Klasse 162) anschafft. Alles spricht eigentlich für die Klasse 162. Sie sind schneller, seetüchtiger (können deshalb auch weiter rausfahren, z.B. auf dem Atlantik) und können auch während des Einsatzes auf dem Meer nachgetankt werden, haben deswegen eine sehr große Reichweite. Bewaffnet sind diese Boote mit den neuesten Lenkwaffen, die, sind sie einmal abgeschossen, ihr Ziel selbständig suchen.

Die Marineflieger sollen das neue Flugzeug S-3 A Viking erhalten. Dieses Flugzeug ist vorteilhaft gegenüber dem jetzt im Einsatz befindlichen Flugzeug „Breguet Atlantic", weil es neben U-Bootjagd und weiträumiger Seeüberwachung zusätzlich zur Bekämpfung von Schiffen geeignet ist. Dazu wird das Flugzeug mit Seezielraketen ausgerüstet, was die alten Flugzeuge nicht haben.

Neben diesen Programmen hat die Bourgeoisie noch ihr Hauptprogramm im Feuer. Sechs neue Fregatten vom Typ 122. Zwei Werftgruppen sind bereits als Definiteure ausgewählt worden und mit jeweils 11 Millionen DM ausgestattet worden. Die erste Werftgruppe besteht aus Blohm & Voss (Hamburg), Thyssen Nordseewerke (Emden) und AG Weser (Bremen), die zweite Werftgruppe besteht aus Bremer Vulkan sowie Howaldtswerke Deutsche Werft (Hamburg und Kiel). Im Sommer 1977 soll ein Generalunternehmen bestimmt werden und im zweiten Quartal 1981 soll die erste Fregatte fertig sein.

Bereits die Auswahl des Antriebes zeigt recht deutlich, wozu diese Fregatten benutzt werden sollen. Angetrieben werden die Schiffe mit einem sogenannten CODOG-System (Combined Diesel or Gasturbine). Die holländische Marine hat bereits Fregatten des Typs 122 im Bau. Sie wählte aber als Marschantrieb zwei Rolls-Royce-Gasturbinen, die westdeutschen Imperialisten wollen zwei MTU-Diesel einbauen, weil sie einen geringeren spezifischen Kraftstoffverbrauch haben. Ebenso bei dem Hauptantrieb: die Holländer werden 2 Rolls-Royce TM 3 B Olympus Triebwerke einbauen, die westdeutsche Marine will 2 General Electric LM 2500 Triebwerke einbauen, die einen niedrigeren Kraftstoffverbrauch haben, aber um 2 Millionen DM teurer sind. Klar ist, daß die Imperialisten nicht „Energie sparen" wollen, sondern sie wissen, daß bei geringerem Kraftstoffverbrauch die Reichweite der Schiffe bedeutend größer ist. Sie können deshalb mit ihren Schiffen bis zur Kap-Route fahren und dort einen Krieg vom Zaun brechen oder sich in einen Krieg einmischen. – (ac, Westberlin)

(Alle Angaben aus Ausgaben der Zeitschrift „Wehrtechnik")

Übung der britischen und US-Imperialisten

„Spearpoint" (Speerspitze)

Anfang November führten britische, amerikanische, dänische und deutsche Soldaten das Manöver „Spearpoint" (Speerspitze) durch. An dem Manöver waren 18000 Soldaten beteiligt, darunter 2800 US-Soldaten, 14700 Briten und 500 Dänen. Der NATO-Stab ging davon aus, daß Panzertruppen der Sowjetunion am Nordrand der deutschen Mittelgebirge vorstoßen, um die massierten Truppen in der Lüneburger Heide zu umgehen, das Industriegebiet um Hannover, Wolfsburg, Braunschweig und Salzgitter weitgehend ungestört zu erringen und eine günstige Ausgangsposition für den weiteren Vormarsch zur Nordsee und zum Ruhrgebiet zu erlangen.

Die britischen Truppen stellten bei diesem Manöver den Hauptteil der angreifenden (orange) und verteidigenden (blau) Truppen. Britische Truppen stellten die blaue Partei. Sie errichteten bei Baddeckenstedt (westlich von Salzgitter) den 1. Sperriegel. In jedem Ort wurden Minensperren gelegt, dazu oft S-Draht gespannt. Zusätzlich wurden auf den teilweise schon bestellten Feldern einige tausend Minenatrappen verlegt. In den Wäldern fuhren Panzer in Stellung, dazu wurden Kampfstände gebaut. Die Orange-Truppen standen unter der Führung der 4. britischen Division aus Herfort. Sie wurden verstärkt durch US-Truppen aus Bad Kreuznach und eine dänische Einheit. Am Anfang gingen die Orange-Truppen südlich von Wolfenbüttel in Stellung und versuchten, den Sperriegel zu durchbrechen. Nach mehreren gescheiterten Angriffen gelang der Durchbruch am 3. Angriffstag.

Die drei Tage hatten die blauen Truppen genutzt, 35 km westlich (an der Leine) einen 2. Sperriegel zu errichten, an dem der Angriff endgültig zum Stillstand gebracht werden sollte. Den Orange-Truppen gelang es zwar, den 2. Sperriegel zu brechen, sie wurden aber wieder zurückgeworfen.

Die Aufgabe der blauen Truppen war, am 1. Sperriegel den Angriff aufzufangen und am 2. Sperriegel endgültig zu stoppen und zum Gegenangriff überzugehen. „Der Einsatz der Pioniere ist mit eine der Hauptaufgben bei diesem Manöver, ohne Minenfelder geht es diesmal nicht. Es müssen wiederholt Brücken über die Leine geschlagen werden." (Salzgitter Zeitung vom 1.11.76)

Die 4. britische Division hatte die besondere Aufgabe, den Angriff zu üben. Die schnelle Überwindung von Minensperren und Flüssen bei Luftangriffen wurde geprobt, um im Ernstfall zügig zum Gegenangriff überzugehen.

Dies Manöver hat gezeigt, daß die Besatzertruppen schnell große Truppenverbände verlegen können. Die Panzereinheiten wurden z.B. mit Tiefladern in die Aufstellungsräume befördert und dort fortlaufend abgeladen. Sie waren sofort kampfbereit. Der zeitraubende Transport mit der Bahn entfällt. Das Abladen kann auf jeder Straße erfolgen.

Im ganzen Manövergebiet kam es zu zahlreichen Unfällen zwischen Manöverfahrzeugen und Zivilfahrzeugen. Auf der Bundesstraße 73 bei Hamel stieß ein PKW mit einem Panzer zusammen, eine siebzigjährige Frau starb, der Fahrer und seine Frau wurden schwer verletzt. Auf der Bundesstraße 248 bei Hohenrode stießen 2 LKWs der 6. Brigade der Rheinarmee zusammen, ein Fahrer wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Die Bauern können ein Lied von den Manöverschäden singen. „Die angerichteten Schäden sind umfangreicher als sie sich optisch darstellen. (. . .) Das ist durch das Überfahren der Felder in schräger Richtung oder quer zur Drillsaat geschehen. Durch diese Spuren können die Mähdrescher später nicht zum Einsatz kommen, und es müssen die Furchen wieder zugepflügt werden. Dabei können Wintergerste und Roggen nicht mehr nachgesäht werden. So bleiben auf den bestellten Feldern bleibende Schäden." (Salzgitter Zeitung vom 6.11.76)

Systematisch wurde die Unterdrükkung des Volkes geprobt. Ganze Ortschaften wurden besetzt, so wurde z.B. Bensdorf bei Elze im Dorfeingang mit Panzerfäusten und Maschinengewehren gegen wartende Autofahrer gesperrt. Im Dorf wurden Gefechte geführt, mit Volldampf rauschten die Panzer durch den Ort. In Eime wurde den US-Imperialisten ein automatischer Karabiner mit 20 Schuß Übungsmunition weggenommen. Als in Röllinghausen alle Höfe besetzt wurden, verschlossen viele Bauern die Hoftore. In Barnte vertrieb ein Bauer einen Panzer vom Hof. – (he., Stadtzelle Salzgitter/Red.)

Niedersachsen
Hannover
Wolfsburg
Braunschweig
Salzgitter
DDR
2.
1.
Sperriegel
Harz

Mit diesem Pflug, „bare mine" genannt, haben die britischen Besatzertruppen im Manöver „Spearpoint" Tausende Übungsminen verlegt. Die Minenattrappen werden über ein Förderband vom Zugpanzer auf den Pflug gelegt. Sie blieben nach dem Manöver im Boden. Die Bauern waren über die Zerstörung der Felder und Wiesen empört.

Sanitätsübung „schnelle Hilfe"

Die Situation als Verwundeter

Im Oktober nahmen wir im Kompanierahmen an der Übung „schnelle Hilfe" als „Darstellungspersonal" teil. D.h. wir stellten Verletzte und Verwundete dar (besonders Brandwunden). Mit anderen Ausbildungskompanien stellten ca. 1000 Soldaten diese Darstellungspersonen.

Jeder Soldat war mit einer Krankenkarte (teils mit Bild) versehen, was über seine Verletzung Auskunft gab.

Ein Teil unserer Kompanie wurde in Panzer gepackt, die übungsmäßig einem Fliegerangriff zum Opfer fielen und aus denen die Soldaten dann von Sanitätern als Verwundete geborgen werden mußten.

Der größere Teil der Kompanie kam sofort ins Feldlazarett bzw. auf den Divisionsverbandplatz mit seiner Krankenkarte um den Hals.

Zur Übung wurde uns folgendes mitgeteilt: „Die Sanitätsversorgung kurzfristig anfallender Verwundeter" (Hauptmann Rieke) solle überprüft werden; das Funktionieren des Transports verletzter Soldaten von der Front in die Lazarette. Dazu wurde extra in Gießen ein Sonderzug der Bundesbahn bereitgestellt mit sogenannten „Silberfischen". Das sind Leichtmetallzugwagen für Verwundetentransporte per Bahn, die zur Zeit auch als normale Transportwaggons benutzt werden.

Weiterhin sollen die Ärzte überprüft werden; jede Verletzung ist zweimal dabei an verschiedenen Stellen der Übung. Ansonsten bekamen wir befohlen, gegenüber niemandem etwas über diese Übung zu erzählen. Der MAD ginge selbst als „Spion" um, um uns zu überprüfen.

Ich selbst war im Feldlazarett Daden in Westwalt zuletzt untergebracht. Die dort diensttuenden Pfleger waren entweder Reservisten (einer erzählte von seiner Grundausbildung 1962) oder San.-Feldwebel, Unteroffizier usw.

Im allgemeinen kann nach meiner eigenen und der anderen Soldaten Erfahrung in der Übung gesagt werden, daß die Situation als verwundeter Soldat äußerst beschissen ist. Teils wurden Soldaten mit Bauchverletzungen sitzend mehrere Stunden im Krankenwagen transportiert, so daß sie bei der Ankunft im Feldlazarett bzw. Krankenhaus gleich die rote Karte bekamen, d.h. „neutralisiert" wurden, als Tote aus der Übung ausschieden.

Mehrere Soldaten waren über einen oder zwei Tage kaum oder sogar unversorgt ins Lazarett eingeliefert worden.

Das Darstellungspersonal muß sich je nach Verletzung entsprechend echte Gipsverbände, Schienen, Deso-Verbände anlegen lassen, was nicht gerade angenehm ist. Zu essen bekamen wir eine Tasse Eintopf am Mittag, ansonsten eine Packung EPa (Übungsverpflegung). – (h., Marburg)

Jeder einfache Soldat haftet mit seinem Sold und mit seiner Freizeit für das Gerät, das seiner Obhut übergeben wurde. Ob es sich dabei einfach um ein Gewehr und eine Uniform handelt, einen Jeep oder Lastwagen, einen Panzer oder gar Gerät und Bewaffnung eines ganzen Mörserzuges, das spielt dabei keine Rolle. Wenn Gerät beschädigt wird, verlorengeht oder sonstwie verschwindet (was sich bei der Rumhetzerei im Gelände alles gleich hat), dann muß der jeweils dafür verantwortliche Soldat Meldung machen oder eine Verlustmeldung schreiben. Nach einer oftmals kleinlichen Untersuchung durch die Kompanieführung entscheidet dann der Kompaniechef, ob der Soldat zahlen muß, wegen „Nachlässigkeit" bestraft wird oder ihm – wenn er Glück hat – gar nichts passiert.

Welcher Soldat hat nicht Angst davor, von seinen mickrigen 165 bzw. 210 DM Sold noch einen Teil für eine fehlende Taschenlampe, ein kaputtgegangenes Funkgerät oder einen verlorengegangenen Mündungsfeuerdämpfer berappen zu müssen. Dementsprechend kommt es täglich zu häßlichen Auseinandersetzungen zwischen Soldaten wegen solchen Geräts. Der Gefreite, der als Gehilfe auf der Schirrmeisterei eingeteilt ist, bekommt Krach mit einem Gefreiten, der Kraftfahrer ist, weil der letztere bei einem Nachteinsatz eine Taschenlampe zerdäppert hat und jetzt jeder der beiden befürchtet, er muß die Lampe ersetzen. Sicherlich reibt sich die Generalität über solcherlei Vorgänge entzückt die Hände, denn sie schlägt damit zwei Fliegen mit einer Klappe: Zum einen wird dadurch eine tiefe Spaltung in die Mannschaften hineingetragen, zum anderen kann sie bei ihren Aufrüstungsanstrengungen immer mal wieder Finanzen aus der Tasche der Soldaten selbst beziehen.

Jedoch die Soldaten durchschauen zunehmend die Absicht der Armeeführung und beginnen, sich – wenn auch auf wenig organisierte Weise – zu wehren, indem sie den Krach untereinander vermeiden und zusammen versuchen, den „Schaden" zu vertuschen. Es wird notwendig sein, den organisierten Widerstand gegen das spalterische Prinzip der persönlichen Haftung der Soldaten für Gerät aufzubauen. – (Jäger A., Hammelburg)

Technisches Hilfswerk probt Einsatz. Das Technische Hilfswerk und der zivile Bevölkerungsschutz sind paramilitärische Einheiten, die sich die Bourgeoisie bei Massenkämpfen für ganz besondere Aufgaben bereit hält.

Während der Kämpfe in Brokdorf, wo die Polizeieinheiten aus dem gesamten norddeutschen Raum zusammengezogen worden waren , übten die gesamten paramilitärischen Einheiten des Landes Bremen den „Ernstfall".

Technisches Hilfswerk, Ziviler Bevölkerungsschutz, Feuerwehren und das Rote Kreuz lagen Sonnabend außerhalb der Städte auf Abruf in Alarmbereitschaft. Geprobt wurde die Schnelligkeit der Einsatzbereitschaft und die Mobilität der Einheiten sowie die Zusammenarbeit untereinander.

„Werkschutzleitung in Kernkraftwerken! Interessante Chance für Z-12-Feldjäger", lautet die Überschrift einer Anzeige der „Werkschutz GmbH", Frankfurt, in der Zeitschrift „Die Bundeswehr".

Zu den „Klienten" gehörten hauptsächlich „Spitzenunternehmen, die an unser Wissen und Können hohe Anforderungen stellen", heißt es in der Anzeige. „Unsere marktdominante Stellung verdanken wir den wegweisenden Sicherheitskonzeptionen, die wir für unsere Kunden realisieren." Und: „Die ständig steigende Nachfrage nach unseren Leistungen erfordert den gezielten Ausbau unseres Führungsteams." Die „umfassende Ausbildung zum Werkschutzleiter" wird Portepee-Dienstgraden der Feldjägertruppe geboten. Die Feldjäger sind als Spezialtruppe für Schikane und Unterdrückung der Soldaten auch außerhalb der Dienstzeit da und dienen der Bourgeoisie als Spezialeinheit dazu, Rebellion und Zersetzung ihrer Armee zu bekämpfen. Ausgesuchte Exemplare dieser Armeepolizisten wollen die Bourgeois anwerben für diese Aufgabe bei der Durchsetzung des imperialistischen Energieprogramms. An den Kämpfen der Volksmassen gegen dies Programm wie in Wyhl und Brokdorf sieht man, warum sie das nötig hat und warum es ihr nichts nutzen wird.

„Im Verteidigungsministerium wird weiter an einer Reservistenkonzeption gearbeitet", erklärte der Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium auf dem Bundesinformationstag des Reservistenverbandes. Das Konzept solle es den Streitkräften ermöglichen, bereits in Spannungszeiten ihre Kampfkraft voll zu entfalten, sagte er. Gedacht sei an den Aufbau einer Organisation von 700 000 Reservisten. Zweierlei sollen diese Reservisten bewerkstelligen: zum einen Reserve zu sein bei der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes („Einsatz in Spannungszeiten") als auch Reserve für den imperialistischen Krieg, und hierbei vor allem für die „Sicherung rückwärtiger Räume", wie sich der Vorsitzende des Reservistenverbandes äußerte. Also für die Sicherung gegen den bewaffneten Aufstand. Die Bourgeoisie bereitet die Reserve für den Einsatz vor. Offensichtlich sieht sie den Tag der allgemeinen Mobilmachung gar nicht so weit entfernt.

Griechenland. Nach Schätzungen griechischer Zeitungen haben 500 000 bis eine Million Griechen zum Jahrestag des Volksaufstands von 1973 gegen die Militärjunta, der mit Panzern niedergeschlagen wurde, demonstriert. Die Demonstration wurde gegen das Verbot der Regierung Karamanlis durchgeführt, die erklärt hatte, sie werde es auf eine „Machtprobe" ankommen lassen. Bereits im Jahre 1975 hatten Hunderttausende demonstriert und dabei die amerikanische Botschaft in Brand gesteckt.

Die Demonstration richtete sich in der Hauptsache gegen die weitere Anwesenheit der NATO in Griechenland und gegen die Pläne der Karamanlis-Regierung, ein neues Militär- und Stützpunktabkommen mit den US-Imperialisten abzuschließen. Es wurde ein „freies, demokratisches und unabhängiges Griechenland" gefordert.

Großbritannien. Die britischen Automobilarbeiter wehren sich entschlossen dagegen, für die verschärfte Konkurrenz der Automobilkapitalisten ihre Arbeitskraft zu ruinieren. Am 16. November legten 2 000 Ford-Arbeiter in Hailwood die Arbeit nieder aus Solidarität mit 24 entlassenen Kollegen, die von den Ford-Kapitalisten wegen „verlängerter Frühstückspause" zur Abschreckung für alle Arbeiter gekündigt wurden. Die Ford-Kapitalisten sehen darin „bewußte Versuche der Arbeiter, die Produktion zu verlangsamen".

Sowjetunion. Wegen des Futtermangels aufgrund der Rückschläge der landwirtschaftlichen Produktion im letzten Jahr mußten Schweine und Hühner in großem Umfang abgeschlachtet werden. Der Schweinebestand ist um 22 Prozent zurückgegangen. Die Kühe wurden durchgehungert, was zu schweren Mängeln in der Versorgung der Volksmassen mit Milch und Molkereiprodukten führte. Ebenso kamen 20 Prozent weniger Pflanzenfette und 8 Prozent weniger Konserven zum Verkauf. Brot und Brötchen wurden verkleinert. Anstelle von Fleisch mußten die russischen Arbeiter Wurst essen, deren Produktion erheblich gesteigert wurde, da dies eine fast vollständige Verwertung der Tierkörper und die Beimischung von Füllmitteln erlaubt. Schließlich wurde in den Werkskantinen und Restaurants ein regelmäßiger wöchentlicher „Fischtag" eingeführt. Den gesteigerten Bedarf an Fisch deckten die Sozialimperialisten durch die weitere Ausdehnung der skrupellos betriebenen Raubfischerei auf den Weltmeeren und in den Küstengewässern vieler Länder mit modernen Fabrikschiffen, die in kurzer Zeit ganze Fischgründe leerfischen können.

Der Sozialimperialismus unterwirft die Arbeiter, Bauern und Werktätigen der Sowjetunion größtem Elend, weil die Restauration des Kapitalismus die Landwirtschaft ruiniert hat und das akkumulierte Kapital zu einem großen Teil in die Rüstung gesteckt wird. (Angaben nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.76)

Raubfischerei auf den Weltmeeren und in den Küstengewässern vieler Länder mit modernen Fabrikschiffen, die in kurzer Zeit ganze Fischgründe leerfischen können.

Der Sozialimperialismus unterwirft die Arbeiter, Bauern und Werktätigen der Sowjetunion größtem Elend, weil die Restauration des Kapitalismus die Landwirtschaft ruiniert hat und das akkumulierte Kapital zu einem großen Teil in die Rüstung gesteckt wird. (Angaben nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.11.76)

DDR. „‚Hier eröffnet Konditormeister Wolter demnächst eine Bäckerei', steht auf einem Zettel, der an der Schaufensterscheibe eines Landes in einer Kreisstadt der DDR klebt. (...) Und aus Magdeburg wird gemeldet, der einstige ‚DDR-Modekönig' Bormann, dessen Firma vor drei Jahren in ‚Volkseigentum' überging, wolle wieder von vorn anfangen." (Mannheimer Morgen, 18.11.)

Die Neugründungen erfolgen entsprechend dem neuen SED-Parteiprogramm, das die Förderung des privaten Handwerks und der Kleinindustrie ausdrücklich vorsieht.

Mit Genugtuung stellt die bürgerliche Presse in der BRD fest, „daß es also auch in der DDR ohne Privatinitiative nicht geht" (Mannheimer Morgen).

Tatsächlich ist die Reprivatisierung der zuvor in Genossenschaften zusammengefaßten Handwerksbetriebe nur eine logische Konsequenz der Restauration des Kapitalismus in der DDR, der zunehmend neben das staatsmonopolistische Kapital wieder das kleine Privatkapital stellt und dadurch die Ausbeutung von Lohnarbeit durch Kapital auf alle Gebiete der gesellschaftlichen Produktion ausdehnt.

Österreich. Im Januar soll in Österreich ein neues Wehrgesetz in Kraft treten. „Klassenkampf", das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs, nennt als entscheidende Punkte: „Maßnahmen zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit des Bundesheeres, insbesondere bei Mobilmachung, Maßnahmen zur Verbesserung der Kaderpersonallage, insbesondere die Einführung der Zwangsverpflichtung, sowie eine tiefgreifende Veränderung des Stellungssystems, die bereits die Stellungspflichtigen einer straffen militärischen Zucht und Ordnung ausliefern soll."

Die Dauer des „Beurlaubtenstandes in der Reserve" wird von drei auf sechs Monate erhöht, d.h. in dieser Zeit sind ehemalige Soldaten auf Anordnung des Verteidigungsministers jederzeit einziehbar. Die Möglichkeiten der Einziehung zu Reserveübungen wird bis zum 40. Lebensjahr erweitert und die Zeit dieser Übungen soll verlängert werden. Neue Bestrafungen werden auch festgesetzt für das Nichtbefolgen der Stellungspflicht (d.h. das Erscheinen zu einem Wehrtauglichkeitstest).

Revisionisten spalten spanische Arbeiterkommissionen

Kampf für die Gewerkschaftseinheit ist die Antwort

Die spanische Arbeiterklasse hat in einem Kampf von 40 Jahren gegen die faschistische Unterdrückung ihre Einheit geschmiedet. Ihr organisatorischer Ausdruck ist die Bewegung der CCOO (Comisiones Obreras).

Oligarchie und Imperialismus suchten mit dem faschistischen System die Arbeiterbewegung auszurotten. Noch heute erinnert sich der faschistische Führer Giron: „Wir sind gekommen, um den Klassenkampf abzuschaffen!" Es gelang der Oligarchie, die alten gewerkschaftlichen Organisationen – die sozialistische UGT und die anarchistische CNT – die eine große Bedeutung gehabt hatten, nach dem Sieg Francos mit einer brutalen Repression zu vernichten. 36 Jahre lang waren sie verschwunden. Der Widerstand verschwindet aber nicht. Die industrielle Entwicklung, die am Ende der fünfziger Jahre einsetzte, verschärfte die Ausbeutung durch die Oligarchie und den US-Imperialismus, aber sammelte auch Tausende und Abertausende Arbeiter in den modernen Fabriken. Anfang der sechziger Jahre fangen die Arbeiter an, die Fesseln der faschistischen Zwangsgewerkschaften zu sprengen und sich selbst zu organisieren. Sie tun es einheitlich durch die Arbeiterkommissionen, die in vielen Betrieben während Tarifkämpfen entstehen und sich nach und nach über das Land ausdehnen und befestigen. Es entstehen Koordinationsstellen auf Branchen- und Ortsebene. Eine Koordinationsstelle des ganzen Staates wird aufgebaut. Die CCOO sind offen für alle Arbeiter, unabhängig von ihren politischen Auffassungen oder Militanz. Sie sind demokratisch. Sie haben verstanden, einheitlich den Kampf der Arbeiterklasse in Tausenden Betrieben zu leiten. Versammlungsverbot – aber in Spanien versammeln sich die Belegschaften, um über Kampf und Verhandlungsmaßnahmen zu entscheiden, um Delegierte zu wählen. Streikverbot – aber in Spanien wird viel mehr gestreikt als in Ländern Europas, wo ein bißchen Streiken legal ist. Klassenkampfverbot – aber in Spanien verbindet sich der politische Kampf mit dem ökonomischen Kampf. Aus dem Streik eines Betriebes entwickelt sich der Generalstreik, in einer Stadt, einem Bezirk oder einer Region. Der Faschismus steht vor dem Bankrott. Die Oligarchie und der Imperialismus müssen ihre Taktik ändern. Die Arbeiterbewegung kann nicht mehr verboten werden. Es müssen jetzt bürgerliche Ansätze in sie hineingetragen werden, um sie zu schwächen und in eine Reform zu kanalisieren, die für die herrschende Klasse annehmbar ist. Das erste, was Oligarchie und Imperialismus versuchen, ist, die Einheit der Arbeiterbewegung zu spalten. Dafür verwenden sie zwei Methoden. Erstens: außerhalb der CCOO Schaffung von verschiedenen Gewerkschaftszentralen. Die UGT und die CNT, die zwei alten Leichen, wurden wieder ins Leben gerufen, ohne irgendeine Massenbasis. Die UGT gab noch Anfang 1976 ihre Mitgliederzahl offiziell mit 7 000 an. Sie rechnen aber mit materieller und propagandistischer Unterstützung des Bürgertums. Die UGT insbesondere rechnet mit der massiven Unterstützung aller sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Westdeutschlands, Englands und Skandinaviens. Das erste Lebenszeichen dieser Spaltungselemente ist ein heftiger Angriff auf jeden Versuch der CCOO, die Einheit der Arbeiterbewegung zu stärken. Bei dieser Spaltungsarbeit spielen Reformisten die Hauptrolle, gefolgt von Anarchisten, aber auch von Faschisten. Zweitens innerhalb der CCOO: Dort haben die Revisionisten, Verfechter der Linie der PCE, wichtige Funktionen und heute noch einen bedeutenden Einfluß. Zum Teil, weil sie die Tradition der Kommunistischen Partei, die große Achtung bei den Massen hatte, für sich beanspruchen. Zum Teil, weil sie gegen den heutigen Faschismus noch im Widerspruch stehen.

Über den volksdemokratischen Charakter der gegenwärtigen Etappe der Revolution in Spanien
Brief des ZK der ORT an das ZK der MCE vom April 1975
In: Kommunismus und Klassenkampf Heft Nr. 5/1976

Die Revisionisten benutzen seit gut vier Monaten diesen Einfluß, um die Kämpfe zu drosseln und zu sabotieren: Motor Iberica, Michelin, Poststreiks usw. Sie versuchen aber auch die Arbeiterkommissionen in eine Richtungsgewerkschaft zu verwandeln, die nur einen Teil der Arbeiterklasse umfaßt. Mit bürokratischen Mitteln bei Umgehung der Betriebsversammlung versuchen sie „ihre" Gewerkschaft zu organisieren und bereiten einen Gründungskongreß für die nächsten Monate vor. Noch vor Jahren erklärte Marcelino Camacho, der bekannteste revisionistische Führer der CCOO, „die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung käme einem halben Selbstmord der Arbeiterbewegung gleich". Heute sind die revisionistischen Führer dabei, genau diese Spaltung zu betreiben und zu vertiefen. Diese Spaltungsversuche von außen und von innen sind aber nur die eine Seite. Die andere Seite, die Seite der Einheit, hat eine mächtige Entwicklung, denn heute sind nicht allein die fortschrittlichsten Arbeiter zu organisieren. Heute sind die breitesten Massen aktiv in den Kampf einbezogen und reifen die Bedingungen für die Einheitsorganisation, die die ganze Klasse umfaßt, die Einheitsgewerkschaft. Der Teil der Arbeiterklasse, der von den Kommunisten geführt wird, hat diese Aufgabe in Angriff genommen. Vertreter der CCOO schlagen in den Betriebsversammlungen die sofortige Bildung einer Gewerkschaft mit Widerstandskasse, Forderungsplattform, Betriebszeitung usw. vor. Auf Branchen- und Regionalebene wird diese Aufbauarbeit fortgesetzt. So entsteht in Spanien die Einheitsgewerkschaft „neuen Typs", weil es eine Gewerkschaft ist, die sich auf die Versammlung aller Arbeiter, Mitglieder der CCOO oder nicht, stützt. Spaltung oder Einheit – darüber geht heute der Kampf zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie. Die letzten Nachrichten, die eintreffen, zeigen, daß große Betriebe und ganze Regionen sich für die Einheitsgewerkschaft entscheiden. Vertreter der proletarischen Richtung der CCOO werden in den nächsten Tagen in Westdeutschland sein und auf mehreren Versammlungen sprechen. – (n., ORT, Organisación Revolucionaria de Trabajadores)

Veranstaltungen mit Vertretern der spanischen Arbeiterkommissionen

Ab Freitag dieser Woche besucht eine Delegation, bestehend aus einem Mitglied des Sekretariats der Asamblea Popular von Navarra, Mitgliedern der Arbeiterkommissionen von Madrid und Barcelona sowie der Coordinacion General (Zentrale Versammlung der spanischen Arbeiterkommissionen) die Bundesrepublik. Der KBW führt Versammlungen am Montag, den 29. November, in Bremen; Dienstag, den 30. November in Köln; Mittwoch, den 1. Dezember, in Frankfurt, und Donnerstag, den 2. Dezember, in Mannheim durch. Freitag, den 26. November, spricht die Delegation auf einer Veranstaltung der Evangelischen Studentengemeinde in Essen, Freitag und Samstag, den 3. und 4. Dezember, auf Veranstaltungen von Spanien-Initiativen in Hamburg und Kiel.

Rasche Verschärfung der Klassenwidersprüche in Portugal

Die Volksmassen und die Wirtschaft Portugals werden von der Krise der imperialistischen Weltwirtschaft fortlaufend härter getroffen. Die Teuerung hat offiziell 18 %, in der wirklichen Lebenshaltung der Massen weit höhere Raten erreicht. Schon 1975 waren 300000 Lohnabhängige arbei-

„Revolutionsregierung" ausging.
Trotz solcher ausdrücklichen Garantien ging der Kapitalexport nach Portugal seit dem Sturz des Caetano-Regimes drastisch zurück und hat auch 1976 nicht die Höhe früherer Jahre erreicht.
Warum das so ist, kann man in den

gesetzt sind, sondern im Gegenteil durch die Arbeiter bekämpft werden.
Neuer Aufschwung der Massenbewegung
Keine Rede davon, daß es der Reaktion gelungen wäre, die Massenbewegung niederzuschlagen. Im Gegenteil

einer nationalen Wirtschaft, sind sich alle diese Parteien einig. So war die „am stärksten diskutierte These" auf dem Parteitag der revisionistischen PCP die Behauptung, daß sich „ein großer Teil unserer Wirtschaft nicht mehr unter einem kapitalistischen Regime (befindet), sondern in einer Si-

Rasche Verschärfung der Klassenwidersprüche in Portugal

Die Volksmassen und die Wirtschaft Portugals werden von der Krise der imperialistischen Weltwirtschaft fortlaufend härter getroffen. Die Teuerung hat offiziell 18 %, in der wirklichen Lebenshaltung der Massen weit höhere Raten erreicht. Schon 1975 waren 300000 Lohnabhängige arbeitslos, zusätzlich zu Hunderttausenden, die in den imperialistischen Ländern ihre Arbeitskraft verkaufen müssen. Massenentlassungen durch Rationalisierung in den Industriebetrieben verbinden sich mit dem weiteren Ruin der Landwirtschaft, der Kleinindustrie und des Handwerks. Unter dem Druck der imperialistischen Monopole, die den Markt beherrschen, kann sich die nationale Wirtschaft Portugals kaum entwickeln. So sind große Importe notwendig. In diesem Jahr mußte Portugal sogar Reis in den USA einkaufen (Blick durch die Wirtschaft, 23. März 1976) Immer drückender wird die Verschuldung des portugiesischen Staates. Gegenwärtig wird über neue Kredite in Höhe von mehreren hundert Millionen Dollar mit den US-Finanzkapitalisten verhandelt.

Die Regierung Soares geht jetzt daran, das Land noch weiter an die Imperialisten auszuverkaufen. Auf dem Parteitag der „Sozialistischen Partei Portugals" Anfang November hat Ministerpräsident Soares offen „eine Förderung des privaten Sektors sowie politische Anreize für ausländisch Investitionen" angekündigt. (Neue Zürcher Zeitung, 2.11.76)

Unterdrückung der Arbeiter als „politischer Anreiz" für die Imperialisten

Keine der 6 „Revolutionsregierungen" nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes am 25. April 1974 hat die Ausbeuterrechte der imperialistischen Konzerne und ihrer Niederlassungen in Portugal anzugreifen gewagt. Durch einen „Kodex für ausländische Investitionen", den die Azevedo-Regierung im April 1976 erließ, wurden die Rechte der Imperialisten, Kapital nach Portugal zu exportieren, im Verhältnis zur alten Gesetzgebung des faschistischen Regimes noch „liberaler" gefaßt. Der freie Transfer der Gewinne wurde ausdrücklich garantiert, in Höhe von 12 % jährlich, in den Exportindustrien bis 20 %. Man sieht, von welchen märchenhaften Profiten der ausländischen Monopole diese „Revolutionsregierung" ausging.

Trotz solcher ausdrücklichen Garantien ging der Kapitalexport nach Portugal seit dem Sturz des Caetano-Regimes drastisch zurück und hat auch 1976 nicht die Höhe früherer Jahre erreicht.

Warum das so ist, kann man in den „Nachrichten für Außenhandel" vom 7.5.76 nachlesen, die vom Bundeswirtschaftsministerium zur Information der BRD-Kapitalisten herausgegeben werden. Dort heißt es (unter Berufung auf eine portugiesische Zeitung): „... es sei trotz der Erleichterungen, die man jetzt den ausländischen Investitionen einräume, sehr wahrscheinlich, daß die Investitionen die Höhe der früheren Jahre nicht wieder erreichen werde. Zur Begründung führt das Blatt die Lohnerhöhungen, die nach der Revolution eingetreten sind, und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte an."

Damit ist klar, was präzise unter den „politischen Anreizen" zu verstehen ist, von denen Soares sprach. Es geht um die völlige Niederwerfung der demokratischen und antiimperialistischen Bewegung der portugiesischen Volksmassen und besonders der Arbeiterbewegung als ihrem führenden Kern.

Für diesen umfassenden Angriff hat sich die Regierung Soares systematisch die notwendige gesetzliche Handhabe geschaffen: so hat sie das Streikrecht weitgehend eingeschränkt, hat die Rechte der Arbeiterkommissionen in den Betrieben angegriffen, politische Versammlungen während der Arbeitszeit verboten; sie hat den Kapitalisten das Recht gegeben, Tarifverträge zu ignorieren und mit einzelnen Arbeitern individuelle Arbeitsverträge abzuschließen oder auch die Tarife „einzufrieren", wenn die Gewinne nicht mehr fließen wie gewohnt; sie führt den Angriff auf die Einheitsgewerkschaft mit dem Ziel der völligen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene weltanschauliche Richtungen; ebenso ist der relative Kündigungsschutz, den die Arbeiter 1975 gegen die Gonçalves-Regierung sich erkämpft haben, ausgehöhlt worden.

Wenn Soares nun erneut den imperialistischen Konzernen „politische Anreize" für Kapitalanlagen bietet, dann deshalb, weil alle diese reaktionären Maßnahmen keineswegs durchgesetzt sind, sondern im Gegenteil durch die Arbeiter bekämpft werden.

Neuer Aufschwung der Massenbewegung

Keine Rede davon, daß es der Reaktion gelungen wäre, die Massenbewegung niederzuschlagen. Im Gegenteil. Die anhaltenden Kämpfe der Arbeiter und Volksmassen geraten in immer bewußteren Gegensatz zur politischen Reaktion. Sie haben gerade in den letzten Wochen an Kraft und Geschlossenheit gewonnen.

5 Wochen lang haben 15000 Bauarbeiter auf Madeira gestreikt für ihre Forderungen nach einheitlichen Tarifverträgen, die beinhalten: drei Lohngruppen mit 6000, 7000 und 8000 Escudos, 13. Monatsgehalt, 30 Tage bezahlten Urlaub. Ein wesentlicher Teil der Forderungen wurde jetzt durchgesetzt. Der Streik wurde ausgesetzt, um über die restlichen Forderungen weiterzuverhandeln. Währenddessen haben zahlreiche andere Abteilungen der Arbeiterklasse Madeiras den Kampf um entsprechende Forderungen aufgenommen.

30000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen befinden sich ebenfalls im Streik. Sie kämpfen um die Anerkennung der bestehenden Tarifverträge durch die Kapitalisten, die sich aufgrund eines Dekrets der Soares-Regierung darüber hinwegsetzen und mit einzelnen Arbeitern individuelle Arbeitsverträge abschließen können. Eine zusätzliche Forderung der Arbeiter ist jetzt die Wiedereinstellung entlassener Funktionäre ihrer Gewerkschaft, die den Streik geleitet haben. Solche Kämpfe finden gegenwärtig im ganzen Land statt.

Die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Revisionisten ist die hauptsächliche Fessel, mit der sie an der vollen, selbständigen Entfaltung ihrer Kraft gehindert wird. Die revisionistische PCP, die gerade ihren Parteitag hatte, rivalisiert heftig mit der Sozialistischen Partei Soares. Diese Rivalität spiegelt die Rivalität zwischen den Imperialisten Westeuropas und der USA einerseits, den Sozialimperialisten andererseits wider, denen diese Parteien verbunden sind und dienen. Im Ziel der Spaltung, Entwaffnung und Niederschlagung der Arbeiterbewegung und des revolutionären Kampfes der Volksmassen Portugals für die Errichtung einer neuen Demokratie, die völlige Unabhängigkeit und den Aufbau einer nationalen Wirtschaft, sind sich alle diese Parteien einig. So war die „am stärksten diskutierte These" auf dem Parteitag der revisionistischen PCP die Behauptung, daß sich „ein großer Teil unserer Wirtschaft nicht mehr unter einem kapitalistischen Regime (befindet), sondern in einer Situation, die selbstverständlich keine sozialistische Ökonomie ist, aber wo auch das Profitgesetz nicht mehr dominierendes Gesetz ist." „Ins Auge springt die Durchführung der demokratischen und nationalen Revolution in Portugal, einer Revolution, die noch im Gange ist, nicht beendet ist, aber tatsächlich schon wesentliche Errungenschaften hat" (ZK-Mitglied A. Santos gegenüber „Stimme der DDR", 9.11.76).

Dies steht den Erfahrungen der Arbeiter und der breiten Volksmassen Portugals vollkommen entgegen. Auf Grundlage der Kämpfe der Arbeiter haben auch die demokratischen Kämpfe anderer Teile des Volkes erneut einen Aufschwung genommen. Gegen die Inhaftierung von Otelo de Carvalho wegen Verletzung des Redeverbots, worunter er steht, fand vor dem Gefängnis von Caxias am 28. Oktober die größte Demonstration seit der konterrevolutionären Militäraktion vom November 1975 statt. Lehrer und Studenten führen einen erbitterten Kampf gegen die politische Säuberung der Schulen und Hochschulen, wo die Faschisten ihre alten Positionen wieder einnehmen, während über 800 fortschrittliche Lehrende entlassen wurden.

Weil es Soares nicht gelingt, den Imperialisten die nötigen „politischen Anreize" zu geben, nämlich die Arbeiter- und Volksbewegung zu spalten und zu zerschlagen, werden auf NATO-Basis jetzt erneut Pläne für einen faschistischen Putsch gesponnen. Das enthüllte der antifaschistische Offizier Salgueiro Maia, der führend am Sturz des faschistischen Caetano-Regimes beteiligt war und jetzt seine militärischen Vorgesetzten in der Öffentlichkeit wegen konkreter Putschvorbereitungen anklagte. (Voz de Povo, 18.11.76)

Gerade diese Putschpläne zeigen, daß die Herrschaft von Kapitalismus und Imperialismus in Portugal keinesfalls fest, sondern äußerst brüchig ist. – (gk)

Reynolds und VAW – Feinde der Völker der Dritten Welt

Über 1 000 Arbeiter und Angestellte arbeiten im Walzwerk von Reynolds und in den Hamburger Aluminium Werken (HAW), die von Reynolds, VAW und den Vereinigten Metallwerken Ranshofen (VMW) kontrolliert werden. Reynolds ist der drittgrößte Aluminiumkonzern der Welt nach Alcan (Kanada) und Alcoa (USA). Die österreichischen VMW sind vergleichsweise unbedeutend. Schon verschiedentlich hat die KVZ über die Kämpfe der Belegschaft des Hamburger Werks gegen Lohnabbau, Entlassungen und Kurzarbeit berichtet. Die Kapitalisten versuchen auch weiterhin, die Belegschaft verstärkt auszupressen, zum Beispiel durch gesteigerte Antreiberei und Überstunden.

Sie tun dies, denn sie wollen wie jeder Kapitalist mehr Profit erzielen als die Konkurrenz: Extraprofite, um ihre Position auf dem Weltmarkt auszubauen. Die können sie nur erzielen, wenn sie das Kilogramm Aluminium billiger herstellen lassen als die Konkurrenz, um es anschließend zum einheitlichen Listenpreis, der gegenwärtig bei 2,75 DM liegt, zu verkaufen. Dieser Trieb führt zur Anwendung von mehr und verbesserter Maschinerie. Der Reynolds-Konzern zum Beispiel hatte 1966 Anlagen und Ausrüstung im Wert von 1,144 Milliarden US-Dollar (alle Zahlen über den Konzern stammen aus dem letzten Geschäftsbericht). 1974 waren es schon 1,998 Milliarden Dollar.

Gleichzeitig ist die Zahl der Beschäftigten um fast 10 Prozent gesunken. Mit der reduzierten Belegschaft konnte zwar der Umsatz mehr als verdoppelt werden, die Kapitalisten mußten aber mehr Kapital als vorher vorschießen, um einen Arbeiter ausbeuten zu können. Da der Trieb nach Extraprofit in der ganzen Branche die Anwendung von mehr Maschinerie hervorgebracht hat, ist dadurch überall die Profitrate (das Verhältnis des Profits zum vorgeschossenen Kapital) allmählich gesunken. Reynolds hat 1966 allein für Ausrüstung und Anlagen pro Arbeiter 26 895 Dollar vorgeschossen, 1974 waren es schon 50 855 Dollar.

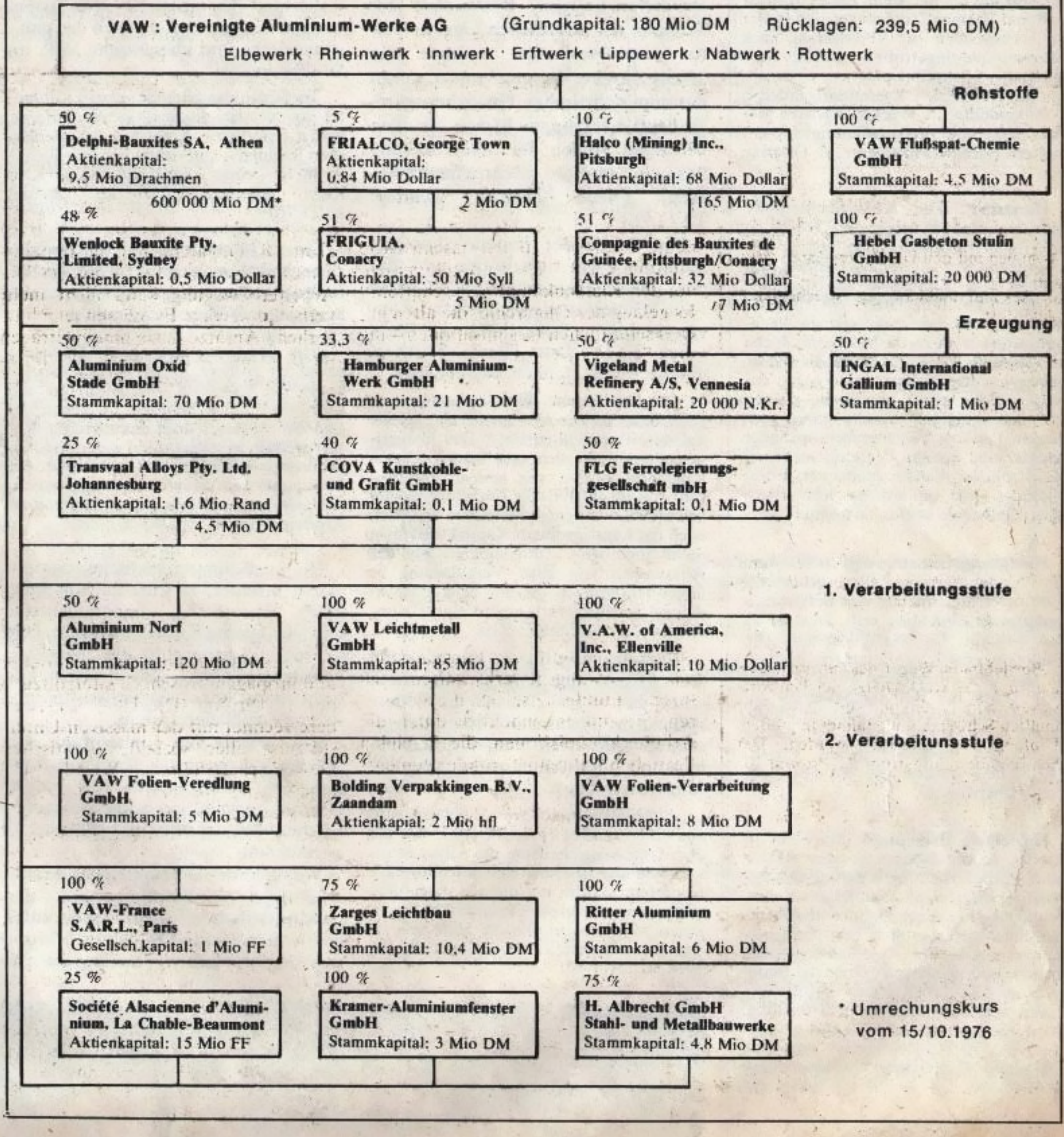
Im Krisenjahr 1975 haben die Aluminiumkapitalisten auf diese Entwicklung mit der Vernichtung ganzer Anlagen reagiert. So wurde zum Beispiel das Walzwerk Hannover von VAW stillgelegt. Die damit verbundenen Entlassungen haben gleichzeitig die Vorschüsse der Kapitalisten in Form von Arbeitslohn erheblich verringert. Allein VAW hat die Belegschaft 1975 um 1 800 Beschäftigte verringert. Die Lohnkosten wurden ebenfalls gesenkt durch Kurzarbeit, wovon bei VAW 55 Prozent der Belegschaft betroffen waren. Dabei wurde die Intensität der Arbeit gesteigert. Man kann das daran sehen, daß die Produktion nur geringfügig zurückging und massiv auf Lager produziert wurde. All dies hat nicht nur dazu geführt, daß die Aluminiumkapitalisten es jetzt wieder für lohnend erachten, die Produktion voll laufen zu lassen. Sie haben auch schon im Krisenjahr 1975 Gewinne verzeichnet, der Reynolds-Konzern zum Beispiel immerhin über 80 Millionen Dollar vor Steuern nach eigenen Angaben.

Jetzt rüsten die Aluminiumkapitalisten für den „Boom“: sie erwarten für 1977 bis 79 eine Angebotsverknappung. VAW baut deshalb in Norf ein neues Kaltwalzwerk mit einer Leistung von 1 650 Meter pro Minute. Reynolds und VAW planen für ihre gemeinsame Aluminiumoxidfabrik in Stade eine Ausweitung der Kapazität von 700 000 Tonnen auf 1,15 Millionen Tonnen.

Ein wesentliches Problem für die Aluminiumkapitalisten ist es, daß mit gesteigertem Umfang der Produktion auch der Umfang der Vorschüsse für die zu verarbeitenden Rohstoffe wächst. Deshalb unternimmt jeder der Alu-Konzerne große Anstrengungen, um sich die billigsten und ergiebigsten Rohstoffquellen auf der Welt zu sichern. (Rohstoff für die Produktion von Aluminium ist Bauxit.)

Der Kampf der Aluminiumkonzerne um Rohstoffquellen ...

Obwohl es Bauxit überall auf der Welt gibt, wird er in nennenswertem Umfang vor allem in der Dritten Welt gefördert in den vom Imperialismus abhängigen Ländern. Das ist billiger. Und dort haben vor allem Alcan, Alcoa und Reynolds ein ganzes Netz von Bauxitgruben errichtet und sich die Welt aufgeteilt. Interessehalber untersuchen wir auch die Investitionen von VAW. Es bietet sich heute folgendes Bild:



Bauxitfördernde Länder	Jahresprod. inTsd.t 1973	1975	Vertretene Konzerne
Australien	17596	20000	An, Aa, VAW
Jamaica	13490	12100	An, R
Guinea	3800	9000	VAW
Surinam	6686	4200	–
Guyana	3621	3050	–
Griechenland	2739	2900	VAW
Dominik. Rep.	1146	1100	Aa
Indonesien	1229	1290	(japanischeKonzerne)
Indien	1285	1100	(Sowjetunion)
Malaysia	1143	1800	–
Brasilien	849	1000	An, R

Länder mit geringerer Jahresproduktion:	
Haiti	R
Ghana	R
Mexiko	R, Aa
Paraguay	R
Venezuela	R
Irland	An
Philippinen	R

Erläuterungen: An – Alcan, Aa – Alcoa, R – Reynolds
Nicht enthalten in der Tabelle sind einige Länder, in denen andere als die genannten Konzerne Bauxit fördern, sowie die USA, die 1975 eine Produktion von nur 1,8 Millionen Tonnen hatten. Enthalten sind auch geplante Investitionen. (Nach: Mining Journal vom Juni 1976)

Besondere Beachtung verdienen Australien, das über 30 % der nachgewiesenen Bauxit-Reserven verfügt, und Jamaica als die momentan größten Förderländer, sowie Guinea und Brasilien. In Guinea hat sich die Fördermenge im Gegensatz zu allen anderen Ländern mehr als verdoppelt, seine Reserven werden auf 8 Milliarden Tonnen geschätzt, das ist gut die Hälfte der nachgewiesenen Weltreserven. Über Brasilien, das ebenfalls über große Vorräte verfügt, schreibt das vornehme Londoner Kapitalistenblatt „Mining Journal“: „Brasilien ist offensichtlich dazu bestimmt, eine der bedeutendsten Bauxitquellen der Welt zu werden.“

Aus der Tabelle gehen auch die unterschiedlichen Einflußsphären der Alukonzerne hervor. Alcan bezieht aus jedem der 3 wichtigsten Förderländer Rohstoff (aus Guinea auch, wahrscheinlich über eine Tochterfirma) und hat sich in Brasilien festgesetzt. Alcoa hatte bisher das Monopol auf die Ausbeutung der Ressourcen in der Dominikanischen Republik und Mexiko und hat große Investitionen in Australien. Reynolds hat kürzlich erst einen Vertrag mit Jamaica abgeschlossen, der ausreichend Bauxit für 40 Jahre bei der gegenwärtigen Kapazität von Reynolds garantiert. In Brasilien ist Reynolds gemeinsam mit Alcan und kleineren Firmen an einem Projekt beteiligt, das bald 8 Millionen Tonnen jährlich fördern soll, fast 10 % der gegenwärtigen Weltproduktion. Ansonsten hat Reynolds seine Gruben auf mehrere nicht so bedeutende Förderländer verteilt. VAW hat sich auf Guinea konzentriert (vgl. Schaubild).

Zwischen den Konzernen tobt ein heftiger Konkurrenzkampf. Einer will dem anderen in der Sicherung günstiger Ressourcen zuvorkommen. Das wird an dem Vertrag zwischen Reynolds und Jamaica besonders deutlich. Dabei war der Preis, den Reynolds zahlen mußte, in den Augen der Kapitalisten bestimmt nicht eben niedrig:
talisten bestimmt nicht eben niedrig:
Abtretungen eines großen Teils der Besitzungen an die Regierung von Jamaica, u.a. 51 % des Kapitals der Bauxitgruben.

... wird bestimmt nicht friedlich enden

Besonders gierig sind die Aluminiumkapitalisten auf stark aluminiumhaltiges Bauxit, wie es z.B. jetzt im Süden Chiles entdeckt wurde. Denn damit sinken die Rohstoffkosten und kann dem Fall der Profitrate wirkungsvoller entgegengetreten werden. Man kann sich vorstellen, daß um diese Vorkommen schon ein heftiges Wettrennen im Gang ist und sich die Konzernvertreter bei der Militärjunta die Klinke in die Hand geben. Und wie froh sie sind, daß sie es geschafft haben, diese Junta in den Sattel zu heben. Sonst wäre jetzt in Chile Schluß mit dem Raubbau an den Rohstoffen.

Um das Bauxit gibt es weltweit eine heftige politische Auseinandersetzung. Fast alle bauxitfördernden Länder haben sich nach dem Vorbild der OPEC in der „Internationalen Bauxit Association“ (IBA) zusammengeschlossen. Die Aluminiumkapitalisten jammern jetzt, daß sie die Vorräte der Dritten Welt nicht mehr für ein Butterbrot und ein Ei ausplündern können. Sie versuchen verzweifelt, diese Entwicklung rückgängig zu machen und die bauxitfördernden Länder zu spalten. Über Brasilien schreibt das „Mining Journal“: „Es ist eines der wenigen bauxitproduzierenden Länder, das sich der IBA nicht anschließen will.“ Dieses Lob für die brasilianische Militärdiktatur läßt ahnen, welche politische Absicht dahintersteckt, wenn demnächst 10 % der Weltproduktion von Bauxit aus dem Amazonasgebiet kommen. Plus Chile, dessen gegenwärtige Regierung der IBA bestimmt nicht beitreten wird.

Über ihre Regierungen versuchen die Alukonzerne, in den Ländern der Dritten Welt politische Bedingungen nach ihrem Geschmack zu schaffen oder zu erhalten. Die westdeutschen Imperialisten haben dies in Guinea versucht und sich dabei die Finger verbrannt.

In Guinea gehört Bauxit zu den wenigen Hauptausfuhrgütern. Wie schon erwähnt, hat sich die bundeseigene VAW auf Guinea als Rohstoffquelle konzentriert. Bestimmt nicht zufällig ist Guinea schon seit langem ein
ist Guinea schon seit langem ein
Schwerpunkt auch der westdeutschen „Entwicklungspolitik“. Ihre Militärhilfe für Guinea (in 10 Jahren 70 Millionen DM) galt den BRD-Imperialisten sogar als „Musterbeispiel“. Guineas Berufsarmee wurde von der Bundeswehr maßgeblich mit aufgebaut (vgl. Albrecht, Sommer, Deutsche Waffen für die Dritte Welt, Reinbek 1972).

Seit 1967 jedoch strebte Guinea verstärkt nach Unabhängigkeit. 3 Jahre später sah man Bundeswehrsoldaten und ein westdeutsches „christliches Jugenddorf“ in eine Offiziersverschwörung gegen den Präsidenten Sekou Touré verwickelt. Anlaß war, daß Sekou Touré die Berufsarmee durch eine Volksmiliz nach chinesischem Vorbild ersetzen und damit der Kontrolle der Bundeswehr entziehen wollte. Einige afrikanische Offiziere, die dagegen meuterten, wurden entlassen und später hingerichtet. Im Herbst 1970 erfolgte vom Meer her ein bis heute noch nicht völlig aufgeklärter Invasionsversuch. Mit deutschen Waffen und unter Beteiligung deutscher Söldner. Die immer noch unter Kontrolle der Bundeswehr stehende Luftwaffe regte keine Hand zur Bekämpfung der Eindringlinge. Daraufhin wurden die Deutschen ausgewiesen und die diplomatischen Beziehungen zur BRD abgebrochen. (Alle Informationen nach Albrecht/Sommer)

Solche militärischen Einmischungsversuche sind die logische Konsequenz des Kampfes der Imperialisten um die Rohstoffquellen. Sie werden auch nicht davor zurückschrecken, sich gegenseitig militärisch zu bekämpfen und einen Dritten Weltkrieg auszulösen. Die Aluminiumindustriellen haben im letzten Weltkrieg sogar das Geschäft ihres Lebens gemacht. Haben sie doch Millionen Tonnen Aluminium für den Bau von Bombenflugzeugen und Kriegsschiffen geliefert. Dr. Baumann, ein leitender Angestellter von Reynolds, hat berichtet, Reynolds sei überhaupt erst durch den Krieg zu einem Konzern von Weltrang geworden.

Aber die Imperialisten treffen bei ihrer Jagd um den Erdball auf immer stärkeren Widerstand. Scheitern werden schließlich auch die russischen Sozialimperialisten, die für eine Aluminiumoxidanlage in Indien 3 Milliarden Rubel investieren wollen, um nicht nur die dortigen Bauxitvorräte auszubeuten, sondern gleich dazu die von der Ghandi-Diktatur unterdrückten Arbeiter. Diese sollen nämlich auch das Aluminiumoxid herstellen, das dann verschifft und von der Muttergesellschaft weiterverarbeitet wird, eine Methode, die auch von den westlichen Alukonzernen zunehmend praktiziert wird.

Genausowenig wie die Völker der Dritten Welt es zulassen, daß die Profitrate der Imperialisten auf ihre Kosten erhöht wird, lassen dies die Arbeiter in den imperialistischen Ländern zu. 2 Monate lang haben im letzten Sommer die Arbeiter von Alcan für eine Lohnerhöhung gestreikt. Als die VAW-Manager die Tarife der HAW-Kollegen nicht anerkennen wollten, haben die Kollegen mit Erfolg gestreikt. Es ist ganz unvermeidlich, daß diese Kämpfe sich verstärken. Das Ziel dieser Kämpfe ist der Sturz der Imperialisten. Die internationale Arbeiterklasse und die Völker der Dritten Welt haben dazu die Kraft und die Fähigkeit. – (c., Hamburg)

Zimbabwe-Solidaritätsaktionen

Bremen. Kleider- und Gerätesammlung für die ZANU. Beim KBW-Bezirksverband Bremen/Unterweser sind bisher an Sachspenden zur Verschiffung nach Mozambique eingetroffen: zirka 220 Sack Kleidung, 5 Schreibmaschinen, 7 Fotoapparate, 2 Radios, 1 Kassettenrecorder, 6 Armbanduhren, 1 Wecker, 4 Kisten Medikamente und Verbandmaterial sowie 3 weitere Sach Medikamente, 3 Gitarren u.a.

Darmstadt. Die KBW-Stadtteilzelle Martinsviertel hat vergangene Woche an drei Tagen eine Kleidersammlung zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe durchgeführt. Hausbesuche, Flugblätter, ein Lichtbildervortrag auf der Straße und ein Agitationszentrum waren die Mittel, mit denen wir den Kampf des Volkes von Zimbabwe gegen den Imperialismus und gegen das weiße Siedlerregime von einem kleinen Platz aus in einigen Häuserblocks propagierten. Das Ergebnis war: mehrere Säcke Kleider und Schuhe, Verkauf mehrerer Kinderbücher. Kinder sammelten untereinander Geld, um sich das Kinderbuch über Zimbabwe kaufen zu können.

Heidelberg. Samstag, den 20.11., fand ein von der Teroson-Zelle organisiertes Fest zur Unterstützung des Befreiungskampfes in Zimbabwe statt, an dem 13 Arbeiter von Teroson teilnahmen. Die Teilnehmer des KVZ-Leserkreises hatten für das Fest ein großes Wandbild über eine Aktion der Befreiungskämpfer gemalt, das auf dem Fest versteigert wurde. Daran nahmen alle lebhaft teil, und es wurde ein hohes Ergebnis erzielt; 342,83 DM wurden auf das Spendenkonto überwiesen.

Heidelberg Orthopädie. Am 12.11.76 wurde vor der Orthopädie eine Aktion durchgeführt zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe. Eine Wandzeitung informierte über die großen Fortschritte im Kampf gegen das Kolonialistenregime und die Interventionsabsichten der Imperialisten. Die Arbeiter und Angestellten
rialisten. Die Arbeiter und Angestellten
haben den Befreiungskampf unterstützt. So wurden am Stand 46,53 DM gespendet, 18 „Afrika-Zeitungen" und eine Broschüre „Zimbabwe – Chimurenga" verkauft.

Schwetzingen. Am 10.11.76 hat die Stadtzelle des KBW in Schwetzingen eine Veranstaltung durchgeführt zur Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes in Zimbabwe. Es wurde ein Dia-Vortrag gezeigt sowie ein Referat gehalten.

Es wurden auf der Veranstaltung 76 DM gesammelt als Grundstock für eine Fotoausrüstung, deren Anschaffung und Verschickung nach Zimbabwe sich die Stadtzelle zum Ziel gesetzt hat.

Freiburg. Am 19.11. machte die Zelle des KJB am Walter-Eucken-Gymnasium zusammen mit dem KVZ-Lesekreis der Schule während der großen Pause einen Stand, an dem 20 DM gesammelt wurden. Mit dem Megafon riefen wir auf, die ZANU zu unterstützen. Daraufhin entwickelte sich eine Debatte. Ein Schüler erklärte, daß die Afrikaner ohnehin bald unabhängig sein würden und sich dann nur gegenseitig abschlachten würden. Letzteres ist die Absicht der Imperialisten auf Einmischung und Spaltung der Volksmassen. Unabhängig werden wird das Volk von Zimbabwe allerdings durch seinen bewaffneten Befreiungskrieg unter Führung der ZANU, den es im Vertrauen auf die eigene Kraft unter der Losung „Wir sind unsere eigenen Befreier" führt und sich so gegen alle Spaltungsversuche zusammenschließt. Während der Debatte haben sich bald 200 Schüler versammelt.

Tübingen. Der Versuch der faschistischen Tübinger Studentenorganisation HTS, eine Veranstaltung mit einem Rassisten gegen den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe durchzuführen, wurde zweimal vereitelt. Sowohl in Tübingen wie auch in Reutlingen mußten die Faschisten die Versammlung abbrechen. In Reutlingen versammelten sich über 100 und verhinderten die Veranstaltung. Die Polizei wagte nicht, einzugreifen. Auf der anschließenden Solidaritätsveranstaltung mit dem kämpfenden Volk von Zimbabwe wurden von den 30 Teilnehmern 74 DM gespendet.

Mannheim. In den letzten dreieinhalb Wochen wurden im Stadtteil Waldhof zwölf Kinderbücher „Freiheit für Zimbabwe" im Hausverkauf verkauft. Die Zelle Waldhof überlegte sich, wie sie das Kinderbuch am Agitationsstand bei der Waldhof-Unterführung, Verkehrsknotenpunkt für Straßenbahn und Bus, besser einsetzen kann. Von den 56 Bildern des Kinderbuches stellten wir Dias her. Donnerstag, den 18.11., warfen wir die Dias mit Hilfe eines kleinen Projektors auf einem mit weißem Papier überzogenen Agitationsstand und erklärten in Ansprachen die Bilder. Oft blieben Kinder vor den Bildern stehen.

Wiesloch. Auf einer Veranstaltung der Zelle Wiesloch mit 14 Teilnehmern wurde ein Dia-Satz vorgeführt. Zwölf Kinderbücher und zwei Broschüren wurden verkauft. Über 40 DM wurden für die ZANU gespendet.

Libanon

Neue Umtriebe der Imperialisten

Als letzte Woche die syrischen Interventionstruppen, Bestandteil der Truppen der Arabischen Liga, in Beirut einmarschierten, meldete die „Neue Zürcher Zeitung" sofort, woran der imperialistischen Finanzbourgeoisie liegt: die Truppen hätten „an allen wichtigen Stellen der Stadt Stellung bezogen" und die „Zentralbank" besetzt. (Neue Zürcher Zeitung, 17.11.76)

Die Presse der Imperialisten gibt Aufschluß, was sie erhoffen und planen. „Neue Finanzgleise nach Nahost – die Schweiz ist ein gigantischer Rangierbahnhof" (Blick durch die Wirtschaft, 20.11.) Das „Handelsblatt" signalisiert den Banken Morgenluft:

„Die libanesische Währung konnte sich gut halten – Beiruter Finanzmarkt reagierte auf das Riad-Abkommen." Das libanesische Pfund habe sich nach dem Riad-Abkommen „spürbar von neuem aufgebessert". „Zum einen ist die Nachfrage kleiner geworden, nur wenige Menschen verlassen noch das Land, größeres Kapital wird nicht mehr abgezogen. Zum anderen gibt das Abkommen von Riad Veranlassung zu neuen Hoffnungen auf eine baldige Beendigung des Bürgerkriegs und eine Lösung der Krise in absehbarer Zeit."

Worin besteht für die Imperialisten die „Lösung der Krise"? Man kann schon jetzt sagen, daß sich die Widersprüche der arabischen Völker, der gesamten arabischen Nation zu Zionismus und Imperialismus über ihre Lösungsvorschläge verschärfen werden.

„Auf Einladung von Kurt Waldheim wird am 22. November (jenem Datum, das mit dem Unabhängigkeitstag des Libanon zusammenfällt) in Genf eine internationale Konferenz stattfinden, die alle Agenturen und internationalen Organisationen zusammenfassen wird, um die Hilfe, die sie dem Libanon liefern, zu koordinieren." (Le Monde, 19.11.76)

Verstärkung imperialistischer Kontrolle und Einmischung also. Israel setzt seine Aggression gegen das palästinensische und libanesische Volk im Südlibanon fort:

„Im Süden des Libanon, einige Kilometer von der israelischen Grenze entfernt, haben bewaffnete Einheiten der christlichen Rechten – unterstützt von israelischer Artillerie – einen Angriff auf das Dorf Kfar Kalla unternommen." (Le Monde, 19.11.76)

Die „Österreichische Militärische Zeitschrift" berichtet über die Vorbereitung weiterer Aggression gegen die arabischen Völker und Staaten:

„Die Herbstmanöver (der Zionisten) umfaßten größere Verbände des Panzerkorps, der Infanterie, Fallschirmjäger und Luftwaffe." „Die Manöver im Süden des Landes, bei denen auch umfangreiche Reserveverbände teilnahmen, waren als Angriffe gegen befestigte Stellungen in der Art konzipiert, wie sie von den ägyptischen, jordanischen und syrischen Streitkräften' angelegt werden." (6/76)

Die sozialimperialistische Supermacht fürchtet, zu kurz zu kommen, greift scheinheilig „imperialistische und zionistische Kräfte" an (Neue Zeit 42/76) und propagiert die „allseitige politische Lösung", also ihr Teilhaberecht an der imperialistischen Beherrschung des Nahen Ostens.

Sie verlangt die Einberufung der „Genfer Konferenz", auf der das „Existenzrecht aller Staaten des Nahen Ostens", eingeschlossen das des zionistischen Besatzerstaates „garantiert" werden soll.

Wenngleich die Truppen der Arabischen Liga dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes Fesseln anlegen wollen, so sind es dennoch Truppen der arabischen Staaten, die um Selbständigkeit gegen den Imperialismus ringen. Die Imperialisten und Reaktionäre aber wollen die Beherrschung des Nahen Ostens und die Unterwerfung der arabischen Völker. Die „Welt" zitiert den Führer der reaktionären Phalangisten in der Schlagzeile:

„Christen-Führer Gemayel: Wir behalten unsere Waffen", und interviewt ihn: „Erst Sicherheit, dann kann man über politische Lösungen reden. Solange behalten wir unsere Waffen, auch wenn sie nicht mehr offen getragen werden." Frage: „Die Waffen werden also versteckt" – Gemayel: „Wir haben unsere Depots." Der Führer der „Wächter der Zedern", einer weiteren reaktionären Miliz: „Wie soll ich die Anwesenheit von Truppen aus Sudan, Abu-Dabi oder den Vereinigten Emiraten akzeptieren?" „Ich werde kämpfen, bis das letzte palästinensische Kind aus meinem Land verschwunden ist." (Le Monde, 18.11.76)

Gemayel erklärt: „Kairo ist tot"; er meint das Kairoer Abkommen, in dem der PLO die notwendigsten Kampfrechte vom Libanon aus gegen Israel garantiert werden. Dieses Abkommen mußten die arabischen Staaten auf der Riad-Konferenz ausdrücklich anerkennen. Dies ist Ausdruck der Stärke des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der Solidarität aller arabischen Völker im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den Zionismus und Imperialismus. Die imperialistische Presse hat deshalb „neue Besorgnis um die Nordgrenze" (Israels) (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Die „Neue Zürcher Zeitung" stellt fest: „Mit dem Heranwachsen einer neuen Generation von jungen politisch gesinnten Palästinensern wächst der oft tätliche Widerstand gegen die Besatzermacht." Und: „Schlechte Lage im Westjordanland – Sprengstoffanschläge in Tel Aviv." (14./15.11.76) (hjh)



Kämpfer der FRETILIN. Die Befreiungsfront von Ost-Timor hat in den vergangenen zwei Monaten etwa 15 Städte und Dörfer, darunter Los Palos, die drittgrößte Stadt, wieder von den indonesischen Besatzern befreit. Im Entkolonialisierungsausschuß der UNO erklärte der Vertreter der Demokratischen Republik Ost-Timor: „Das Volk von Ost-Timor hat im Vertrauen auf die eigene Kraft und unter Führung der FRETILIN erfolgreich den Kampf gegen den imperialistischen Versuch Indonesiens fortgesetzt, sein Heimatland zu annektieren. FRETILIN kontrolliert gegenwärtig 85 Prozent des nationalen Territoriums. Der Befreiungskrieg wird fortgesetzt. Das ist der unwiderstehliche Gang der Geschichte."

Mexico

Landbesetzungen durch bewaffnete Bauern

12 Farmen sind in der letzten Woche allein in dem mexikanischen Staat Sonora besetzt worden. Mehr als 25000 Hektar waren bereits besetzt. „Wie die Tageszeitung El Sol in Mexiko berichtet, fordern Tausende von Bauern ebenfalls Landeigentum." (Süddeutsche Zeitung, 18.11.) Seit über einem Jahr kommt es zu Landbesetzungen. Im Oktober 1975 wurden 400 landlose Bauern von Polizei und Armee im Staat Sinola von einem Grundstück blutig vertrieben, 61 unbewaffnete Bauern wurden erschossen, 14 verletzt. (Neue Zürcher Zeitung, 27.10.75) Im Mai dieses Jahres besetzten erneut Tausende von Bauern Landstücke. Bei einem Feuergefecht wurde ein örtlicher Polizeichef mit Sensen zu Tode gehackt. (KVZ Nr. 22, 3. Juni 1976)

Die landlosen Bauern müssen ihre Arbeitskraft zu elenden Bedingungen an die von US-Lebensmittelmonopolen kontrollierten Grundbesitzer verkaufen. Der tägliche Lohn liegt zwischen 2,50 Dollar und 5 Dollar. „Ich gehe um 2 oder 3 von zu Hause weg und gehe zur Straße, wo der Lastwagen der Firma vorbeifährt. Um 4 steige ich auf und fahre mit Schweinen und Vieh, bis wir mehrere Stunden später die Ranch erreichen. Ich arbeite bis 6 oder 7 abends, dann fahre ich wieder auf dem Lastwagen und bin zu Hause um 10 oder 11 Uhr abends. Ich sehe mein Haus und meine Familie bei Tageslicht nicht," schildert ein mexikanischer Bauer, der als Tomatenpflücker arbeitet, seine Lage. (Guardian, 10.11.) Viele von den Bauern müssen als Wanderarbeiter leben und ziehen den jeweiligen Ernten nach bis in die USA.

Die Erhebung der Bauern richtet sich gegen die von US-Konzernen kontrollierten Großgrundbesitzer und die Regierung. Nach der Revolution von 1910, die mit einer Niederlage der revolutionären Bauernbewegung unter Zapata endete, wurde die „Landverteilung" als Reform durchgeführt. Grundbesitz durfte nicht größer als 100 ha sein. Unter der Präsidentschaft Cárdenas in den dreißiger Jahren wurden knapp 16 Millionen Hektar an 800000 Bauern verteilt, Landbesitz ausländischer Gesellschaften wie der United States Sugar Co. und verschiedener mexikanischer Großgrundbesitzer wurde enteignet. Nach 1940 wurde die Landverteilung wieder zur Farce. Bei den Erhebungen des letzten Jahres in Ciudad Obregon zum Beispiel war ein Bauer beteiligt, dem seit 25 Jahren die Zuteilung von Land durch die Regierung versprochen wird.

Dagegen ist Großgrundbesitz in riesigem Umfang neu entstanden. Dieser Grundbesitz steht unter der Kontrolle der großen Nahrungsmittelkonzerne der USA, die auf den großen Ranchs im Nordwesten Mexikos von mexikanischen Landarbeitern Tomaten, Gemüse, Gewürze und Früchte plantagenmäßig anbauen und ernten lassen. Von hier wandern sie in die Konservenfabriken und Vertriebsorganisationen der Konzerne Tenneco, Anderson Clayton Co., Del Monte und anderer. Auf diese Weise verdreifachte sich binnen zehn Jahren die Einfuhr von Lebensmitteln aus Mexiko in die USA.

Unter dem Eindruck der Massenaktionen der landlosen Bauern, die in diesen Nordwestgebieten Mexikos stattfanden, hat die Regierung Echevarrias im November 1975 zunächst angeordnet, alle „Landkonflikte im Norden innerhalb eines Jahres im Sinne aller Betroffenen zu lösen". Indirekt wurden Landbesetzungen von der Regierung als „ein legitimes Mittel zur Durchsetzung von sozialem Fortschritt anerkannt" (Blätter des Informationszentrums Dritte Welt Nr. 51). Anfang des Jahres erklärte die Regierung dagegen erneut, Landbesetzungen seien illegal und konterrevolutionär.

Die mexikanischen landlosen Bauern haben in ihrer Organisierung gegen die Grundbesitzer Fortschritte gemacht. Die Landbesetzungen nehmen einen großen Aufschwung. Der Vorsitzende des Bauernverbandes, Celestino Salcedementon, erklärte, das Land gehöre denjenigen, die es bearbeiten, und das seien die Bauern. (hf)

Erste Frauenkompanie der PLO gebildet. In einer palästinensischen Kaserne im Libanon wurde im November feierlich die erste Frauenkompanie der PLO gebildet. Dies berichtet die Nachrichtenagentur WAFA der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Auf der Versammlung erklärte Abu Iyad im Namen der PLO: „Die Gründung der palästinensischen Frauenkompanie hat mit der rückständigen Auffassung gebrochen, nicht an die großen Fähigkeiten der Frauen zu glauben." „Jeder Palästinenser muß sich darüber freuen, daß unsere Schwestern die Waffen ergreifen."

Wunschträume der Zionisten. Im Westjordanland hatte die zionistische Besatzermacht die palästinensischen Massen „zur Mitarbeit der Bekämpfung des arabischen Widerstands" aufgerufen. Selbstverständlich sind die Kolonialisten damit gescheitert. „Die Bevölkerung hat ... ihre Mitarbeit verweigert." (Welt, 22.11.76) Daraufhin haben die Besatzer über die Dörfer Marsam und Al Majd Ausgangssperre verhängt. Die Zionisten schlagen um sich, denn im ganzen Westjordanland finden Woche auf Woche Aktionen und Demonstrationen der palästinensischen Massen gegen die Kolonialmacht statt.

Schläge gegen den Kolonialstaat. Vorübergehend rühmten die Zionisten ihre „sichere Nordgrenze" zum Libanon. Damit ist es vorbei. „Die nordisraelische Küstenstadt Naharia, zwanzig Kilometer von der libanesischen Grenze entfernt, wurde am Montagabend aus dem Libanon mit Katjuschas beschossen. Einen Tag zuvor war eine israelische Grenzpatrouille angegriffen worden." So berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 23.11. und teilt die Besorgnis „der in Jerusalem vorherrschenden Meinung", daß es mit der „Ruhe" vorbei ist.

Solidaritätsveranstaltungen mit dem Kampf des palästinensischen Volkes.

Münster. Freitag, 19.11., fand in Münster eine Veranstaltung des Palästina-Komitees zur Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes statt. Ein Sprecher der „Informationsstelle Palästina" erklärte: „Kein PLO-Kämpfer wird seine Waffen freiwillig aus
Kämpfer wird seine Waffen freiwillig aus
der Hand geben, niemals wird die PLO die Existenz eines zionistischen Israel akzeptieren. Im Vertrauen auf die eigene Kraft werden wir im langandauernden Kampf – auch bei vorübergehenden Rückschlägen – die Revolution siegreich zu Ende führen, wir sind Teil des Kampfes der unterdrückten Völker der Welt gegen den Imperialismus." Von den 80 Teilnehmern der Veranstaltung wurden 334 DM für die PLO gesammelt.

Westberlin. Auf der Veranstaltung des Nahostkomitees anläßlich des zweiten Jahrestages der UNO-Rede Jassir Arafats verabschiedeten die 140 Teilnehmer eine Resolution zur Unterstützung der Mitglieder der IG Chemie-Jugendgruppe Merck/Darmstadt, die aufgrund ihrer Unterstützung der PLO von den Sozialdemokraten durch Betreiben des Gewerkschaftsausschlusses angegriffen wird. 745 DM wurden für die PLO gesammelt.

Peru. Bei einem Angriff von 300 landlosen Bauern auf das Polizeigebäude einer Ortschaft im Nordosten Perus wurden zwei Polizisten getötet und zwei schwer verletzt. Die Polizei erschoß fünf Bauern. Die landlosen Bauern hatten aus Protest gegen die Landreformmaßnahmen der Regierung staatliche Angestellte festgesetzt. Als die Polizei ihren Sprecher verhaftete, stürmten sie das Polizeigebäude. (Nach: Süddeutsche Zeitung, 23.11.1976)

Andenpakt. Der Handelsaustausch zwischen den Ländern Lateinamerikas hat sich in den letzten Jahren sprunghaft entwickelt. Besonders dazu beigetragen hat die Entwicklung einer Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten Venezuela, Kolumbien, Ekuador, Peru und (bisher) Chile, des Andenpakts. In den Jahren 1973 und 1974 lag die Zuwachsrate im Handelsaustausch der Andenpakt-Länder jeweils über 80 Prozent. Auch 1975 steigerte er sich um 40 Prozent, während der Austausch zwischen den übrigen lateinamerikanischen Staaten rückläufig war. Durch den vermehrten Handel untereinander konnten die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftskrise erheblich abgemildert werden. (Nach: Blick durch die Wirtschaft, 24.9.76)

Austritt Chiles aus dem Andenpakt. Der US-Imperialismus bekämpft die Schranken, die die Länder Lateinamerikas gegen imperialistischen Raub errichten. Zur Schwächung des Andenpakts hat er die chilenische Junta eingesetzt. Sie hat die Zollschranken, womit die Länder des Andenpaktes ihre nationale Wirtschaft vor der imperialistischen Plünderung zu schützen versuchen, angegriffen sowie deren Festlegung, daß die imperialistischen Monopole lediglich 14 Prozent der Gewinne im Jahr abziehen dürfen. Als dieses Festlegungen nicht zu Fall gebracht werden konnten, verließ Chile den Andenpakt, um ihn so zu schwächen.

Tibet

„Unsere Lage hat sich geändert. Wir drehen die Gesellschaft um und nicht mehr die Gebetsmühlen“

Der China-Korrespondent der KVZ führte in Peking ein Gespräch über die Politik der Kommunistischen Partei Chinas gegenüber den nationalen Minderheiten in der Volksrepublik China am Beispiel Tibet. Der ausländische Genosse, mit dem der Korrespondent sprach, lebt seit vielen Jahren in China und hat sich insgesamt mehrere Monate in Tibet aufgehalten, wohin er dreimal – 1955, 1965 und 1976 – eingeladen wurde. Er ist also in der Lage, denjenigen eine Antwort zu erteilen, die im Westen bezahlt von der Bourgeoisie lauthals die Politik Chinas in Tibet angreifen.

Bei seiner letzten Reise, die im vergangenen Sommer stattfand, war er etwa zweieinhalb Stunden mit dem Flugzeug unterwegs von der Stadt Lanchou in der Provinz Kansu nach der tibetischen Hauptstadt Lhasa. Heute kann man Lhasa entweder täglich mit dem Flugzeug oder über vier ausgebaute Landstraßen erreichen. Die Inbetriebnahme einer Bahnlinie ist für die nächsten Jahre geplant.



Im Jahre 1959 wurden in Tibet die demokratischen Reformen durchgeführt. Die befreiten Leibeigenen und Sklaven verbrannten die Verträge und Schuldscheine über Wucherdarlehen, die ihnen die Feudalherren aufgezwungen hatten.

Ehemalige Leibeigene sind heute die Herren des Landes

KVZ: *Immer wieder sprechen Bourgeoisie und Revisionisten von der angeblichen Besetzung Tibets durch China. Dabei vertreten sie erstens eine verklärte Vorstellung vom finsteren alten Tibet mit seiner religiös gerechtfertigten grausamsten Unterdrückung und Ausbeutung und zweitens die Behauptung, die chinesische Volksbefreiungsarmee sei erobernd in ein fremdes Land eingedrungen.*

Antwort: Ja, kürzlich schrieb beispielsweise die amerikanische Zeitschrift „Time“, das traditionelle Tibet sei „ein sterbendes Wunder in der Welt“. Aber es wurde nichts gesagt über das neue Tibet als ein neues Wunder. In der westlichen Literatur wird oft behauptet, China habe Tibet besetzt. Einige der Verfasser finden das schlecht, andere finden daran etwas Gutes. Im allgemeinen wird nicht gesehen, daß die Revolution der tibetischen Massen Teil der chinesischen Revolution ist. Tatsächlich hat Tibet in den letzten zwei Jahrzehnten Jahrhunderte übersprungen und hat sich von Leibeigenschaft und Sklaverei zum Sozialismus bewegt. Heute gibt es tibetische Kader auf allen Ebenen in der Politik, in der Armee, in Kultur und Medizin, in der Industrie, im Erziehungswesen usw. Die meisten von ihnen sind ehemalige Leibeigene und Sklaven, die früher überhaupt keine Freiheiten hatten, die niemals einen Arzt besuchen konnten, für die es keine Schulen gab, die hungern mußten usw.

KVZ: *Ich werde ein Beispiel nennen für die reaktionäre Argumentation, die heute jedoch zweifellos schüchterner und unsicherer ist als noch vor einigen Jahren. Ein Korrespondent der westdeutschen Zeitung „Die Welt“ besuchte vor kurzem in der tibetanischen Hauptstadt das „Museum zur Klassenerziehung“, in dem die Werkzeuge zu sehen sind, mit denen die Leibeigenen und Sklaven bestialisch gefoltert wurden. Man sieht dort aus Knochen und Haut gemordeter Bauern hergestellte Gegenstände, die den tibetischen Herren als Schmuckstücke dienten. Der Korrespondent der „Welt“ schreibt dazu: „Selbst wenn man der Einseitigkeit dieser Darstellung nicht folgen mag, sieht man die Zeugnisse noch jüngster Vergangenheit in Tibet nicht ohne Schaudern.“ Du hast dieses Museum auch gesehen. Was meinst du zu der Behauptung der Einseitigkeit der Darstellung?*

Antwort: Ich habe nicht nur das Museum gesehen, sondern als ich das erste Mal in Tibet war, sah ich auch die Sklaverei. Natürlich gibt es zwei Seiten! Es gab die herrschende Klasse, die nicht nur die Produktionsmittel, sondern auch die Menschen besaß. Die Herren konnten die Sklaven unterdrücken, ausbeuten, töten, wie sie wollten. Und dann gibt es die Seite der ehemaligen Leibeigenen und Sklaven. Sie durften zum Beispiel nicht sprechen; wenn sie sprachen, riß man ihnen die Zunge aus. Oder man stach ihnen die Augen aus, wenn sie in die falsche Richtung sahen. Darüber erfährt man viel, wenn man in Tibet reist. Ich traf einen ehemaligen Sklaven, der die Aufgabe gehabt hatte, den Sohn eines Aristokraten zu begleiten. Der Sohn wollte zeigen, wie gut er mit dem Gewehr schießen kann, daß er genau an dem Arm des Sklaven vorbeischießen kann. Dabei schoß er ihm den Arm ab. Der Mann zeigte



Vor der Befreiung wurde das arbeitende Volk in Tibet auf grausame Weise unterdrückt und gefoltert. Die Feudalherren führten zur Unterhaltung Schießübungen auf die Leibeigenen durch. Hier ein ehemaliger Leibeigener mit seinem Arm, den ihm der Sohn eines Feudalherren abgeschossen hat.

mir seinen Arm, den er aufbewahrt hatte. Einen ehemaligen Sklaven lernte ich kennen, dem zur Strafe eine Beinsehne durchgeschnitten worden war, damit er nicht mehr gehen konnte. Dieser ehemalige Sklave ist heute Kader in einer Kommune, und derjenige, der ihm die Sehne durchgeschnitten hatte, ist in dieser Kommune einfaches Mitglied.

Aber die Fakten in dem Museum in Lhasa zeigen, daß es sich hierbei nicht um irgendwelche historischen Angelegenheiten handelt, sondern um Revolution. Es war nicht die Volksbefreiungsarmee, die die Revolution machte oder Reformen durchführte. Aber sie leistete zwei Aufgaben: 1951 zerschlug sie die Bande des Imperialismus zu Tibet und übernahm die Kontrolle an der tibetischen Grenze, so daß niemand die Staatsgrenze Chinas überschreiten konnte. Und sie baute Straßen in Tibet, und durch ihr Verhalten wurde für die tibetischen Massen der Unterschied zwischen Sozialismus und Leibeigenschaft erkennbar. Doch die Leibeigenschaft blieb damals bestehen.

Man könnte jetzt fragen: Warum habt ihr nicht gleich Leibeigenschaft und Sklaverei zerschlagen? Aber das hätte im Gegensatz gestanden zur Politik der Kommunistischen Partei Chinas gegenüber den nationalen Minderheiten.

Neben der gewaltsamen Unterdrückung kontrollierte die tibetische Herrscherklasse die Massen insbesondere mittels zweier ideologischer Einwirkungen. Erstens betonte sie die Einheit der Nationalität: „Ihr seid Tibeter, wir sind Tibeter!“ Zweitens verblendete sie die Massen durch religiöse Indoktrinierung. Die Armee schuf dagegen Bedingungen für die Revolution.

In China gibt es viele Nationalitäten. Verwaltungsmäßig ist Tibet seit dem 13. Jahrhundert Teil Chinas. Tatsächlich gab es viele lokale Regierungen in der chinesischen Geschichte, Regierungen, die von den Vertretern einer Nationalität oder mehrerer Nationalitäten gebildet wurden. Immer war die Tendenz der Nationalitäten zur Vereinigung stärker als die Versuche, auseinandergetrieben zu werden. Es war nicht immer die große Han-Nationalität, die regierte, sondern auch Mandschu, Mongolen und andere. Alle diese Nationalitäten bauten das Land China – so sieht es die Kommunistische Partei Chinas.

Die sowjetischen Revisionisten behaupten, wo die chinesische Armee sich in der Geschichte aufgehalten habe, diese Gebiete würden heute von China als sein Territorium bezeichnet werden. Aber das ist Unsinn. Zum Beispiel waren chinesische Truppen bis zum Kaspischen Meer vorgedrungen, aber natürlich werden dort heute keine territorialen Ansprüche von China gestellt.

Die Mehrheit der tibetischen Nationalitäten ist mit der Han-Nationalität gemischt. Bereits im achten Jahrhundert gab es dynastische Beziehungen zwischen der Tang-Dynastie der Han und dem tibetischen Herrscherhaus. Die Volksmassen der Tibeter und der Han kämpften gemeinsam gegen die herrschenden Klassen beider Nationalitäten. Im 18. Jahrhundert fand in Aba in der Provinz Szetschuan ein Aufstand der arbeitenden Massen beider Nationalitäten gegen die Herrscherklassen beider Nationalitäten statt, der zwölf Jahre dauerte. Darüber sind heute noch viele Geschichten verbreitet.

Die nationale Frage ist letztendlich eine Klassenfrage (Mao Tsetung)

Vor der Entstehung des Imperialismus, also vor dem 20. Jahrhundert, behauptete niemand, Tibet sei nicht Teil Chinas. Mit dem Beginn des Imperialismus bezeichneten sich plötzlich viele als „Freunde“ Tibets und als Verteidiger der tibetischen „Unabhängigkeit von China“.

So versuchte Großbritannien, Tibet zu einem Puffer unter seiner Kontrolle zu machen. Dabei behaupteten die Briten, Tibet sei unabhängig von China. Im Jahre 1904 schickten sie eine Armee nach Tibet, die von den Tibetern hart bekämpft wurde. Die Briten konnten damals Tibet nicht völlig unterwerfen, aber sie besetzten einen Teil Tibets und machten diesen zu einem Teil Indiens.

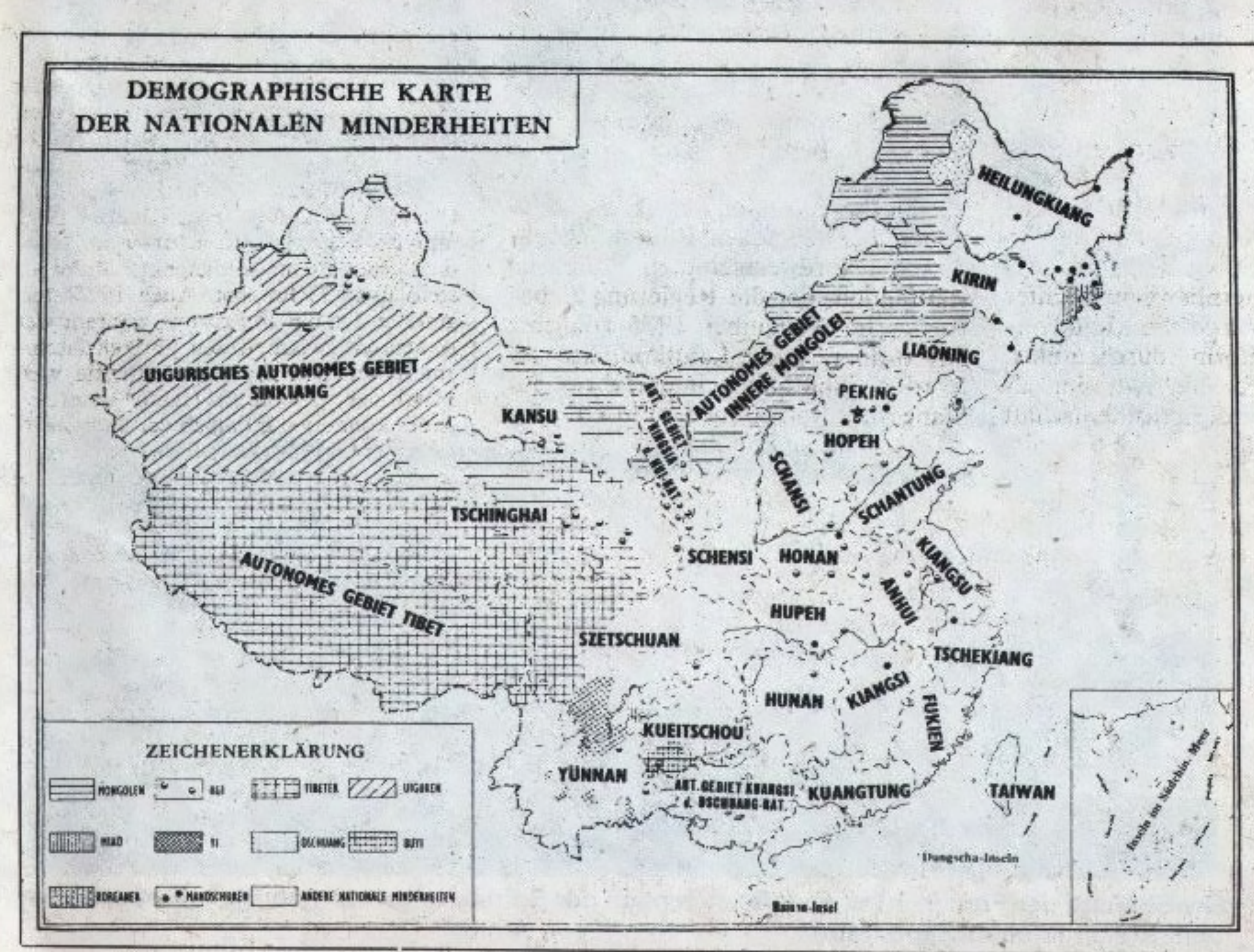
Als die Amerikaner vor dem Zweiten Weltkrieg weit weg waren, sagten sie in vielen Erklärungen, daß Tibet Teil Chinas sei. Sie sprachen so, weil jemand anders Tibet haben wollte. Aber während des chinesischen Volksbefreiungskrieges schickten sie der herrschenden Klasse Tibets Waffen.

Als Indien gegen den englischen Kolonialismus kämpfte und die Briten mit indischen Soldaten in Tibet einfielen, waren alle indischen Patrioten, besonders Nehru, gegen diese Eroberungsaktion. Aber als die indische Bourgeoisie an die Macht kam, übernahm sie die britischen Machtansprüche und sprach von „traditionellen Bindungen zwischen Indien und Tibet“ und „Buddha war Inder“ und all solchem Unsinn.

Die zaristischen Imperialisten waren auch interessiert an Tibet und stritten sich daher mit den Engländern. Nach der Oktoberrevolution haben die russischen marxistischen Historiker dies klar gesagt. Die revisionistischen Historiker heute sagen, der zaristische Imperialismus habe sich objektiv in Übereinstimmung mit den Interessen der tibetischen Massen befunden, da er die Engländer von Tibet abhalten wollte.

Immer war die nationale Frage Tibets ein Mittel anderer zur Aggression gegen China, ähnlich auch bei Sinkiang. Die Imperialisten versuchten, China mittels der Nationalitäten zu teilen.

Chinas Politik ist, die Einheit aller Nationalitäten zu konsolidieren, die Einheit zwischen den arbeitenden Massen aller Nationalitäten zu festigen für den Widerstand gegen den Imperialismus und Sozialimperialismus und für die Isolierung und den Sturz der Reaktionäre aller Nationalitäten. Wie der Vorsitzende Mao sagt, ist die nationale Frage letztendlich eine Klassenfrage. In China kann sich keine Nationalität befreien ohne die Hilfe und den Zusammenhalt der anderen Nationalitäten.



Politik der regionalen Autonomie

In der Volksrepublik China leben zusätzlich zur Han-Nationalität, die die große Mehrheit bildet, 54 weitere nationale Minderheiten. Der Anteil dieser Minderheiten an der Gesamtbevölkerung beträgt nur 6 Prozent. Die von ihnen besiedelten Gebiete bedecken jedoch 50 bis 60 Prozent des ganzen Landes. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung geht in den Minderheitengebieten kräftig voran.

Bei der Behandlung der Nationalitätenfrage ist ein Grundsatz der Kommunistischen Partei Chinas die Politik der regionalen Autonomie. „Unsere Nationalitätenpolitik“, sagte einmal ein Leiter des Pekinger Zentralen Instituts für die Nationalitäten dem Korrespondenten, „fußt auf dem Grundsatz: Gleichheit und Einheit. Um diesen Grundsatz zu sichern, haben wir die Autonomie der nationalen Minderheiten und ihrer Gebiete eingeführt. Die Autonomie dient dazu, daß die Minderheiten ihre Angelegenheiten selbst verwalten und Herren über ihre eigenen Geschicke sind. Wir betonen, daß wir voneinander lernen wollen. Es gibt nicht den Zwang, daß eine Minderheit die Han-Sprache erlernen muß und eine nationale Minderheit schließlich einverleibt wird von den Han. Wir sind gegen einen derartigen nationalen Zwang. Aber die Gemeinsamkeiten werden zunehmen.“

In der Verfassung ist das Prinzip der regionalen Autonomie für die Minoritätsgebiete verankert, die untrennbare Bestandteile des chinesischen Staates sind. Ihre Regierungen sind Organe der Diktatur des Proletariats. In Verwaltungsfragen, Investitionsentscheidungen, Wahlbestimmungen usw. sind sie innerhalb des gesetzlichen Rahmens selbständig.

Es gibt Vertreter der Minoritäten in führenden Parteigremien und hohen Regierungspositionen. Einige sind Mitglieder des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, andere Vizevorsitzende des Nationalen Volkskongresses.

Im Gegensatz zur reaktionären Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion unter der Breschnew-Clique, die die Nationalitäten unterdrückt und eine großrussische Politik vertritt, wurde im Pekinger Nationalitäteninstitut hervorgehoben: „Wir kämpfen sowohl gegen den Hanlokalismus als auch gegen den Han-Chauvinismus, besonders gegen den Han-Chauvinismus. Da wir eine derartige Erziehung betreiben, achten sich die nationalen Minderheiten und die Han gegenseitig.“ – (Uwe Kräuter, Peking)

Die tibetischen Massen unterstützten die Volksbefreiungsarmee

KVZ: *Im Jahre 1951 kam die Volksbefreiungsarmee nach Tibet. Was geschah?*

Antwort: Daß die Volksbefreiungsarmee nach Tibet kam, das war Ergebnis des Sieges der chinesischen Revolution. Das war während des Krieges der USA gegen Korea. Die Volksbefreiungsarmee (VBA) ging nach Tibet, um die Souveränität Chinas im Interesse der arbeitenden Massen aller Nationalitäten zu konsolidieren. Es gab damals Kämpfe zwischen der Volksbefreiungsarmee und dem tibetischen Oberherren, dem Dalai Lama. Tatsächlich fanden diese Kämpfe jedoch nicht im Gebiet des Dalai Lama statt.

China bot ein Übereinkommen „über Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets" an. Darin waren folgende entscheidende Bestimmungen enthalten:
a) Die Volksbefreiungsarmee wird die Grenze der Volksrepublik China in Tibet verteidigen.
b) Die zentralen Behörden werden das bestehende politische System in Tibet nicht ändern. Sie werden auch nicht den etablierten Status, die Funktionen und die Macht des Dalai Lama ändern. Die Beamten der verschiedenen Ebenen werden ihre Posten beibehalten.
c) Die zentralen Behörden werden keinen Zwang bezüglich Reformen in Tibet ausüben. Die lokale Regierung Tibets sollte aus eigenem Antrieb Reformen durchführen, und wenn die Volksmassen nach Reformen verlangen, sollen diese über Konsultationen mit dem leitenden Personal Tibets geregelt werden.

Auf der Basis dieser Punkte kam die Volksbefreiungsarmee nach Tibet. Die chinesische Volksbefreiungsarmee hat drei Aufgaben, nämlich Kampf, Produktion und Propaganda. Wegen des Vertrages hatte sie jedoch nicht die Möglichkeit, Propaganda zu treiben. Aber sie gab zum Beispiel freie medizinische Versorgung. Die Leibeigenen und Sklaven hatten das vorher nicht gekannt. Die tibetischen Herren versuchten, die Massen vom Kontakt mit der Volksbefreiungsarmee abzuhalten, hatten dabei aber keinen Erfolg. Die Volksbefreiungsarmee baute Straßen und verhielt sich vorbildlich gegenüber den Massen. Die tibetischen Herren konnten es nicht verhindern, daß Teile der Massen bei der Volksbefreiungsarmee beim Straßenbau arbeiteten. Dort bekamen sie Lohn, und ihr Herr nahm ihnen den Lohn oft wieder weg. Die Leibeigenen hatten zuerst geglaubt, was ihnen ihr Herr gesagt hatte, daß die Soldaten Menschenfresser seien, die die Leibeigenen vergiften würden usw. So versteckten sie sich hinter Bäumen, wenn sie Soldaten sahen, und schauten ihnen von weitem zu. Soldaten, die Leibeigene sahen, lächelten ihnen zu und waren immer sehr freundlich. Wenn die Leibeigenen nach solchen Begegnungen von ihren Herren geschlagen wurden, flohen sie zur Volksbefreiungsarmee, denn da hatten sie Hoffnung, und arbeiteten mit der Volksbefreiungsarmee.

Die Armee übte auf diese Weise einen wichtigen Einfluß aus. Oft erzählten mir ehemalige Leibeigene und Sklaven zum Beispiel: „Der Offizier gab mir Tee aus seiner eigenen Tasse, wohingegen für meinen Herrn all das unberührbar war, was ich angefaßt hate." Dennoch blieb die Unterdrückung in jener Zeit sehr groß.

Dann kam die Forderung der Massen nach Reform. Die Herren hatten ursprünglich Reformen versprochen, aber als die Massen schließlich diese Reformen verlangten, rebellierten die Herren unter dem Banner, Tibet von China zu trennen und die traditionelle Ordnung aufrechtzuerhalten.

1959 rebellierten sie in Lhasa gegen die Volksbefreiungsarmee. Dann griff die Volksbefreiungsarmee ein, und in nur drei Tagen war die Rebellion zerschlagen. Viele der tibetischen Unterdrücker flohen nach Indien. Die Massen standen auf seiten der Volksbefreiungsarmee, sonst hätte die Rebellion nicht innerhalb von drei Tagen zerschlagen werden können. Beispielsweise halfen die Massen der Volksbefreiungsarmee, die Verstecke der Herren ausfindig zu machen.

Tibet war niemals unabhängig von China. Die aufeinanderfolgenden Dalai Lamas mußten immer von der chinesischen Regierung bestätigt werden. Die „Autonomie", die Tibet gehabt hatte, war die „Autonomie" der tibetischen Feudalherren im gesamten Feudalsystem Chinas. Natürlich unterdrückte die Herrscherklasse der Han die tibetischen Massen, wie sie auch die Han-Massen unterdrückte.

Massen vom Kontakt mit der Volksbefreiungsarmee abzuhalten, hatten dabei aber keinen Erfolg. Die Volksbefreiungsarmee baute Straßen und verhielt sich vorbildlich gegenüber den Massen. Die tibetischen Herren konnten es nicht ver-
te, war die „Autonomie" der tibetischen Feudalherren im gesamten Feudalsystem Chinas. Natürlich unterdrückte die Herrscherklasse der Han die tibetischen Massen, wie sie auch die Han-Massen unterdrückte.



Armee und Volk verteidigen gemeinsam das Grenzgebiet des Vaterlandes. Armeeangehörige unter den tibetischen Kindern.



Die Genossin Pasang (zweite von rechts), die bis zur Befreiung Sklavin war, ist heute die Sekretärin des Parteikomitees des Autonomen Gebiets Tibet und Vorsitzende des Revolutionskomitees des Kreises Langhsiän: „Vorsitzender Mao lehrt uns: ‚Man darf keinesfalls zulassen, daß die Rechte, die das Volk erlangt hat, so leicht verlorengehen, man muß sie durch Kampf verteidigen." Wir, die Million tibetischer befreiter Leibeigenen, sind fest entschlossen, diese Weisung des großen Führers Vorsitzenden Mao zu befolgen, die Revolution fortzuführen, immer revolutionär zu bleiben und auf dem vom IX. Parteitag gewiesenen Weg voranzuschreiten, um für die Festigung der Diktatur des Proletariats und für den Aufbau eines sozialistischen neuen Tibet zu kämpfen." (Aus: „Große Veränderungen in Tibet", Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking. Zu beziehen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim)

„Die Befreiung Tibets ist Teil der chinesischen Revolution"

KVZ: *Man muß also von der Befreiung Tibets in zwei Stufen, 1951 und 1959, sprechen?*

Antwort: Ja, das sind zwei Stufen. Aber die tibetischen Massen fühlen und sagen, daß ihre Befreiung 1959 war. Sie nahmen ihr Schicksal in die eigenen Hände. Sie teilten das Land auf, beseitigten die Leibeigenschaft usw. Die Leibeigenenherren hatten keine bewaffneten Truppen mehr. Die Massen bekamen Waffen und organisierten sich in der Miliz.

Dies war nicht nur eine soziale Befreiung, sondern auch eine Befreiung der tibetischen Nationalität und Kultur, und dies brachte die Freiheit von der Religion. Vorher hatte jeder zweite Sohn Mönch (Lama) werden müssen. Das war Zwang. Die Lamas konnten sich nun also von den Klöstern befreien. Im Leben der Massen war für jeden 1959 ein großer Wechsel, und dieser Wechsel war seit 1951 vorbereitet.

Die Befreiung Tibets ist Teil der chinesischen Revolution und wurde nicht „von außen gebracht", wie manche behaupten, sondern ist Ergebnis der inneren Widersprüche Tibets, die zum Ausbruch kamen.

Ich kann ein Beispiel geben: 1955 am 1. Oktober, dem chinesischen Nationalfeiertag, war ich in Lhasa. Die Flagge, die am Mast wehte, war die Staatsflagge Chinas. Drei Bilder hingen nebeneinander, eins vom Vorsitzenden Mao und zwei von den Gottkönigen Dalai Lama und Pantschen Lama. Auf der Bühne standen Vertreter der Kommunistischen Partei Chinas und Feudalherren. Anwesend waren Truppen der Volksbefreiungsarmee und Truppen der Feudalherren. Die lokale Polizei trug die Peitsche in der Hand; natürlich konnte sie an jenem Tag niemanden peitschen.

Sämtliche Kader unterhalb der Distriktebene sind heute Tibeter. Oberhalb der Distriktebene wächst ihre Zahl kontinuierlich. Entsprechend geht die Zahl der Han-Kader zurück. Es ist sehr häufig, daß der frühere Han-Ausbildungskader nun einen tibetischen Leiter hat, und es gibt viele weibliche Kader. Über 90 Prozent der tibetischen Kader sind ihrem klassenmäßigen Ursprung nach ehemalige Leibeigene und Sklaven.

Das Gefühl der Massen für ihre Befreiung ist gewaltig. Die Tibeter befreiten Tibet – nicht einfach die Han! Die Behauptung von der angeblichen Besetzung ist mit unzähligen Argumenten zu widerlegen. In politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wurde seit der Befreiung immens viel geleistet. Es würde zu weit führen, darauf einzugehen. Zur zeitlichen Einordnung meiner Besuche in Tibet würde ich sagen: Bei meinem ersten Besuch warteten die Massen auf ihre Befreiung. Als ich das zweite Mal dort war, fühlten die Massen eine gewaltige Dankbarkeit für den Vorsitzenden Mao, da sie durch ihn und seine Linie und durch die Partei ihre Befreiung erreicht hatten. Während meines dritten Besuches betrieb Tibet bewußt den Aufbau des Sozialismus weiter voran.

Diese Widersprüche mußten gelöst werden, die sozialen Veränderungen waren die Bildung von Volkskommunen usw. Dazu müssen die Massen ein sozialistisches Bewußtsein haben und zum Kommunismus streben, sie müssen Klassenbewußtsein haben. Was bedeutet das konkret? Man brauchte zuerst tibetische Kader mit sozialistischem Bewußtsein. Bis 1959 gab es keine tibetischen KP-Mitglieder, es gab keine geheime Parteiorganisation unter den Leigeigenen. Der Vorsitzende Mao sagt, daß es ohne Kader mit sozialistischem Bewußtsein aus den nationalen Minderheiten nicht möglich ist, die Reaktionäre dieser Nationalitäten zu isolieren. Man brauchte also eine Parteiorganisation. Die Volksbefreiungsarmee bildete nach 1959 tibetische Kader aus. Dies geschah in verschiedenen Prozessen: Förderung des Klassenbewußtseins, Beseitigung des Analphabetentums, Einrichtung politischer Schulungen usw. Die Soldaten hatten dabei die Aufgabe, bei ihnen selbst teils noch vorhandenen Han-Chauvinismus zu beseitigen.

„Wir vertrauen nicht den Göttern, sondern der Partei, und wir glauben nicht an das Schicksal, sondern an die Revolution!"

Die Partei hat in der Propaganda die Religion nicht allein auf theoretisch-wissenschaftliche
den die ehemaligen unteren Lamas wie arme Bauern betrachtet. Die wenigen älteren Lamas,
„Wir vertrauen nicht den Göttern, sondern der Partei, und wir glauben nicht an das Schicksal, sondern an die Revolution!"

Die Partei hat in der Propaganda die Religion nicht allein auf theoretisch-wissenschaftliche Weise angegriffen. Sie hat nicht nur versucht zu beweisen, daß es die Götter nicht gibt. Sondern sie hat hauptsächlich vom Klassenstandpunkt aus konkret gefragt: Wem dienen Religion und Götter? Die feudalen Unterdrücker und die hohen Lamas hatten gesagt, Insekten dürften nicht getötet werden. Die Partei baute landwirtschaftliche Musterbetriebe auf, in denen gezeigt wurde, daß große Ernten eingebracht werden, wenn die Insekten getötet werden. So verstanden die Massen, daß es früher die Feudalherren, die Tempelherren und die Insekten waren, die den größten Teil der Ernte weggenommen hatten. Jetzt gibt es in jeder Volkskommune eine landwirtschaftliche Forschungsabteilung, und die Massen sagen: „Wir vertrauen nicht den Göttern, sondern der Partei, und wir glauben nicht an das Schicksal, sondern an die Revolution!"

Die jungen Leute gehen heute nicht mehr in die Tempel, und in den Häusern gibt es keine religiösen Figuren mehr. Ich habe die Leute sagen hören: „Unsere Lage hat sich geändert. Wir drehen die Gesellschaft um und nicht mehr die Gebetsmühlen!"

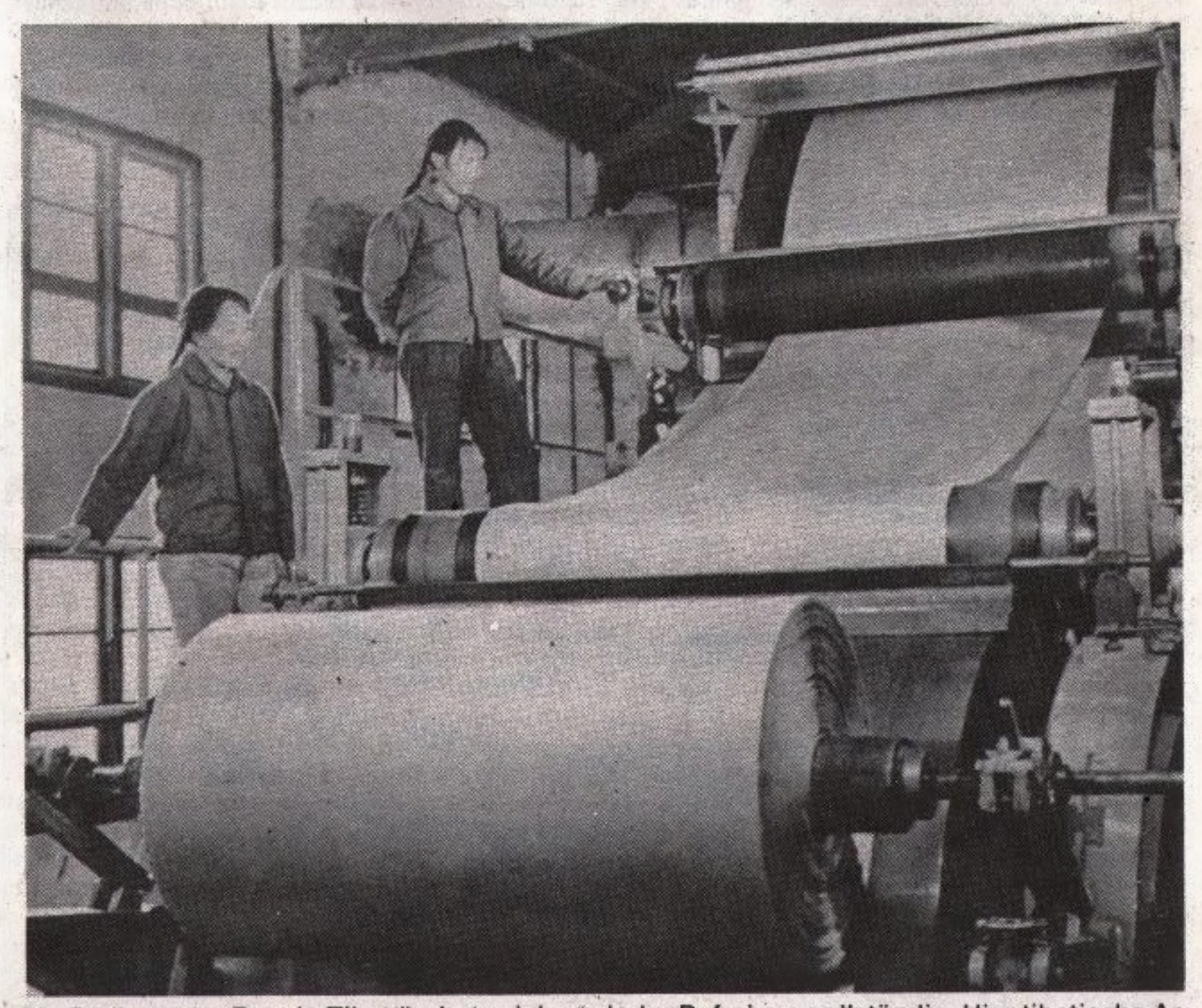
Viele Tibeter sind in der Volksbefreiungsarmee. In der Miliz sind ausschließlich Tibeter. Die Volksbefreiungsarmee hat den Volkskommunen Waffen zur Verteidigung gegen Luftangriffe gegeben. Diese Waffen werden von der Miliz auch benutzt, um gegen Hagelwolken zu schießen, so daß kein Hagel kommt, sondern Regen. Früher waren für die Vertreibung der Hagelwolken besondere Lamas in Tempeln zuständig, denen die Leibeigenen und Sklaven viele Opfer bringen mußten.

Die unteren Lamas arbeiten heute meistens als Industriearbeiter. Der Klassenanalyse nach werden die ehemaligen unteren Lamas wie arme Bauern betrachtet. Die wenigen älteren Lamas, die es in den Klöstern noch gibt, tun verschiedene nützliche Arbeiten, wie Renovierung historischer Stätten usw. Sie werden dafür vom Staat bezahlt. Die Uralten läßt man ihre religiösen Schriften lesen. Jedenfalls wird heute überall in den Tempeln der Marxismus-Leninismus studiert. Die Fessel der Religion gibt es nicht mehr in Tibet.

KVZ: *1965/66 begann in China die Große Proletarische Kulturrevolution. In welcher Weise nahmen die tibetischen Massen an der Kulturrevolution teil?*

Antwort: Die Kulturrevolution fällt in Tibet zusammen mit der sozialistischen Revolution. Die Volkskommunen wurden aufgebaut. Die Kollektivierung des Handwerkertums wurde in der Kulturrevolution beendet. Es wurde mit Religion und Mystik gebrochen, und viele tibetische Kader entwickelten sich während der Kulturrevolution. Die Massen nahmen unmittelbar teil an der Kulturrevolution, und die Phänomene waren wie überall in China. Die jungen Menschen bildeten die Hauptkraft und sie hatten den Willen, den Aufbau des Sozialismus schneller voranzubringen. Die Kulturrevolution stärkte ihnen den Rükken, und sie wußten, daß sie sprechen und handeln konnten in Tibet und in China insgesamt. Das politische Bewußtsein dieser Menschen ist sehr hoch. Han-Kader und Han-Offiziere sagten mir: „Die jungen Tibeter sind oft bewußter als wir; wir müssen von ihnen lernen." Die ehemaligen Leibeigenen und Sklaven fühlen sich als Herren des Landes. – (Uwe Kräuter, Peking)

Bilder aus: Tibet heute, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking. Karte aus: Geographie Chinas, Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking. Beides zu beziehen über Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 5129, 6800 Mannheim



Die Stellung der Frau in Tibet änderte sich nach der Befreiung vollständig. Hier tibetische Arbeiterinnen in einer Papierfabrik.